



Hanns Dorfner:

### Goldener Ehrenring für Konzernchef

Passaus Landrat ehrte den Vorstandsvorsitzenden der Knorr-Bremse AG, Heinz Hermann Thiele, mit der höchsten Auszeichnung des Landkreises. **Seite 15**



Hans Schaidinger:

### Eklat bei der Regensburger CSU

Nachdem sich ein höchst umstrittener Stadtrat zum stv. Kreisvorsitzenden wählen ließ, verzichtete der OB auf einen Platz im Vorstand. **Seite 14**



Gregor Schmitt:

### „Helfen können macht Politik erst schön“

Im Beisein zahlreicher Festgäste feierte der als kommunalpolitisches Naturtalent geltende Forchheimer Vizelandrat seinen 75. Geburtstag. **Seite 15**

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 5. April 2007

58. Jahrgang / Nummer 7



### Geschmückte Osterbrunnen im Landkreis Erlangen-Höchstadt

Bereits seit über 800 Jahren besteht die Tradition, die Brunnen im Landkreis Erlangen-Höchstadt an Ostern zu schmücken. Dieser Brauch, der der Wertschätzung des Leben spendenden Elements Wasser gilt, wird an vielen Orten liebevoll gepflegt. Die fantasievoll gestalteten Brunnen sind mancherorts regelrecht zu einer Touristenattraktion geworden. Jetzt hat Landrat Eberhard Irlinger eine Osterbrunnenbroschüre aufgelegt, in der neben Brunnenbildern auch die historischen Hintergründe dieser österlichen Tradition erläutert sind. Irlinger ist stolz darauf, dass die Brauchtpflege in „seinem“ Landkreis nach wie vor einen hohen Stellenwert hat und auch die junge Generation die unterschiedlichsten Traditionen lebendig erhält. Unsere Aufnahme zeigt den Brunnen von Lonnerstadt, den die Naturfreunde zwei Wochen vor Ostern schmücken. **DK**

### 1. Regionalkonferenz zum ländlichen Raum:

## „Wo Bayern zu Hause ist“

Schwerpunktthema in Egersheim: Stadt-Umland-Problematik

Die Vision von der weiteren Entwicklung Bayerns kann nicht aus einigen Ballungsräumen und umliegenden Naturparks bestehen. Deshalb hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag die Zukunft des ländlichen Raums zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Im Januar beschloss sie ein 55-seitiges Arbeitspapier, das in den nächsten Monaten bei vier Regionalkonferenzen diskutiert werden soll. Den Auftakt bildete eine Tagung im mittelfränkischen Egersheim, Landkreis Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim, mit dem thematischen Schwerpunkt der Stadt-Umland-Problematik.

Der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nach Überzeugung der CSU-Landtagsfraktion die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes. Zentrales Ziel der Politik müsse eine ausgewogene Entwicklung aller Regionen sein, bei der sich Städte, Metropolen und der ländliche Raum als Partner ergänzen, erklärten Fraktionschef Joachim Herrmann und Innenminister Dr. Günther Beckstein. Herrmann verwies darauf, dass

kleine und mittelständische Unternehmen zwei Drittel aller Arbeitsplätze im Freistaat stellen und über 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften.

### Wirtschaftliche Kraftquelle

Der ländliche Raum stelle somit eine wirkliche wirtschaftliche Kraftquelle dar. „Ohne sie wäre der derzeitige Erfolg Bayerns undenkbar“, so der Fraktionsvorsitzende.

Allerdings sei der ländliche Raum weitaus vielfältiger, als diese Zahlen es ausdrückten, fuhr Herrmann fort. Keine ländliche Region gleiche wirklich vollständig einer anderen. Da es den ländlichen Raum nicht gebe - einige Regionen sind von dynamischem Wachstum geprägt, in anderen stagniert die Entwicklung oder verschlechtert sich gar - stehe auch kein einheitliches Patentrezept zur Verfügung. Der Vorsitzende: „Wenn wir das große Potential der einzelnen Teilräume wirklich ausschöpfen wollen, brauchen wir maßgeschneiderte Lösungen, die auf die jeweilige Identität und die Bedürfnisse der einzelnen Regionen abgestimmt sind und gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort erarbeitet werden. Erforderlich sind (Fortsetzung auf Seite 4)

### Siegerehrung im Wettbewerb „Dorf vital“:

## Ausgezeichnete Projekte

Zwei Dutzend bayerische Dörfer waren mit ihren innovativen Entwicklungskonzepten und dem großen Engagement ihrer Bürger beim landesweiten Wettbewerb „Dorf vital“ erfolgreich. Bei einem Festakt in Augsburg wurden sie dafür von Landwirtschaftsminister Josef Miller und Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl ausgezeichnet. In Zeiten eines starken Wandels in der Bevölkerung und der Landwirtschaft seien lebendige Dörfer und Gemeinden das Rückgrat eines stabilen ländlichen Raums, betonten die beiden Politiker unisono.

Zwölf bayerische Dörfer wurden mit Geldpreisen bedacht, weiteren zwölf Projekten wurde eine Anerkennung ausgesprochen (vgl. Kasten S. 4). Beispiel Landkreis Erding: Der Wandel zum Wohnort für Pendler und der zunehmende Verlust an dorftypischer Vielfalt waren nach der Eröffnung des Flughafens im Erdinger Moos im Mai 1992 auch in und für die Gemeinde Fraun-

berg nicht mehr zu übersehen. Mit der gemeinsamen Erarbeitung eines Entwicklungsplans wurden die Grundsätze der künftigen Politik festgelegt.

### Engagierte Kommunen

Dabei formierte sich der Verein Gemeindeentwicklung Fraunberg e. V., eine Verantwortungs-

gemeinschaft aus engagierten Bürgern, Gemeinde, Verwaltung und privaten Unternehmern. Gemeinsam einigten sie sich darauf, bereits für Gewerbegebiete geplante Flächen aus dem Flächennutzungsplan zu streichen und stattdessen landwirtschaftliche Hofstellen für Betriebe umzunutzen.

### Beispiel Grucking

Exemplarisch für diese Vorgehensweise ist das 220-Einwohnerdorf Grucking. Anstatt eines leer stehenden Hofes gibt es heute - nach dessen Erwerb und Abbruch durch die Gemeinde - vier Bauplätze im Innenbereich. Dadurch wird die Bebauung am (Fortsetzung auf Seite 4)

### Evangelische Akademie Tutzing:

## Kultur und aktive Bürgergesellschaft

Kultur und Bildung unter dem Aspekt Bürgerschaftlichen Engagements betrachtete kürzlich eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing. Stand in den vergangenen Jahren vor allem die Reform des Sozialstaats im Vordergrund, weiten sich nunmehr Diskussion und Praxis aus.

Heiner Keupp, Department Psychologie, Universität München, betonte eingangs, dass sich die Freiwilligenkultur in Deutschland durchaus positiv entwickelt habe. Es gebe vielfältige Anregungs- und Förderungsansätze, die die Entwicklung in diese Richtung weiter vorantreiben werden. Im internationalen Vergleich hole Deutschland eindeutig auf.

### Einfluss nehmen können

Trotzdem blieben Probleme, die sich „eher verstärken“. Engagement lebe von der Hoffnung, etwas bewegen und Einfluss nehmen zu können. Dieser kollektive Handlungsoptimismus scheint sich Keupp zufolge in Deutschland zu verbräuen. Die seit 2002 jährlich durchgeführte Studie „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer (2005) vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zeige, dass in der deutschen Bevölkerung das Gefühl, „dass es keine sicherheitsverbürgende Ordnung mehr gibt und man nicht wirklich weiß, was eigentlich los ist“,

zunimmt. Von 2002 bis 2005 seien die Werte von 53 auf 64 Prozent gestiegen. Noch höher aber liege das Niveau für das Gefühl, (Fortsetzung auf Seite 4)

### Bitte um Mithilfe:

## Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung

Zahlreiche bayerische Kommunen haben in den Jahren 2005 und 2006 zum Erfolg der Aktion „Bücher aus dem Feuer“ ihren unverwechselbaren Beitrag geleistet. Für den 10. Mai 2007 ruft Initiator Gerhard Schmitt-Thiel erneut zur Teilnahme auf.

Am Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis (1933) werden bundesweit Texte aus den damals vernichteten Werken vorgelesen.

Auf öffentlichen Plätzen, vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Schulen, Universitäten, von Lernenden und Lehrern, in Theatern, Opern, Buchhandlungen, Restaurants - also überall wo sich Menschen zusammenfinden - soll gegen das Vergessen „angelesen“ werden.

Weitere Informationen und Anmeldung bei [www.buecherlesung.de](http://www.buecherlesung.de). □



Podiumsdiskussion - von links: Dr. Siegfried Balleis, Prof. Ulrich Reuter, Dr. Jürgen Helmes, Marlene Mortler, Markus Sackmann, Claudia Platzöder und Josef Miller. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Ostern zeigt mehr als andere Feste, wie tief unser Land in der christlichen Tradition verankert ist - und wie sinnlos es wäre, dies leugnen zu wollen. Auch der Bürgermeister ist ein Osterfreak, schätzt er doch dieses Fest als Gelegenheit zur Besinnung auf das Private. Aufatmen ist angesagt. **Seite 15**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Widerspruch als Bürgerrecht	2
Kommunale Theater: ein Stück Kultur	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Gute Gründe, die EU zu reformieren	3
Zweiter Internationaler Geriatrietag	3
1. Cluster-Tag Umwelttechnologie	3
GZ-Fachthemen:	
EDV · Technik · Ausstattung	5 - 7
Umwelt · Abfall	8 - 10
Kommunalfahrzeuge	10 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Anhörung im Landtag:

## Widerspruch als Bürgerrecht

Kommunen warnen vor Einschränkung des Verwaltungsrechtsweges

Bei der von der Staatsregierung vorgeschlagenen teilweisen Abschaffung des Widerspruchsverfahrens gegen behördliche Entscheidungen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. In einer Anhörung im Rechtsausschuss des Landtags kamen insbesondere Bedenken der kommunalen Spitzenverbände zum Ausdruck. Diese Möglichkeit des „kleinen Mannes“ zu beschränken und ihn sofort auf den Klageweg zu verweisen, bedeute einen Verlust an Bürgernähe. Alle drei Fraktionen wollen die Gesetzesvorlage nun noch intern und ergebnisoffen überprüfen.

Im Entwurf einer Änderung des Ausführungsgesetzes zur Verwaltungsgerichtsordnung erklärt die Staatsregierung in Zeiten knapper werdender Ressourcen und des dringenden Bedürfnisses, rechtverbindliche Entscheidungen in kürzester Zeit zu erhalten, stelle sich die Frage, ob das Widerspruchsverfahren - in dem die verfügende Behörde

erster Ansprechpartner des Betroffenen ist - nicht Ursache von Verfahrenshemmnissen und -verzögerungen sei. Der in Mittelfranken von Juli 2004 bis Ende Juni 2006 durchgeführte Versuch, ohne Widerspruchsverfahren auszukommen, habe für bestimmte Bereiche die Abschaffung dieses Instanzenzuges nahegelegt. Das werde auch durch

die Deregulierungskommission unter Leitung von Prof. Herbert Henzler bestätigt.

**Betroffene sollen selbst entscheiden**

Bei Streitsachen, in denen erfahrungsgemäß häufig Fehlentscheidungen vorkommen, sollen die Betroffenen jedoch nach Rechtsbelehrung selber entscheiden können, ob sie statt der sofortigen Klage ein förmliches Rechtsbehelfsverfahren bei der Behörde wählen. Das sei im Sinne der Beschleunigung und des Bürokratieabbaus sinnvoll. Als Bereiche für dieses Alternativverfahren nennt die Staatsregierung u. a. das Kommunalabgabenrecht, das Landwirtschafts- und Jagdrecht sowie das Schul- und Sozialrecht.

Namens der kommunalen Spitzenverbände stellte Direktorin Cornelia Hesse vom Bayerischen Gemeindetag fest, der Widerspruch sei eine wichtige Möglichkeit sowohl für die Betroffenen als gerade auch für die Gemeinden zwecks Selbstkontrolle. Das geplante fakultative Recht - Widerspruch oder Klage - sei problematisch, weil nicht klar wäre, wer entscheidet.

**Katastrophe für Gemeinden**

Nicht so eindeutig äußerte sich Nürnbergs Rechtsdirektor Dr. Hartmut Frommer. Aus städtischer Sicht sei der Wegfall des Widerspruchs nicht dramatisch. Für kreisangehörige Gemeinden käme es aber einer Katastrophe gleich, weil auf die Möglichkeit der Befriedung verzichtet würde. Ähnlich vorsichtig nahm Mittelfrankens Regierungsvizepräsident Heinz Grunwald Stellung. Mit dem Versuch in seinem Regierungsbezirk sei die Welt nicht untergegangen. Es gehe indessen die Rückkopplung zwischen Behörde und Bürger verloren.

Anhörung im Landtag:

## Kommunale Theater ein Stück Kultur

Städte fordern fünf Millionen mehr Zuschuss und keine Haushaltssperren

Mit einer Anhörung des Kulturausschusses im Maximilianeum appellierten die Vertreter von zehn bayerischen Theatern an den Freistaat, der kulturellen Versorgung des gesamten Landes durch die kommunalen Bühnen und Orchester mit der staatlichen Förderpolitik besser Rechnung zu tragen. Es ging nicht um eine Gleichstellung der in Größe und Struktur unterschiedlichen Bühnen, auch nicht mit den Staatstheatern, sondern um Planungssicherheit und folglich Schluss mit den unvorhersehbaren Kürzungen der im Staatshaushalt veranschlagten Zuschüsse.

Die kulturpolitische Bedeutung der kommunalen Theater sei gar nicht hoch genug zu veranschlagen, versicherte einleitend Ausschussvorsitzender Dr. Ludwig Spaenle (CSU). Dem stimmte Peter Hufe (SPD), der mit dem CSU-Politiker die Anhörung leitete, ausdrücklich zu.

Es gehe nicht an, dass der Freistaat kommunalen Theatern etwamäßig ca. 40 Millionen Euro verspreche, seinen eigenen Bühnen in München und Nürnberg aber rund 100 Millionen Euro, erklärte Hans Schaidinger in seiner Doppelfunktion als Oberbürgermeister der Theaterstadt Regensburg und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Laut Verfassung sei Bayern ein Kulturstaat. Daraus ergebe sich, dass die Mittel für die kommunalen Theater nicht freiwillige Leistungen seien, die dann den Haushaltssperren unterliegen. Namens des Städtetags forderte er, die Staatszuschüsse, die durch Haushaltssperren heuer auf 32 Millionen sinken, im anstehenden Nachtragset um fünf Millionen Euro aufzustocken.

**Grunwald wird Nachfolger von Dr. Zitzelsberger**

Der Ministerrat hat Heinz Grunwald zum neuen Regierungspräsidenten von Niederbayern berufen. Der 56-Jährige löst zum 1. Mai 2007 Dr. Walter Zitzelsberger ab, der in Ruhestand geht. Grunwald durchlief nach der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 1978 verschiedenste Stationen in der Inneren Verwaltung: zunächst bei der Regierung von Oberbayern und im Landratsamt Starnberg, dann im Innenministerium und in der Bayerischen Staatskanzlei. Seit 1. Februar 2001 ist Grunwald Regierungsvizepräsident der Regierung von Mittelfranken. □

## Mehr Spielraum für die Kommunen

Landtag billigt das Gesetz für die probeweise Aufhebung von Rechtsvorschriften und erweiterte Eigenverantwortung

Der im Landtag, aber auch mit den kommunalen Spitzenverbänden teilweise kontrovers diskutierte Vier-Jahres-Modellversuch zum Abbau der Bürokratie im Interesse gemeindlicher Selbstverwaltung kann nächstes Jahr beginnen. Das Parlament billigte den Gesetzesentwurf der Staatsregierung mit den Stimmen der CSU die die Vorlage in Einzelheiten noch verändert hat. Die Opposition lehnte ab.

Etwa 20 Gemeinden, Städte und Landkreise können demnach nach eigener Entscheidung von Regelungen des eigenen Wirkungsbereichs und von staatlichen Direktiven abweichen.

Die Staatsregierung erhofft sich von dem Versuch praktische Hinweise für den weiteren Weg zu Deregulierung und Kostenersparnis sowohl auf kommunaler als auch auf Regierungsebene. In den Ausschussberatungen, aber auch seitens der im Grund positiv reagierenden kommunalen Spitzenverbände waren insbesondere Denkmalschutz, Schülerbeförderung und Personalvertretung strittig. Die von SPD und Grünen vorgetragenen Einwände, es werde keine Kostenentlastung der Kommunen erreicht und auch für die Bürger könne es schwieriger statt leichter werden, wurden in der abschließenden Dritten Lesung aufrecht erhalten.

Florian Ritter (SPD) meinte, bei der Schülerbeförderung bedeute der Ausstieg aus der behördlichen Verantwortung eine Belastung der Eltern. Der Denkmalschutz werde durch die Bestimmung ad absurdum geführt, dass Architekten bzw. Bauherren bei Neu- und Umbauten selbst entscheiden können, wenn binnen zwei Monaten keine behördliche Entscheidung erfolgte. Auch die Stellung der Personalvertretung in den Kommunen werde ohne überzeugende Begründung geschwächt.

Zusammenfassend hielt er die „Geburtsfehler“

des Gesetzes für so gravierend, dass das Ganze abgelehnt werden müsse. Ritter bezog sich auch auf Kritik der kommunalen Spitzenverbände.

Christine Kamm (Grüne) sah beim Denkmalschutz weitere Schleusen der Überspülung geöffnet. Die Personalvertretung werde ausgehöhlt. Das und anderes habe mit einer Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums nichts zu tun. Zur von der Staatsregierung jetzt propagierten Errichtung von Ganztagschulen stehe die Freigabe der Schülerbeförderung in Widerspruch.

Für die CSU wiesen Staatskanzleiminister Eberhard Sinner und der Abgeordnete Hans Herold die Einwände der Opposition zurück. Das Erprobungsgesetz erweitere den Handlungsspielraum der Kommunen. Der Minister räumte ein, die Deregulierung sei eine mühsame Aufgabe. Das zeige auf höherer Ebene die Einwirkung der Brüsseler Bürokratie auf die Länder und Kommunen. Er unterstrich, dass es den teilnehmenden Gemeinden und Landkreisen überlassen bleibe, von welchen Möglichkeiten des Erprobungsgesetzes sie Gebrauch machen. Das vierte Versuchsjahr werde der Bilanzierung dienen.

Herold nannte das Gesetz einen ganz wichtigen und entscheidenden Eckpfeiler der Bemühungen um Verwaltungsvereinfachung und kommunale Selbstverwaltung. Er räumte ein, dass seine Fraktion bei Einzelheiten selber Bedenken gehabt und deswegen, besonders im Denkmalschutz, Änderungen am Regierungsentwurf vorgenommen habe. Herold bezog sich auf die grundsätzliche Zustimmung der Spitzenverbände. Es gebe eine sehr große Akzeptanz. Die Kommunen seien für die CSU „die erste Quelle der Demokratie“. Er sei sicher, sie würden mit den neuen Möglichkeiten verantwortungsbewusst umgehen (s. GZ 4/15.2.07). **rm**

**Ab in die Sonne!**

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter [www.1a-preisvergleichreisen.de](http://www.1a-preisvergleichreisen.de)

## Auf Drauf folgt Kraxenberger

Neues Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes der bayerischen Bezirke

Norbert Kraxenberger, Leitender Ministerialrat im bayerischen Finanzministerium, übernimmt zum 1. August 2007 die Position des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Verbandes der bayerischen Bezirke in München. Er tritt damit die Nachfolge von Dieter Drauf an, der in Ruhestand geht. Dies beschloss der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke in seiner jüngsten Sitzung in Ingolstadt. Der 58-jährige Kraxenberger wurde 1948 in Dingolfing geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Miesbach sowie nach Beendigung des Studiums der Rechtswissenschaften arbeitete er zunächst als Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Verwaltungsrecht. 1978 trat er in das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen ein. Zwischen 1982 und 1991 war er Referent in der CSU-Landtagsfraktion, bevor er danach für zwei Jahre als Leiter des Referates für EU-Angelegenheiten im Bayerischen Finanzministerium fungierte. Seit 1996 zeichnet Norbert Kraxenberger nunmehr als Leiter des Referats „Innerbayerischer Finanzausgleich: Projektförderungen und Zweckzuwendungen“ verantwortlich.

Verbandspräsident Manfred Hölzlein begrüßte die Entscheidung des Hauptausschusses. Mit Norbert Kraxenberger gewinne der Verband einen erfahrenen und auf vielerlei Ebenen bewährten Verwaltungsfachmann, der Bayerns dritte kommunale Ebene in den kommenden Jahren kraftvoll und auf der Grundlage seiner in Jahrzehnten gewonnenen Kontakte an der Spitze der Verwaltung prägen werde. Hölzlein wünschte Kraxenberger für diese Herausforderung viel Glück und sicherte ihm dafür die Unterstützung des Verbandes und seiner sieben Bezirke zu. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Stenglein  
97791 Obersinn  
am 17.4.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Gründl  
84562 Mettenheim  
am 15.4.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Andreas Gerstmeier  
89344 Aislinggen  
am 11.4.

Bürgermeisterin Burgunde Bahr  
97640 Stockheim  
am 11.4.

Bürgermeister Johann Rösch  
93109 Wiesent  
am 12.4.

Bürgermeister Wilfried Neuber  
92526 Oberviechtach  
am 15.4.

Bürgermeister Josef Färber  
94532 Außenzell  
am 20.4.

Bürgermeister Klaus Bauregger  
83458 Schneizreuth  
am 23.4.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeisterin  
Gabriele Bauer  
83022 Rosenheim  
am 12.4.

Bürgermeister Werner Thum  
86735 Forthheim  
am 17.4.

Bürgermeister Hans Emmert  
91629 Weihenzell  
am 17.4.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Wunder  
96349 Steinwiesen  
am 15.4.

Bürgermeister Friedrich Pickel  
90616 Taufkirchen  
am 23.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Hack  
97717 Aura a. d. Saale  
am 20.4.

Veranstaltungshinweis:

## Leben findet Innenstadt

Das Modellprojekt „Leben findet Innenstadt - Öffentlich-private Kooperation zur Standortentwicklung“ ist ein Vorhaben der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern zur Aufwertung innerörtlicher Standorte.

Im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft arbeiten zehn bayerische Städte und Gemeinden gemeinsam mit Grundstücks- und Immobilieneigentümern, Gewerbetreibenden und Bewohnern an der Strukturverbesserung und Aufwertung eines innerörtlichen Quartiers. Auf der Grundlage geeigneter Konzepte werden im Projektzeitraum 2006/2007 öffentliche und private Aktivitäten gebündelt und investive und nichtinvestive Projekte entwickelt, gestaltet und umgesetzt. Das Modellvorhaben setzt auf freiwillige Kooperationen und hohe Mitwirkungsbereitschaft der örtlichen Akteure.

Die Präsentation eines Zwischenberichts findet am 11. Mai 2007 im Jüdischen Zentrum Jakobsplatz in München statt. Weitere Informationen zum Modellprojekt sowie zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter [www.lebenfindetinnenstadt.de](http://www.lebenfindetinnenstadt.de). □

lässlicher Partner, meinte Dr. Dieter Rossmeisl, Kulturreferent in Erlangen und Vorsitzender des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags.

Spaenle fasste zusammen, grundsätzlich wolle man an einer Basisfinanzierung festhalten. Theoretisch seien zunächst Standortfaktoren in die Überlegungen einzubeziehen. Schaidinger zeigte sich nach der Anhörung im Gespräch „nicht unzufrieden“. Die Forderung nach fünf Millionen Euro mehr sei ebenso angekommen wie die nach der sicheren, also kürzungsfreien Auszahlung der Staatszuschüsse. Auch die Ablehnung von „Platzzuschüssen“ - je nach Art, Programm und Ensemble der kommunalen Bühnen - sei klar gemacht worden. **rm**

zum Ausdruck, die Ergebnisse des mittelfränkischen Versuchs und der Anhörung sorgfältig abzuwägen. In Erster Lesung im Plenum hatte Petra Guttenberger (CSU) von einem „richtigen Ansatz“ des Gesetzentwurfs gesprochen. Ausschussvorsitzender Franz Schindler (SPD) hatte das Widerspruchsrecht als notwendige Selbstkontrolle der Verwaltung charakterisiert. Christine Stahl (Grüne) meinte, der Gesetzentwurf sei „weder Fisch noch Fleisch“. **rm**

Lediglich Rolf Hüffer, der Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, meinte, die Entlastung der Kommunen durch Wegfall des Widerspruchsrechts bzw. durch die fakultative Wahl des Verfahrens werde die Kommunen entlasten. So sieht es auch die Staatsregierung. Im Übrigen würden den Kommunen ihre Auslagen erstattet, wenn sie vor Gericht obsiegen.

Der Rechtsausschuss nahm nicht Stellung. Aus allen drei Fraktionen kam der Wunsch



Zweiter Internationaler Geriatrietag in München:

## Versorgungsstrukturen ausbauen

Die geriatrische Rehabilitation hat in den vergangenen Jahren im Gesundheitswesen erheblich an Bedeutung zugenommen. Experten fordern, im Hinblick auf die demographische Entwicklung und unter Berücksichtigung des Kostendrucks im Gesundheitswesen die geriatrischen Versorgungsstrukturen auszubauen. Vor diesem Hintergrund fand der 2. Internationale Geriatrietag in München statt, den die Kliniken Harthausen Rosenheim und die Städtische Klinikum München GmbH gemeinsam veranstalteten.

Mehr als 250 Teilnehmer aus Österreich, Deutschland und der Schweiz diskutierten neue Ideen und Lösungen, um in Zukunft auch grenzüberschreitend die optimale medizinische Versorgung für ältere Menschen zu sichern. Die Themen der Tagung spannten einen Bogen von lokalen sozial- und gesundheitspolitischen Fragestellungen in der Geriatrie bis hin zu internationalen

dizinischen, insbesondere der geriatrischen Rehabilitation und der Pflege werden - zumindest in grenznahen Regionen - von diesem Leistungsangebot umfasst sein“, prophezeite Stewens.

### Pflichtleistungen

Die Ministerin wies auch auf die im Rahmen der Gesundheitsreform erzielten Verbesserungen

fe berechtigten pflegebedürftigen Menschen seit ihrem Tiefstand 1998 wieder kontinuierlich an, während der Anteil der zu Hause Versorgten beständig sinke, fuhr Bartsch fort. Auffallend sei, dass die 2. Stufe der Pflegeversicherung für eine Marktöffnung und die Zunahme der Trägervielfalt gesorgt habe. Zudem sei für die Auswahl des Heimes bei Pflegebedürftigen der Preis bei Pflegebedürftigen der Preis als Auswahlkriterium entscheidend und nicht mehr die Verwandtschaftsbeziehung des Trägers.

Der Bezirk Mittelfranken habe deutliche Akzente gesetzt, in dem er 2000 eine gerontopsychiatrische Fachkoordination ins Leben gerufen hat, erklärte Bartsch. Hier gehe es um die „Versöhnung“ von Altenhilfe und Gerontopsychiatrie. Zudem seien ein Qualifizierungskonzept erarbeitet und eine zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPF) ins Leben gerufen worden. Ein Zentrum für integrierte Altersmedizin am Bezirksklinikum Ansbach vervollständige die Reihe an Maßnahmen.

Reinhard Fuß, Geschäftsführer Strategie und Planung, Städtisches Klinikum München, wies darauf hin, dass in und um München in den letzten Jahren geriatrische Rehabilitationseinrichtungen geschaffen wurden, so dass heute den alterskranken Patienten nach der Erstversorgung im Akutkrankenhaus verschiedene Wege einer geriatrischen Versorgung sowohl im ambulanten als auch im vollstationären Bereich offen stehen.

### Vernetzung der Strukturen

Trotz dieses dichten Netzes an Behandlungsangeboten müsse vor allem eine Vernetzung der

Strukturen angestrebt werden. Gemeinsames Ziel müsse es sein, die geriatrische Versorgung Sektoren übergreifend zu gestalten, um den qualitativen Ansprüchen in allen Bereichen gerecht zu werden.

### Ambulante, mobile Angebotsformen

Zur Sicherstellung des gesetzlich verankerten Anspruchs auf geriatrische Behandlung wird derzeit im Städtischen Klinikum München auch die Möglichkeit ambulanter und mobiler Angebotsformen für geriatrische Patienten mit ihrem erfahrungsgemäß hohen und sehr differenzierten Rehabilitationsbedarf untersucht. Diese genannten Formen sollen die stationäre Rehabilitation ergänzen und, soweit medizinisch möglich, teilweise oder in vollem Umfang ersetzen. Das Städtische Klinikum München ist das größte kommunale Krankenhaus in Bayern und versorgt pro Jahr mehr als 100.000 Patienten.

### Spezialisten gefragt

Mit der Forderung, bereits heute auf den demographischen Wandel und dem daraus resultierenden medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarf zu reagieren, endete der 2. Internationale Geriatrietag. „Die Geriatrie ist nicht nur kostengünstig. Vielmehr geht nur sie auf die speziellen Bedürfnisse kranker älterer Menschen ein. Alte, kranke Menschen brauchen die Behandlung durch einen Spezialisten, den Geriater“, forderte zum Abschluss Dr. Markus Gosch, Chefarzt des Seniorenzentrums Rosenheim. DK

### 1. Cluster-Tag Umwelttechnologie in Berching:

## Vernetzt in die Zukunft

Mit einer Auftaktveranstaltung in der Europahalle in Berching ist offiziell der Startschuss für die Arbeit des bayerischen Umweltclusters gegeben worden. „Die Umwelttechnologie als Querschnitts- und Hochtechnologie wurde ganz bewusst als Cluster ausgewählt. Die Umwelttechnologie ist ein bedeutender Zukunftsmarkt. Hier werden in den nächsten Jahren Wachstumsraten von bis zu 8 Prozent erwartet“, erklärte Wirtschaftsminister Erwin Huber vor rund 300 Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Wie der Minister hervorhob, soll das Cluster Umwelttechnologie die vielen innovativen, weit überwiegend mittelständischen Firmen „mit unserer exzellenten Forschungslandschaft“ zusammenführen. Dadurch würden weitere Innovationspotentiale erschlossen, Netzwerke geschaffen und Kooperationen angestoßen. Der Freistaat unterstütze den Aufbau der Clusterplattform und deren Aktivitäten in den nächsten fünf Jahren mit 1,8 Mio. Euro.

Das vorhandene Innovations-

potential der Unternehmen müsse auch bei der aktuellen Klimadebatte noch stärker berücksichtigt werden. Mit innovativen Produkten und Verfahren könnten wichtige Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden. Huber: „Regenerative Energien und Wärmerückgewinnung sind neben den Themen Wasser/Abwasser, Boden/Luft-Reinhaltung und Recycling die Schwerpunkte des Clusters. Ich hoffe auf innovative Produkte und Verfahren, mit denen Bayern seine gute Position beim Klimaschutz weiter ausbauen kann.“

### Beiträge zu Klimaschutz und Wachstum

Klimaschutz und Wachstum miteinander zu verbinden, forderte Umweltminister Werner Schnappauf. Angesichts der Dramatik der Klimaerwärmung erwartet der Minister einen „Wachstumssprung bei klimaverträglichen Umwelt- und Energietechnologien in Bayern“. Mit mehr als 2.000 einschlägigen Unternehmen und exzellentem Umwelt-Know-how sei die bayerische Umweltbranche geradezu in einer Pole Position für die Klimaschutz- Wachstumsmärkte der Zukunft. Durch die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung soll die Schlagkraft weiter erhöht und

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

was hätten wohl unsere Großväter am 1. August 1914 dafür gegeben, wenn sie mit den Kosten, die uns angeblich durch die Europäische Union stark belasten, davon gekommen wären? Sie hätten sich zwei Weltkriege und die ganzen damit verbundenen Schrecken gespart!

Auch die Megaverbrecher des 20. Jahrhunderts, Stalin und Hitler, samt ihren Konsorten, wären den Völkern Europas erspart geblieben.

Seit der Zerstörung der alten europäischen Ordnung ab 1914 haben die Europäer nie eine bessere Zeit erlebt als die



weniger Mitarbeiter als die britische BBC.

Trotzdem gibt es Gründe, die EU zu reformieren. Man denke nur an den Parlamentarierzirkus zwischen Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Aber auch dies ist in der

### Es gibt gute Gründe, die EU zu reformieren!

letzten 50 Jahre. Kein staatlicher Zusammenschluss, keine Staatsbildung, mit Ausnahme vielleicht der Gründung der Vereinigten Staaten und des Römischen Reiches nach dem Amtsantritt des Kaisers Augustus, haben eine so lange Friedensperiode und so positive Perspektiven für die unmittelbar betroffenen Menschen eingeleitet, wie die EU. Die Gründerväter haben in der klaren Erkenntnis, dass eine Friedensordnung unter Einschluss der großen und der kleinen europäischen Länder an die Stelle der Nationalstaaten treten muss, eine lang anhaltende Perspektive geschaffen. Dass es dabei Auswüchse gibt, wie eine überbordende Bürokratie, ist hinnehm- und auch korrigierbar. Im Übrigen hat die Europäische Union

größten Wirtschaftsmacht der Erde hinnehmbar, wenn man an die Alternativen denkt. Und dass Kriege in Europa nicht mehr möglich sind, hat die Situation nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Jugoslawien widerlegt.

Als überzeugter Anhänger der europäischen Integration hoffe ich, dass dieser immer fester werdende Zusammenschluss unseren Kindern und Enkeln auch zukünftig ein Leben in Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gewährleistet. Besseres können wir ihnen nicht hinterlassen.

Der  
Luitpold Braun

## Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Vergleichen. Besprochen wurden auch die Entwicklungstendenzen, in der Gesundheitsversorgung medizinische Leistungen, Rehabilitation und Pflege grenzüberschreitend anzubieten und zu nutzen.

### Pflegebedürftigkeit und Heimeinweisung senken

Geriatrie als spezialisierte Medizin für ältere Menschen sorgt dafür, Pflegebedürftigkeit und Heimeinweisung deutlich zu senken. Mehr als 80 Prozent aller geriatrischen Patienten mit einem Durchschnittsalter von 80 Jahren können in ihre vertraute Umgebung entlassen werden. Derzeit gibt es 64 geriatrische Einrichtungen in Bayern mit 2800 Betten bei steigendem Bedarf.

### Im europäischen Kontext

„Bedingt durch eine höhere Lebenserwartung und eine gleichzeitige Absenkung der Geburtenrate wird die demografische Entwicklung zu einer Alterung der Bevölkerung führen. Gesundheitspolitik muss sich deshalb auch im europäischen Kontext mit der medizinischen Versorgung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger befassen. Da die Entwicklung in allen Staaten Europas gleichermaßen zu spüren ist, müssen wir die geriatrischen Versorgungsstrukturen über die Ländergrenzen hinweg austauschen“, empfahl Sozialministerin Christa Stewens, die Schirmherrin des Symposiums.

Bereits jetzt hätten die gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland die Möglichkeit, mit ausländischen Leistungserbringern, insbesondere mit Ärzten und Krankenhäusern, unter Anwendung des im Inland geltenden Sachleistungsprinzips Verträge über medizinische Leistungen abzuschließen. Derzeit betragen die Aufwendungen der Krankenkassen für ambulante und stationäre Behandlungen im Ausland noch unter fünf Prozent. In einem zusammenwachsenden Europa würden jedoch in Zukunft die Entwicklungstendenzen in der Gesundheitsversorgung immer mehr dahin gehen, dass medizinische Leistungen auch grenzüberschreitend angeboten und genutzt werden. „Auch Dienstleistungen der me-

im Bereich der Geriatrie hin. Stewens zufolge werden die Krankenkassen Leistungen der medizinischen und somit auch der geriatrischen Rehabilitation erstmals nicht mehr als Ermessens-, sondern als Pflichtleistung erbringen. Der Rechtsanspruch auf medizinische Rehabilitation, der den Anspruch auf geriatrische Rehabilitation mit einschließt, werde dazu beitragen, dass insbesondere die in Bayern bestehende qualitativ hochwertige Struktur der geriatrischen Versorgung erhalten bleibt.

### Qualifikation

Richard Bartsch, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken und Vorsitzender der AG Geriatrie Bayern e.V., hob hervor, dass laut Pflegestatistik 2005 die Zahl der Heime in Deutschland mit vollstationärer Dauerpflege um 7,3 Prozent bzw. 640 Heime (43.000 Plätze) seit 2003 gestiegen sei. Das Personal in der stationären Versorgung habe im selben Zeitraum um 7 Prozent bzw. 36.000 Personen zugenommen. Freilich sei allein die Fachkraftquote in einem Heim kein Gradmesser für die Qualifikation der Pflege, stellte Bartsch klar. Erforderlich seien Strukturmaßnahmen und neue Konzepte an der Schnittstelle zwischen Hauswirtschaft und Pflege.

### Der Preis entscheidet

Speziell im Bezirk Mittelfranken steige die Zahl der Sozialhil-



Beim Gespräch auf dem Umweltclustertag in Berching (v. l.): Landtagsabgeordneter Johannes Hintersberger, Clustergeschäftsführerin Dr. Manuela Wimmer, Clustersprecher Hans Huber mit Ehefrau und Dr. Gerd-Achim Gruppe vom Bayerischen Wirtschaftsministerium. □

nerseits vor allem bei den bayerischen Industrie- und Handelskammern, die diese Gemeinschaftsinitiative ermöglicht hätten. Im Anschluss führte er zusammen mit seinem Bruder Karl-Josef Huber die Politiker und Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft durch das heimische Unternehmen. Die Brüder gewährten dabei einen kurzen Einblick in die Firmenstruktur. Hans Huber zufolge entwickelte sich das seit 1872 im Familienbesitz befindliche Unternehmen von einer Kupferschmiede zu einem hochmodernen Industriebetrieb. Heute verarbeite der mittelständische Maschinen- und Anlagenbaubetrieb ausschließlich Edelstahl und produziere Maschinen und Ausrüstungsteile für die Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Maschinen für die Fest/Flüssig-Trennung.

### Weltweit erfolgreich

Nach Auskunft der beiden Firmeninhaber erwirtschaftete das Unternehmen mit etwa 635 Mitarbeitern an seinem Standort Berching im Jahr 2004/05 einen Umsatz von über 85 Millionen Euro, 2006 waren es 95 Millionen Euro. Die Produkte des Betriebes seien weltweit erfolgreich im Einsatz. Weltweit existieren ferner Tochterfirmen, in denen 254 Mitarbeiter beschäftigt sind.

Das Unternehmen werde weiter erfolgreich wachsen, betonten die Brüder Huber. Deshalb freue man sich besonders, dass die Minister Huber und Schnappauf am Standort Berching nicht nur den 1. Cluster-Tag eröffnet, sondern zugleich den ersten Spatenstich für die Büroverlagerung des Betriebes (1,5 Millionen Euro) sowie die Entsorgung und Renaturierung einer Industriebrache (500.000 Euro) vorgenommen hätten. DK

### Gemeinschaftsinitiative

Hans Huber bedankte sich sei-



# Kultur und aktive Bürger...

(Fortsetzung von Seite 1)  
politisch keinen Einfluss nehmen zu können. Es habe sich von 57 auf 66 Prozent erhöht. Das Ausmaß von Gefühlen der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit habe also in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen.

Dabei sei es nicht länger nur die Angst vor Arbeitslosigkeit, die anomische Einstellungen auslösen, sondern zunehmend auch die Angst vor einem sozialen Abstieg, fuhr Keupp fort. Zugleich nehme mit der subjektiven Wahrnehmung von Handlungsunsicherheit und Orientierungslosigkeit vor allem die Feindseligkeit gegenüber Gruppen „von Außen“, den Fremden, zu und bereite damit den Nährboden für (rechts-)populistisches Potential.

Da das Festhalten an alten Orientierungs- und Handlungsmustern allerdings keinen Ausweg biete, seien gesellschaftliche Entscheidungsträger mehr als zuvor gefordert, „Wege aufzuzeigen, die eine Lösung von alten Sicherheiten ermöglichen und gleichzeitig eine Bereitstellung von Orientierungshilfen und Verlässlichkeiten im Umgang mit gesellschaftlichen Krisen gewährleisten, ohne dass dies auf Kosten schwacher Gruppen geht“, sagte Keupp.

## Integrationsprozesse

Susanne Huth ging in ihrem Vortrag der Leitfrage nach: Was kann bürgerschaftliches Engagement im Hinblick auf Integrationsprozesse von Menschen mit Migrationshintergrund leisten? Als Grundlage dazu dienten die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie „Migrant(inn)en handeln und lernen im sozialen Umfeld - Kompetenzentwicklung, Partizipation und Integration durch interkulturelles Lernen“, die sie im vergangenen Jahr für das Bundesministerium für Bildung und Forschung abgeschlossen hat.

## Ansprechpartner

Um die Beteiligung von Migrant(inn)en in deutschen Vereinen und Verbänden zu fördern, sind laut Huth beispielsweise Ansprechpartner mit Migrationshintergrund hilfreich. Neue Wege der Ansprache müssten erprobt und durchgeführt werden. Dazu gehörten u. a. Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen und die persönliche Ansprache im Wohnumfeld, in der Schule, im Kindergarten. Denn dort, wo Deutsche und Migrant(inn)en gleiche Interessen teilen, seien die Chancen auf ein gemeinsames Engagement deutlich höher. Auch könne es sinnvoll sein, ethnische Gruppen in deutschen Vereinigungen zuzulassen; dies sei vor allem für Frauen und ältere Migrant(inn)en denkbar.

Zur Förderung und Verstärkung des Engagements in Mi-

grantenvereinen und -gruppen befürwortete Susanne Huth eine gezielte Förderung auf kommunaler Ebene - materieller und räumlicher Art sowie durch geeignete Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Insgesamt spiele auch die Vernetzung von Migrantenevereinen und -gruppen mit deutschen Organisationen und Institutionen eine wichtige Rolle: Dadurch werde die Anerkennung des Engagements gefördert und ein Transfer von Kompetenzen zwischen den Organisationen ermöglicht. Dazu seien gegenseitige Informations- und Kontaktmöglichkeiten nötig. Den Kommunen komme hier eine wichtige Bedeutung zu. Sie verfügten über einen Überblick über bestehende Vereine und Netzwerke und könnten über geeignete Maßnahmen Vernetzung und Kontakte initiieren, beispielsweise Tandemprojekte zwischen mehrheitsgesellschaftlichen und Migrantenselbstorganisationen.

## Sechs Thesen

Anhand von sechs Thesen lud Prof. Dr. Adalbert Evers, Lehrstuhl für vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik, Universität Giessen, zu einem „sicherlich unbequemem aber auch lohn-

nenswerten Umdenken in Sachen Sozialstaat und Bürger“ ein. Seine Thesen lauteten:

1. Statt viel vom Ehrenamt zu reden, sollte man sehr viel mehr die Vielfalt heutiger Formen des Engagements anerkennen.

2. Statt bürgerschaftliches Engagement in einigen speziellen Bereichen der Sozialpolitik zur zentralen Größe zu machen, sollte es eher als begrenzter Beitrag auf möglichst vielen sozialpolitischen Aufgabengebieten verstanden werden.

3. Statt die Aufwertung von Bürgergesellschaft vor allem als Gewinnung von mehr Ehrenamtlichen zu interpretieren, sollte sie im Bereich der Sozialpolitik eher als die Aufgabe verstanden werden, soziale Einrichtungen hin zur Bürgergesellschaft zu öffnen.

4. Statt Engagement allein unter dem Blickwinkel von Einsparpotenzialen und Effizienzüberlegungen zu betrachten, sollte man sich für die zusätzlichen und weiteren Ziele und Qualitätsmerkmale sensibilisieren, die damit ins Spiel kommen.

5. Die im Kontext von Bürgergesellschaft gern gebrauchte Rhetorik von „Rechten und Pflichten“ sollte stärker überdacht werden.

6. Statt zu versprechen, dass

die Politik „Macht an die Bürgergesellschaft zurückgeben“ wird, sollte man - realistischer und bescheidener - eher fragen, wie beide Seiten lernen können, mit ihrem Teil an Entscheidungsmacht verantwortlicher umzugehen.

Die Diskussion über Engagement in der Zivilgesellschaft sollte Evers zufolge nicht auf das Engagement von Einzelpersonen verengt werden - „genauso wichtig ist das Engagement von Organisationen, öffentlichen und privaten“. Dort wo es dann um individuelles Engagement gehe, sollte man sich wiederum nicht auf die fiktive Standardgröße „ehrenamtliche Mitarbeit“ fixieren: Es gebe eine Vielzahl von Engagementformen - vom Diskussionsbeitrag über passive Mitgliedschaft und Spende bis hin zur tragenden Rolle in einem Beirat.

## Umdenken und Lernen

Nicht zuerst die Engagierten benötigten Schulung - vor allem bei Politikern, Managern und Fachkräften forderte Evers ein Umdenken und Lernen, wenn Ressourcen der Bürgergesellschaft für den Sozialstaat genutzt werden sollen. Gefragt seien ein verändertes Bild von Gesellschaft und Sozialpolitik und schließlich auch ein neues Berufsverständnis. **DK**

# Wo Bayern zu Hause ist...

(Fortsetzung von Seite 1)  
derlich sind integrierte Projekte, Programme und Netzwerke.“

Mit dem Arbeitspapier „Bayern 2020 - Ländlicher Raum, Heimat mit Zukunft“ wolle man den Herausforderungen Rechnung tragen und Antworten geben, betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Markus Sackmann. Zum Thema wohnortnahe Arbeitsplätze meinte er: „Arbeit muss zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt.“ Gute Chancen für neue qualifizierte und zukunfts-fähige Arbeitsplätze in ländlichen Regionen sieht Sackmann vor allem in den Bereichen Tourismus, Gesundheit, neue Technologien und Medien.

## Kooperationsraum

Dabei müssten auf eine verstärkte Vernetzung der Wissenschaft mit der Wirtschaft geachtet und optimale Rahmenbedingungen für einen solchen „Kooperationsraum“ geschaffen werden. Dies könne z. B. wegweisend für eine Aufgaben- und Funktionsverteilung zwischen Stadt und Land sein. Als Beispiel nannte der Fraktionsvize die Cluster-Offensive Bayerns, die flankiert werde durch eine zweite Säule der Allianz Bayern Innovativ, mit der regionale Netzwerke über Branchengrenzen hinweg gestärkt werden sollen. Ein insbesondere im ländlichen Raum bedeutsamer Sektor sei das Wirtschafts- und Wissenschaftsnetzwerk der Forst- und Holzwirtschaft.

## Stärken herausstellen

Innenminister Günther Beckstein rief dazu auf, die Stärken des ländlichen Raumes herauszustellen. Als Beispiele nannte er günstige Lebensbedingungen, überschaubare Strukturen und die vielfältigen Möglichkeiten für die Bewohner, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Um die Lebensqualität auch in dünn besiedelten Räumen zu sichern, ist Beckstein zufolge neben einer besseren Finanzausstattung der Kommunen auch eine stärkere Zusammenarbeit sowohl zwischen den Städten und ihrem Umland als auch der Gemeinden untereinander nötig. Dies jedoch setze die Abkehr vom lo-

kalen Kirchturmdenken voraus.

Eine neue Gebietsreform und die Zusammenlegung von Gemeinden sei trotz rückläufiger Einwohnerzahlen in vielen ländlichen Regionen keine Lösungsvoraussetzung für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze abseits der Ballungsräume sei eine flächendeckende Infrastruktur. Dies gelte für eine gute Verkehrerschließung ebenso wie für die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Energie und Gesundheit, besonders aber für leistungsfähige Telekommunikationseinrichtungen.

## Herausforderungen

„Auch wenn der ländliche Raum in Bayern heute gut aufgestellt ist, darf nicht übersehen werden, dass er vor gravierenden Herausforderungen steht, die zwar ganz Bayern betreffen, aber in besonderer Weise in den ländlichen Räumen ausgeprägt sind“, hob Wirtschaftsminister Erwin Huber hervor. An erster Stelle stehe der demographische Wandel. Obgleich Bayern insgesamt, etwa im Vergleich zu Deutschland oder insbesondere den neuen Ländern, nur marginal und zeitlich später betroffen sein werde, zeichneten sich in einigen wenigen Teilgebieten des ländlichen Raums schon jetzt und vor allem mittel- bis langfristig doch gravierende Probleme ab, vor allem in Nord-Ost-Oberfranken und im Bereich der Rhön. Gerade dort werde der demographische Wandel im Wesentlichen soziale und kulturelle Bereiche berühren und sich beispielsweise auf die Auslastung von Versorgungseinrichtungen, wie z.B. Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser auswirken.

Vor dem oben geschilderten Hintergrund sei es erforderlich, „dass die Bayerische Staatsregierung mit aller Deutlichkeit auch künftig an der Prioritätensetzung für den ländlichen Raum festhält“, sagte Huber. Gerade angesichts der vielfachen Beunruhigung im ländlichen Raum über die Metropolregionen gelte es zudem „mit besonderem Nachdruck zu betonen, dass der ländliche Raum nicht nur Nutznießer von Ausstrahlung und Impulsen der Metropolregionen sein kann, sondern deren gleich-

berechtigter Partner ist, mit eigenständigem Anspruch auf alle Daseinsfunktionen“.

## Podiumsdiskussion

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion, an der neben der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler (Nürnberg Land) Neustadt-Aischs erste Bürgermeisterin Claudia Platzöder, Erlangens OB Dr. Siegfried Balleis, Aschaffenburgs Landrat Dr. Ulrich Reuter, Dr. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg sowie Landwirtschaftsminister Josef Miller teilnahmen, wies letzterer darauf hin, dass der ländliche Raum immerhin mehr als 85 Prozent der Landesfläche umfasse und Heimat für beinahe 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung sei.

## Nachbarschaftsmodelle

Er biete Nachbarschaft und ein intaktes soziales Leben anstelle von Anonymität, ein familienfreundliches und kostengünstiges Lebensumfeld, Wohnraum und -eigentum zu erschwinglichen Preisen und viele Möglichkeiten, aktiv an der Gestaltung der Heimat mitzuwirken. Er fungiere zudem als Ideenschmiede für neue, kostengünstige und eigenverantwortliche Modelle des Zusammenlebens, insbesondere bei der selbstverantwortlichen Organisation der Nahversorgung, bei neuen Nachbarschaftsmodellen und beim Zusammenwirken von Jung und Alt. Beispiele dafür seien viele neu entstandene Dorfläden oder das Generationenhaus in Sontheim im Landkreis Unterallgäu, das im Rahmen der Dorferneuerung und mit LEADER-Mitteln errichtet wurde. Dorfgemeinschaftshäuser, oft in Ortsbild prägenden Gebäuden, stärkten die gemeinschaftlichen Ansätze und erhöhten die Vitalität der Dörfer.

„Da Metropolen nie imstande sein werden, ihre Aufgaben für den Klimaschutz zu erfüllen und die eigenen Lebensgrundlagen zu erzeugen“, gelte eindeutig folgender Grundsatz: „Wer den ländlichen Raum vernachlässigt, der schadet der Zukunft des ganzen Landes, auch der Städte“, zeigte sich Miller überzeugt. **DK**

## Dorf vital - das sind die Preisträger

Zwölf bayerische Dörfer wurden mit Geldpreisen bedacht, weiteren zwölf Projekten wurde eine Anerkennung ausgesprochen. Eine Geldprämie von 6.000 Euro erhielten die Ortschaften Grucking (Lkr. Erding), Hopferstadt (Lkr. Würzburg) und Obbach (Lkr. Schweinfurt). 4.000 Euro bekamen Ascha (Lkr. Straubing-Bogen), Ast und Hirschhöf zusammen (Lkr. Cham), Mariakirchen (Lkr. Rottal-Inn), Schleching (Lkr. Traunstein) sowie Seeg (Lkr. Ostallgäu), jeweils 3.000 Euro gingen an die Ortschaften Engelsberg (Lkr. Neumarkt i. d. Opf.), Großbreitenbrunn (Lkr. Ansbach), Ollarzried (Lkr. Unterallgäu) sowie gemeinsam Offenbergring, Wolfstein und Hubing (Lkr. Deggendorf).

Eine Anerkennung wurde folgenden Kommunen ausgesprochen: Albersrieth (Lkr. Neustadt a. d. Waldnaab), Altglashütte, Stadt Bärnau (Lkr. Tirschenreuth), Ammerndorf (Lkr. Fürth), Baudenbach (Lkr. Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim), Bierehren (Lkr. Würzburg), Engelsberg (Lkr. Traunstein), Mörsheim (Lkr. Eichstätt), Oberbreit (Lkr. Kitzingen), Palling (Lkr. Traunstein), Schweinsdorf (Lkr. Ansbach), Töpen (Lkr. Hof), Windberg (Lkr. Straubing-Bogen). Insgesamt waren 34 Projekte eingereicht worden. Bewertet wurden vor allem drei Kriterien: die bauliche und soziale Innenentwicklung, die Funktionsvielfalt sowie die Dorf- und Verantwortungsgemeinschaft. **□**

# Ausgezeichnete Projekte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Verkehrsknotenpunkt wieder geschlossen. Gleichzeitig konnte der angrenzende Dorfplatz ansprechender gestaltet werden. Weitere solche Entwicklungen sollen durch den eingerichteten Gebäude- und Grundstücksmarkt forciert werden. Ziele: leer stehende Gebäude vermeiden, Dorf- und Landschaftsstrukturen erhalten, Ver- und Entsorgungsleitungen auslasten.

Die Bürger im Ortsteil Grucking und in der Gemeinde werden ihren Weg im Verein Gemeindeentwicklung Fraunberg e. V. weitergehen. Um bei neuen Ideen nicht vor leeren Kassen zu stehen, gibt es z. B. die Grucking Eiszeit. Die Freiwillige Feuerwehr flutet im Winter im Dorf einen Teil des Grundstückes, das die Gemeinde erworben hat. Dann ist in Grucking Eisstock (Nürnberg Land) Neustadt-Aischs erste Bürgermeisterin Claudia Platzöder, Erlangens OB Dr. Siegfried Balleis, Aschaffenburgs Landrat Dr. Ulrich Reuter, Dr. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg sowie Landwirtschaftsminister Josef Miller teilnahmen, wies letzterer darauf hin, dass der ländliche Raum immerhin mehr als 85 Prozent der Landesfläche umfasse und Heimat für beinahe 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung sei.

## Bevölkerungsrückgang

Auch die Hopferstädter Bürger im Landkreis Würzburg erkannten angesichts eines Bevölkerungsrückgangs von rund 20 Prozent in den vergangenen 20 Jahren, immer mehr leer stehende Gebäude im Ortskern, des Verlusts von Sparkassenfiliale und Schule sowie der Gefahr der Schließung des Kindergartens, dass sie handeln mussten. Dazu haben sie sich im Rahmen der Vorbereitungen zur Dorferneuerung ihrer Stärken besonnen. Die Eigeninitiative der Dorfbevölkerung bringt bereits erste Erfolge. So wurde die Kirchenburgmauer gemeinschaftlich saniert. Ein Bäcker aus dem Nachbarort ist dabei, einen Tante-Emma-Laden u. a. mit Bio- und Vollwertprodukten zu eröffnen. Den Saal in einem geschichtsträchtigen Gasthaus hat die Bevölkerung renoviert und damit einen kräftigen Anstoß für die Wiedereröffnung des Wirtshauses in der Dorfmitte gegeben. So können dort seit 2005 wieder der traditionelle Silvesterabend und das Kirchweihfest stattfinden. Für die Jugend entstand ein Beachvolleyballplatz, für die vielen älteren Bewohner wurden Ruhebänke und für die Kinder neue Spielgeräte aufgestellt.

In Hopferstadt gibt es heute trotz des anhaltenden Strukturwandels noch fast 50 landwirtschaftliche Betriebe. Doch Prognosen deuten darauf hin, dass die Zahl der Betriebe in den nächsten zehn Jahren weiter deutlich abnehmen wird, wenn nicht neue Wege gefunden werden. Den Betrieben zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Deshalb sollen verstärkt nachwachsende Rohstoffe genutzt werden (eine Biogasan-

lage ist bereits vorhanden, eine weitere in Bau), die Vermahlungsmöglichkeiten, die sich in Ochsenfurt bieten, sollen besser erschlossen werden.

Die bauliche Entwicklung in Hopferstadt soll künftig vom Dorfrand in den Ortskern verlagert und der historisch gewachsene und topografisch bedingte ovale Dorfgrundriss erhalten und wieder betont werden. Geplant ist, in einem ersten Schritt bereits im Flächennutzungsplan ausgewiesene Wohnbauflächen um 50 Prozent zu reduzieren und die Innenentwicklung zu forcieren. Beispielgebende Sanierungen privater Gebäude sollen die Wohnqualität im Dorfkern veranschaulichen und Nachbarn zum Nachmachen ermutigen. Ein denkmalgeschütztes Gebäude in der Dorfmitte soll saniert und als Museum, Infozentrum und originelle Raderunterkunft genutzt werden. Erste Erfolge in der Umnutzung von leer stehenden Scheunen wurden bereits erreicht: So arbeiten bereits drei Handwerksbetriebe - darunter eine Neugründung - in vormals ungenutzten Gebäuden.

## Alarmierende Zahlen

Eine genaue Analyse der Situation in Obbach, Landkreis Schweinfurt, brachte ähnlich alarmierende Zahlen wie bei den oben genannten Beispielen zutage. Im Rahmen der Dorferneuerung wurde als Ziel festgelegt: Um das typisch fränkische Ensemble Obbachs zu erhalten, soll verstärkt bestehende Bausubstanz umgenutzt und der Altort reaktiviert und weiterentwickelt sowie auf die Ausweisung von neuen Baugebieten verzichtet werden.

Mit dem Pilotprojekt Bauhütte wollen Gemeinde, engagierte Bürger, örtliche und regionale Betriebe zeigen, wie weitgehend mit Eigenleistung und örtlichem Handwerk Neubauten im Ortskern entstehen können, die sich an der alten Fachwerkkultur orientieren, modernen Wohnstandards entsprechen, energiesparend und billiger sind als herkömmliche Neubauten.

In ihrer Würdigung wies Minister Miller und Gemeindegatspräsident Brandl darauf hin, dass die Gemeinden beispielhaft zeigten, wie eine positive Innenentwicklung die Vitalität des Dorfs steigert. Dies trage insgesamt zur Attraktivität und Zukunftssicherung des ganzen ländlichen Raums bei. Die ausgezeichneten Dörfer zeigten, dass technische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Innovationen im ländlichen Raum genauso daheim sind wie in den Ballungsgebieten. Charakteristisch sei bei allen Preisträgern das besondere Engagement der Bürger. Sie übernahmen Verantwortung für ein Dorf mit Lebensqualität und Zukunft. **DK**

## Handbuch der Historischen Stätten

Als „großartiges historisches Kaleidoskop von Bayern“ bezeichnete Wissenschaftsminister Thomas Goppel die Reihe „Handbuch der Historischen Stätten“ bei der Präsentation der Bände „Altbayern und Schwaben“ und „Franken“ in München. Goppel: „Das Interesse an den eigenen historischen Wurzeln ist groß. Ein Blick in die Vergangenheit schärft das Bewusstsein für die Gegenwart! Das Handbuch der Historischen Stätten liefert uns bereichernde Erkenntnisse über die historisch-kulturellen Wurzeln unserer Heimat...“



## Neues Aktionsprogramm:

## „Breitband für Bayern“

Der Zugang zu schnellen, breitbandigen Internet-Anschlüssen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil geworden. Als Flächenland hat Bayern ein besonderes Interesse daran, dass Unternehmen und Bürgern breitbandige Internet-Zugänge in allen Landesteilen zur Verfügung stehen. Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat daher in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden im Freistaat und dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag ein neues Aktionsprogramm entwickelt, um das Breitbandangebot in Bayern weiter zu verbessern.

Im Rahmen einer Pressekonferenz stellten Wirtschaftsminister Erwin Huber, der Präsident des Bayerischen Landkreistages Theo Zellner, der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Uwe Brandl, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages, Reiner Knäusel und der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages, Peter Driessen, das neue Aktionsprogramm vor. Gemeinsames Ziel ist es, durch verschiedene Maßnahmen die Transparenz über die einzelnen Breitbandtechnologien zu erhöhen und das Eigenengagement vor Ort zu stärken.

## Zellners Anregung

Theo Zellner zufolge wird mit Informationskampagnen und intensiven Verhandlungen mit den Anbietern von kabel- und funkgestützten Breitbandtechnologien nun auf eine möglichst flächendeckende Breitbandversorgung im ganzen Land, insbesondere im ländlichen Raum, hingewirkt werden. Bedauerlicherweise enthalte das Programm aber „nicht die von mir gewünschte finanzielle Förderung“. Weitere Maßnahmen seien vom bayerischen Wirtschaftsministerium angekündigt, wenn bis Januar 2008 keine Ausbaufortschritte in der Breitbandversorgung festgestellt werden sollten.

Präsident Zellner regte an, auch

den Bayerischen Bauernverband in die Breitbandinitiative Bayern einzubeziehen: „Landwirtschaftliche Betriebe sind ebenso wie Wirtschaftsunternehmen zunehmend auf die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken angewiesen. Sie dürfen von dieser Entwicklung nicht abgekoppelt werden.“ Chams Landrat sicherte Staatsminister Erwin Huber im Rahmen der Möglichkeiten des Bayerischen Landkreistages eine aktive Mitwirkung und Unterstützung des „Aktionsprogramms Breitbandinitiative Bayern“ zu: „Wir wünschen uns den vollen Erfolg der Breitbandinitiative im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie im Interesse einer gesunden Fortentwicklung von Wirtschaft und Landwirtschaft.“

## Wichtige Zwischenetappe

Nach Ansicht der Wirtschaft hat die Breitbandinitiative Bayern eine wichtige Zwischenetappe erreicht: „Das Thema Breitbandversorgung des ländlichen Raums steht endlich ganz oben auf der politischen Agenda“, stellte Peter Driessen, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages, BIHK, fest. Jetzt müsse konkret umgesetzt werden, was in den vergangenen Monaten durch zahlreiche Gespräche mit Breitbandanbietern, Landräten und Bürgermeistern an Lösungsmöglichkeiten erarbeitet worden sei.

„Wenn nicht schnell gehandelt wird, droht eine digitale Spaltung zwischen Regionen und Unternehmen mit und ohne schnellen Internet-Anschluss und das hat dann fatale Folgen“, befürchtet Driessen.

## Zentraler Standortfaktor

Immer mehr verlagerten sich Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ins Internet - angefangen beim Homebanking, über Fahrkartenservice bis hin zu eGovernment- und eCommerce-Anwendungen. Auch gingen immer mehr Unternehmen dazu über, internetbasierte Heimarbeitsplätze einzurichten. „Ein breitbandiger Internetanschluss ist heute ein zentraler Standortfaktor für Unternehmen und Gewerbegebiete ohne diesen Zugang müssen mit der Abwanderung von Unternehmen rechnen“, fürchtet Driessen.

Bei der Planung neuer Gewerbegebiete müsste deshalb die Breitbanderschließung unbedingt berücksichtigt werden. Dies erfordert im Einzelfall auch Initiativen und Investitionen von Gemeinden. Wer dabei preiswerte Lösungen, wie beispielsweise Funk ausschließt, müsse den Mehraufwand alternativer Wege selbst decken, so der BIHK-Internetexperte.

## Unerträglicher Zustand

Die Erschließung von Gebieten mit DSL-Anschluss sei dabei nicht nur ein technisches Problem. Selbst in Gebieten, in denen ein DSL-Anschluss möglich sei, nutzten ihn nur 35 Prozent der Bevölkerung. „Bei solchen Nutzungsquoten sehen die Anbieterunternehmen natürlich wenig Anreiz, neue Gebiete für teures Geld zu erschließen“, sieht Driessen

das Dilemma. Im internationalen Vergleich lande Deutschland damit im hinteren Drittel. Für eine moderne Wissensgesellschaft und einen florierenden Wirtschaftsstandort wie Bayern sei das ein unerträglicher Zustand.

## Das Gebot der Stunde

„Die Ergebnisse des letzten halben Jahres zeigen, was nun Gebot der Stunde ist“, resümierte Driessen die Arbeit der Breitbandallianz. Es gäbe genügend, größtenteils mittelständisch geprägte Anbieterunternehmen, die Gewähr bei Fuß stünden, um ihren Beitrag zur flächendeckenden Versorgung zu leisten. Vor allem im Kundenservice und in der Flexibilität seien die mittelständischen Anbieter hervorragend auf-

gestellt, ihr Angebot aber vielfach nicht bekannt. „Das wollen wir über das Breitbandportal und die geplanten Regionalmessen ändern“, so Driessen.

## Eigeninitiative als Erfolgsfaktor

Darüber hinaus solle ein verständlich geschriebener Leitfaden für mehr Transparenz sorgen. Doch Eigeninitiative vor Ort und eine unvoreingenommene Prüfung aller technischen und organisatorischen Alternativen sind und bleiben nach den Erfahrungen des BIHK-Internetexperten „die Erfolgsfaktoren für die Breitbandversorgung, wie einige Praxisbeispiele von Gemeinden, die sich aktiv um eine Versorgung gekümmert haben, zeigen“. **DK**

## CSU-Landtagsfraktion:

## Breitbandversorgung im ländlichen Raum verbessern!

Um eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur in allen Landesteilen Bayerns zu erreichen, fordert die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag die Staatsregierung auf, sich noch stärker für eine Verbesserung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum einzusetzen. Das geht aus einem Antrag hervor, den der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Technologie und Verkehr, Franz Pschierer, und der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Markus Sackmann, federführend erarbeitet haben.

Zwar begrüßen die Autoren die von der Staatsregierung gestartete „Breitband-Initiative Bayern“ als „Ausdruck der öffentlichen Verantwortung“. Um weitere Fortschritte zu erzielen, sei es aber besonders wichtig, „konsequent auf die Nutzung verschiedener Technologien und den Wettbewerb vieler Anbieter zu setzen“.

Die CSU-Fraktion setzt sich nicht nur dafür ein, dass das Ak-

tionsprogramm der Staatsregierung mit hoher Priorität weiterverfolgt wird. Sie fordert darüber hinaus eine Informationskampagne über die technischen Möglichkeiten, die für noch nicht erschlossene Räume zu Verfügung stehen.

„Wir stellen uns den Aufbau einer Kommunikationsplattform vor“, so Pschierer und Sackmann, „mittels derer sich die Bürger, die Unternehmen und die Kommunen

## Staatskanzleichef Sinner:

## Moderne Geodaten-Systeme forcieren!

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Eberhard Sinner, hat auf der IT-Leitmesse CeBit einen forcierten Ausbau einer nationalen und europäischen Geodateninformationsinfrastruktur gefordert und eine aktive Rolle Bayerns angekündigt. Sinner: „Wir brauchen elektronische Geodaten wie topographische Karten, Katasterinformationen oder digitale Luftbilder samt adressgenauer Ortsangaben, weil sie immer wichtiger werden, um schneller planen, schneller entscheiden und schneller investieren zu können.“ Bayern investiert derzeit nach den Worten Sinners massiv in die Geodateninfrastruktur. Sinner: „Bayern hat bei den Geodaten Systemen eine Vorreiterrolle in Deutschland und wird diesen Erfahrungsschatz in die Task-Force von Bund und Ländern beim weiteren Ausbau eines modernen Geodaten Systems einbringen. Jetzt müssen alle an einem Strang ziehen und den Ausbau der Geodateninfrastruktur in Deutschland forcieren.“ **□**

über die Möglichkeiten vor Ort informieren können. Zum Beispiel, ob eine schnelle Internetverbindung über die Nutzung des bestehenden Fernsehkabels möglich ist oder ob ein Anschluss über Funktechnologie eine Alternative zur fehlenden DSL-Verbindung ist.“

Die beiden Politiker sehen die Staatsregierung künftig noch stärker in einer Moderatoren-Rolle, um die Kooperation mit den Anbietern weiter zu intensivieren. Auch auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den Anbietern soll dabei geachtet werden. **□**

## Drei Kommunen entscheiden sich für DATEV

## Startschuss auf der CeBIT für Doppik-Projekte

Vertreter von drei Kommunen aus verschiedenen Bundesländern bekräftigten heute auf der CeBIT die Entscheidung, ihre Doppik-Projekte gemeinsam mit steuerlichen Beratern und der Nürnberger DATEV eG anzugehen. Vor Ort in Hannover unterzeichneten die Vertreter der Städte Hessisch Oldendorf in Niedersachsen und Sulzbach an der Saar im Saarland sowie der hessischen Gemeinde Sulzbach am Taunus Verträge über die Einführung von DATEV-Software.

Die größere der Kommunen, die in Kürze den Doppik-Umstieg beginnen, ist die Stadt Hessisch Oldendorf mit rund 20.000 Einwohnern. Zum Jahresbeginn 2009 wird die Kommune ausschließlich doppisch buchen und von der mit dem kaufmännischen Rechnungswesen verbundenen Transparenz der wirtschaftlichen Lage und der verbesserten wirtschaftlichen Steuerbarkeit profitieren. Für Stadtdirektor Wilhelm Kuhlmann waren vor allem das fachlich überzeugende Konzept und die erfolgreichen Doppik-Einführungsprojekte in anderen Kommunen ausschlaggebend. Zudem überzeugten ihn sowohl die ausgereifte Softwarelösung als auch das überschaubare Preissystem der DATEVkommunal-Lösungen.

## Zweimal Sulzbach unter den DATEV-Anwendern

Mit dem heutigen Vertragsabschluss finden sich nun gleich zwei Kommunen mit dem Namen Sulzbach in der Kundenliste der DATEV, deren Bürgermeister sich in Hannover trafen. Für das hessische Sulzbach am Taunus bedeutet die aktuelle Vertragsunterzeichnung eine Software-Erweiterung. Bereits seit Mitte 2006

befindet sich die Gemeinde in einem Projekt der sukzessiven Doppik-Einführung mit DATEV und hat dabei plangemäß wichtige Meilensteine erreicht. Zum erfolgten Jahreswechsel wurde bereits der kommunale Eigenbetrieb auf die neue Software umgestellt. „Nachdem wir mit den Programmen wie auch mit dem Service der DATEV gute Erfahrungen gemacht haben, wollen wir nun auch die Warenwirtschaft noch auf DATEV umstellen“, kommentiert Bürgermeister Horst Schmitt die nun erfolgte Vertragserweiterung.

## Stimmiges Konzept

Ein neuer Anwender ist Sulzbach an der Saar. Die Stadt mit rund 18.000 Einwohnern wird das Neue kommunale Rechnungswesen (NKR) - die saarländische Ausprägung der Doppik - zum Jahresbeginn 2009 einführen. „Der Hersteller unserer bisher eingesetzten Software konnte uns für die Überleitung in die Doppik keine angemessene Lösung zur Verfügung stellen“, erklärt Bürgermeister Hans-Werner Zimmer. „Im Zusammenspiel mit der uns betreuenden Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei W+ST

Publica Revisionsgesellschaft mbH bot DATEV das stimmigste Konzept an.“

Während des Auswahlverfahrens hatten sich die Fachämter Sulzbachs auch bei ihren Kollegen in der nordrhein-westfälischen Stadt Mechernich erkundigt, die bereits 2006 mit DATEV umgestellt hat. Diese führten ihnen die doppische Verfahrensweise sowie den Umgang mit der DATEVkommunal-Software in der Praxis vor. „Das System live zu sehen, war sehr überzeugend“, so Zimmer. „Und als wir dann noch erfuhren, dass Sulzbach am Taunus bereits mit DATEV arbeitet, konnten wir ja kaum mehr anders - schließlich ist ein Name ja auch eine Verpflichtung“, fügt er mit einem Augenzwinkern hinzu.

## Größere Transparenz

Als wertvolles Instrument für die öffentlichen Haushalte auf dem Weg aus der Finanzmisere hält die doppische Buchführung in zunehmend mehr Städten und Gemeinden Einzug. Einige Bundesländer schreiben ihren Kommunen bereits die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen vor, andere stellen den Umstieg frei. Die Vorteile gegenüber dem bisherigen kameralistischen System sind insbesondere eine größere Transparenz der wirtschaftlichen Situation sowie die Möglichkeiten zur betriebswirtschaftlichen Erfolgs- und Vermögensrechnung, auf deren Basis sich die Kommune besser steuern lässt. **□**



Ihr Unternehmen soll wachsen?  
Wir helfen Ihnen dabei.

Unternehmer Konferenz am 3. Mai 2007  
im CongressCenter Nürnberg  
So machen Sie Ihre FIRMA STARK.  
Anmeldung unter:  
[www.unternehmerkonferenz.de](http://www.unternehmerkonferenz.de)



Die erfolgreiche Entwicklung eines Unternehmens braucht einen starken Partner. Wir bieten „klassische“ wie auch eigenkapitalorientierte Finanzierungen, passend zu Ihrem Unternehmen. Wir beraten Sie gern in Ihrem Sparkassen-Firmenkunden-Center. Mehr Informationen unter [www.sparkasse.de](http://www.sparkasse.de).

Wann's um Geld geht - Sparkasse.



## Online Shopping &amp; Co.:

## Sicherheit ist weiblich

Es gibt ihn, den sprichwörtlichen „kleinen Unterschied“ zwischen den Geschlechtern - auch beim Verhalten im Internet: Frauen sind vorsichtiger bei ihren Aktionen im weltweiten Netz. Sie laden generell weniger Inhalte herunter, sind „geiziger“ mit persönlichen Daten wie zum Beispiel Kreditkartennummern und behandeln scheinbar attraktive Angebote, die von unbekannten Webseiten stammen, mit größerer Vorsicht als Männer.

Ob Frauen besser kommunizieren oder schlechter einparken können als das vermeintlich „starke“ Geschlecht, ist Gegenstand zahlreicher Debatten und wird wohl niemals erschöpfend geklärt werden. Sicher ist jedoch, dass sie sich im Internet mehrheitlich vorsichtiger und zurückhaltender bewegen als Männer. Das jedenfalls ergab eine Umfrage von Symantec zum Thema „Internetnutzung von Männern und Frauen“.

## Lieblingsbeschäftigungen

Da das Internet in deutschen Haushalten genauso zum täglichen Leben gehört wie Telefon und Fernsehen, sind Frauen kaum weniger aktiv bei seiner Nutzung. Die liebsten Beschäftigungen beider Geschlechter sind dabei das Mailen, virtuelle Shopping Touren sowie Bankgeschäfte. Sicherheit wird hier groß geschrieben - bei Männern und Frauen gleichermaßen. Nur etwas über ein Zehntel der Umfrageteilnehmer öffnet jede Seite, die interessant scheint. Die überwiegende Mehrheit lässt Seiten, die nicht geheuer sind, lieber links liegen.

## Größere Immunität gegen virtuelle Verlockungen

Tatsächlich aber verhalten

sich Männer und Frauen bei ihren Ausflügen ins Netz keineswegs gleich. So nutzen beispielsweise Frauen das Internet nicht so intensiv als Informationsquelle vor geplanten Einkäufen. Auch ist ihnen eine „sichere Seite“ wichtiger als verlockende Angebote dubioser Herkunft: Sucht immerhin knapp ein Fünftel der Männer im Internet nach Software, ohne dabei auf die Quelle zu achten, sind es bei den Frauen gerade einmal 7 Prozent. Generell laden sich Frauen seltener Filme, Musik oder eben auch Software herunter, fast die Hälfte der Frauen sieht komplett vom Download jeglicher Art ab.

## Höhere Hemmschwelle

Sogar beim Shoppen herrscht weibliche Zurückhaltung: Nur ein Drittel gibt Kreditkartendaten in Online Shops preis - mehr als die Hälfte der Männer hat damit keine Probleme. Diejenigen Frauen aber, die per Kreditkarte online einkaufen gehen, verlässt an diesem Punkt die weibliche Vorsicht: Nur ein Drittel der Frauen achtet beim Online-Shopping auf eine verschlüsselte Datenübertragung. Hier punkten in Sachen Sicherheit die Männer, von denen immerhin 50 Prozent auf gesicherte Seiten bei Kreditkartenangaben achten.

Eine mögliche Erklärung für diese mangelnde Vorsicht: Frauen haben eine höhere Hemmschwelle bei vermeintlich komplizierten, technischen Vorgängen. Vielleicht ist daher die Bereitschaft größer, solche Sicherheitsvorkehrungen einfach zu ignorieren - eine Annahme, die durch die Tatsache gestützt wird, dass nur 30 Prozent der Frauen auch regelmäßig die Programme auf ihrem Computer aktualisieren. Bei den Männern sind es doppelt so viele.

## Zahlreiche Gefahren

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen zweierlei: Erstens scheinen Frauen grundsätzlich etwas vorsichtiger bei ihren Internetaktivitäten zu agieren, zweitens aber sorgen die zahlreichen Gefahren aus dem weltweiten Netz nach wie vor für Verunsicherung bei vielen Nutzern beiderlei Geschlechts.

## Zunehmende Verunsicherung

Insbesondere Meldungen über das Ausspionieren von sensiblen Daten wie Kontoinformationen, Kreditkartennummern, Passwörtern oder PIN und TAN-Nummern verunsichern Anwender zunehmend. Zwar sind Antivirenprogramme sehr verbreitet - laut einer Symantec-Studie nutzen mehr als 90 Prozent aller Anwender eines auf ihrem Computer - jedoch haben nur rund 48 Prozent eine Software gegen Spionageprogramme und etwa 25 Prozent haben

keine Firewall, die zum Beispiel Hacker vom Rechner fernhält.

## „Uninteressante“ Rechner gibt es nicht!

Viele Verbraucher scheinen immer noch der Ansicht zu sein, ihr Rechner wäre für unerwünschte Eindringlinge uninteressant und daher relativ sicher. Weit gefehlt: Rund 80 Prozent der aktuellen Schadprogramme sind heute in der Lage, sensible Daten auszulesen - und machen kaum einen Unterschied zwischen „interessanten“ und „uninteressanten“ Rechnern.

## Wirksame Abwehr gegen virtuelle Spione

Ob Zurückhaltung beim Online-Shopping hier eine sichere Lösung sein kann, sei dahingestellt. Besser ist in jedem Fall eine wirksame Abwehr gegen die virtuellen Spione. Nur sie gibt dem Anwender (oder der Anwenderin) Sicherheit vor unbemerkt eingeschmuggelten Spähern.

Kaum jemand möchte zum

Computerexperten werden, nur um gegen Internetgefahren gewappnet zu sein.

## Komplettlösung

Am einfachsten ist es, eine Sicherheitskomplettlösung wie Norton Internet Security 2007 zu nutzen. Diese enthält verschiedene Spezialtools, um digitale Plagegeister und ungebetene Dritte vom Rechner fernzuhalten und bewahrt den Anwender gleichzeitig vor gefälschten Internetseiten, dem berühmt-berüchtigten Phishing.

## Über Symantec

Symantec ist ein weltweit führender Anbieter von Software, mit der sich Unternehmen und Privatpersonen sicher und vertrauensvoll in einer vernetzten Welt bewegen können. Das Unternehmen unterstützt Kunden mit Software und Dienstleistungen beim Schutz ihrer Infrastrukturen, Informationen und Interaktionen. Symantec hat seinen Hauptsitz in Cupertino, Kalifornien und betreibt Niederlassungen in 40 Ländern. Mehr Infos unter [www.symantec.de](http://www.symantec.de)

## Kommunales Behördennetz:

## Landratsamt Mühldorf informiert Gemeinden

Groß war das Echo auf eine Informationsveranstaltung des Landratsamts Mühldorf, zu der alle Städte und Gemeinden des Landkreises eingeladen wurden. Den Schwerpunkt bildeten die Themen eGovernment und Kommunales Behördennetz.

Nachdem Landrat Georg Huber die Kommunalvertreter begrüßt hatte, wies Reinhard Deinböck, Leiter der Stabsstelle Betriebswirtschaftliches Management, Controlling und E-Government am Landratsamt Mühldorf eingangs darauf hin, dass eGovernment die Abwicklung geschäftlicher Prozesse mit Hilfe von Informations- und Kommunikationsmitteln bedeute. eGovernment und ein Kommunales Behördennetz böten für die Zukunft weitreichende Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen Landratsamt und Städten und Gemeinden zu intensivieren und für alle Bürger des Landkreises noch mehr Transparenz und Service zu bieten.

## Prozesse gezielt verbessern

Informationen, Projekte und Arbeitshilfen seien dann zentral abruf- und recherchierbar, fuhr Deinböck fort. Durch die technische Vernetzung könnten Prozesse und Abläufe gezielt verbessert werden. Bereits 23 Gemeinden des Landkreises seien im Kommunales Behördennetz integriert. Hier gäbe es noch viele weitere Möglichkeiten, den Dienstleistungsservice auszubauen, zum Beispiel durch ein Dokumentenmanagementsystem oder das Geoinformationssystem.

Im Verlauf des Vortrages erläuterten die anwesenden Verwaltungsmitglieder alles über Kosten, Nutzen und Anwendungsmöglichkeiten und konnten ihre Fragen dazu stellen. „Ziel all dieser Projekte wird immer sein, den Service für die Bürger des Landkreises zu verbessern und Verwaltungsaufwand und lange Verwaltungswege zu reduzieren“, betonte Deinböck. Hier sei der Landkreis Mühldorf für die Entwicklungen in der Zukunft gut gerüstet. Die anschließende rege Diskussion zeigte die Aktualität der Informationsveranstaltung auf und konnte viele offene Fragen klären. **DK**



Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer (sitzend) mit v. l.: Manfred Grundei (Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung), Ingeborg Grassl (Leiterin VHS), Michael Keneder (Dezernent für Jugend, Soziales, Kultur und Sport).

## Rosenheim:

## Neuer Internetauftritt der Volkshochschule

Zum Beginn des Frühjahrssemesters startete die Volkshochschule Rosenheim einen neuen Internetauftritt. Nicht nur optisch unterscheidet sich der neue Webauftritt von den bisherigen vhs-Seiten. Das neue Programm ist äußerst flexibel bezüglich Informationen und Neuheiten und bietet dem interessierten Bürger eine Vielzahl neuer, komfortabler Funktionen.

Änderungen im laufenden Angebot und im Kursbetrieb werden jetzt unmittelbar aus dem Verwaltungsprogramm in die Internetseiten eingespielt, so dass jeder Kursteilnehmer tagesaktuell Informationen zu seinem Kurs abrufen kann. Bei jedem Kurs sind auch die Belegungsgrade zu erkennen, die in vier Kategorien von „wenig belegt“ bis „ausgebucht“ eingeteilt sind und ebenfalls laufend aufgrund der eingehenden Anmeldungen aktualisiert werden.

Wer sich über die Internetseite anmeldet, erhält unmittelbar eine Rückmeldung per Mail über den Eingang der Anmeldung. Wenn die Einbuchung in den Kurs abgeschlossen ist, erhält der Teilnehmer per E-Mail seine verbindliche Anmeldebestätigung. Sofern im Rahmen der Anmeldung eine Abbuchungserlaubnis erteilt wurde, werden, damit auch der leidige Bankgang entfällt, automatisch die Kursgebühren vom Konto des Teilnehmers abgebucht.

## Laufende Aktualisierung

Für diesen neuen zeitgemäßen und eGovernment konformen Internetauftritt mussten eine Reihe von sicherheits- und programmtechnischen Problemen gelöst werden. Doch der Arbeitsaufwand hat sich gelohnt. Künftig

ist es möglich, frühzeitig das neue Semesterprogramm im Internet zu veröffentlichen und laufend zu aktualisieren. Die Rubrik „News“

## Mobotix zur öffentlichen Videoüberwachung:

## „Fahrlässiger Umgang“

Die Mobotix AG, Hersteller von Netzwerk-Kameras aus Kaiserslautern, hat den Zustand der öffentlichen Videoüberwachung in Deutschland kritisiert. Noch immer würden überwiegend veraltete Anlagentypen verwendet, deren Bildqualität in der Regel sehr schlecht und für Ausschnittvergrößerungen zur Täterfahndung kaum nutzbar sei.

„Die Verantwortlichen handeln geradezu fahrlässig“, kommentierte Dr. Ralf Hinkel, Gründer und Vorstand der Mobotix AG. „In Frankreich hat man diesen Missstand bereits durch eine entsprechende Verordnung behoben. In Deutschland aber werden bei öffentlichen Aufträgen nach wie vor veraltete Anlagen ausgeschrieben. Dabei könnte von der Nutzung neuer Technologien nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern auch der Steuerzahler profitieren.“

Bei der Diskussion um den Ausbau der Videoüberwachung an Bahnhöfen, Flughäfen und anderen öffentlichen Gebäuden würden qualitative Aspekte oftmals außen vor gelassen, so Hinkel weiter. Es sei sinnlos, die Zahl

## Schulzentrum Schweinfurt:

## Neuer mobiler EDV-Raum

Das Berufliche Schulzentrum Alfons Goppel freut sich über einen mobilen EDV-Raum mit 16 neuen Notebooks. Er wurde vom Landkreis Schweinfurt angeschafft - Kostenpunkt: 25.000 Euro. Die Übergabe findet am 24. April statt. **□**

## Meldewesen auf Augenhöhe ...



... schnell und freundlich!

**AKDB**  
PARTNER DER KOMMUNEN



## Mobilfunk:

## Dialogpartner in neuer Rolle

Bayerische Gemeindezeitung im Gespräch mit E-Plus und Alcatel-Lucent

Bereits in ihrer Ausgabe 5/2007 berichtete die GZ, dass E-Plus mit Wirkung vom 1. März 2007 als erstes Mobilfunkunternehmen in Deutschland die mit Bau, Betrieb und Wartung seines Mobilfunknetzes verbundenen Aufgaben an Alcatel-Lucent ausgelagert hat. Alcatel-Lucent übernahm dabei 750 ehemalige E-Plus Mitarbeiter in der neu gegründeten Alcatel-Lucent Network Services GmbH (ALNS). Was sich dadurch im kommunalen Mobilfunkdialog in Bayern ändert, darüber gaben E-Plus Pressesprecher Martin Reinicke, E-Plus Referent Hilmar Möhlmann und ALNS-Regionalleiter Gunnar Franke Auskunft.

**GZ: Den Pressemeldungen war zu entnehmen, dass E-Plus Netzaktivitäten abgibt. Entledigen Sie sich damit auch Ihrer Verantwortung in der kommunalen Abstimmung von Senderstandorten?**

**Reinicke:** Nach der Aufgabenteilung zwischen den Firmen verbleibt letztlich die Verantwortung für die kommunale Abstimmung bei E-Plus, da E-Plus weiterhin Eigentümer der Standorte ist. ALNS übernimmt allerdings dabei die konkrete Abstimmung um einzelne Standorte nach den strategischen Vorgaben von E-Plus.

### Rolle des Dienstleisters

**GZ: Herr Franke, wie sehen Sie Ihre Rolle und wie sehen die Vorgaben bei der kommunalen Abstimmung aus?**

**Franke:** ALNS sieht sich als Dienstleister, der seinen Kunden zufriedenstellen möchte. Im konkreten Fall wollen wir das Netz von E-Plus gemäß den E-Plus-Vorgaben verbessern. Zu

### Freistaat und Kommunen im Dialog mit der Wirtschaft:

## eGovernment-Angebot wird ausgebaut

Staatskanzleichef Eberhard Sinner: Einheitliches Portal startet Ende des Jahres

Staatskanzleichef Eberhard Sinner hat bei einem Treffen mit Innenminister Dr. Günther Beckstein und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände in Bayern einen gezielt auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Bürgern zugeschnittenen Ausbau des eGovernment-Angebotes von Staat und Kommunen angekündigt. Staat und Kommunen stehen dazu nach den Worten Sinners im engen Dialog mit Wirtschaft und Unternehmen, um deren Vorschläge und Anregungen für ein noch bürger- und unternehmerfreundlicheres Angebot gezielt aufzugreifen.

Sinner: „Unternehmen sind bei ihrer Geschäftstätigkeit oft ganz besonders auf behördliche Dienstleistungen wie zum Beispiel Gewerbeanmeldungen, Handelsregistereinträge oder öffentliche Ausschreibungen angewiesen. Deswegen stehen wir in intensivem Kontakt mit den Vertretern der Wirtschaft, um den Interessen dieser „intensiven Nutzer“ gerecht zu werden. Für den Wirtschaftsstandort Bayern ist es ein Riesenvorteil im globalen Wettbewerb, wenn Unternehmen und Bürger rund um die Uhr die wichtigsten Serviceleistungen der Verwaltung sicher, einfach und schnell online abrufen können.“

### Umfangreiche Leistungen

Ende des Jahres soll nach den Angaben Sinners das gemeinsame und einheitliche eGovernment-Portal von Staat und Kommunen gestartet werden. Unter einer einheitlichen Zugriffsadresse und einem übersichtlichen Erscheinungsbild bekommen Bürger und Unternehmen dann Zugriff auf ein umfangreiches Leistungsangebot der Behörden im Freistaat, das ständig weiter ausgebaut wird. Dabei soll unter anderem auch die für Unternehmen wichtige Internet-Vergabeplattform für das öffentliche Be-

schaffungswesen in das eGovernment-Portal integriert werden.

**GZ: Und wer kommt zur Gemeinderatssitzung, um die Pläne ggf. zu erläutern? Wie kontrolliert E-Plus die Einhaltung der Abstimmungsstandards?**

**Möhlmann:** Im Regelfall wird die Gemeinderatssitzung von ALNS bedient, aber E-Plus

### Gemeinsames Ziel

**GZ: Und wie geht es grundsätzlich weiter mit dem E-Plus Netz?**

**Möhlmann:** Der Bau von neuen Standorten wird auf moderatem Niveau fortgeführt, das

behält sich die Option vor, in einzelne Abstimmungsprozesse einzugreifen, sollten einmal größere Probleme entstehen. Wir stehen ja nach wie vor im Austausch mit den ehemaligen E-Plus-Kollegen und haben das gemeinsame Ziel, das Netz zu verbessern und die Akzeptanz für die Infrastruktur zu erhalten.

### Moderates Niveau

**GZ: Und wie geht es grundsätzlich weiter mit dem E-Plus Netz?**

**Möhlmann:** Der Bau von neuen Standorten wird auf moderatem Niveau fortgeführt, das

ist allerdings vorüber. Es sind jedoch zahlreiche Umbauten an Bestandsstandorten erforderlich, da der Verkehr im Netz stark zugenommen hat.

### Strategischer Erfolg

**GZ: Was sind die Gründe dafür?**

**Reinicke:** Letztlich der Erfolg der E-Plus-Strategie am Markt. E-Plus verfolgt seit 2005 einen Mehrmarkenansatz. Wenn Sie also z. B. mit der Flatratemarke BASE oder der Webdiscountmarke SIMYO telefonieren, dann nutzen sie das E-Plus Netz genauso wie z. B. mit einem neuen Zehnstationstarif aus einem E-Plus-Shop. Wir können die Kunden mit den neuen Marken gezielter ansprechen. So verkaufen wir mittlerweile doppelt so viele Telefonminuten wie im Jahre 2005. Das Handy wird zum Telefon Nr. 1. □

### Vermessungsverwaltung:

## Neues Online-Verfahren für Bauherren

Franz Meyer: Gemeinde wird zentrale Anlaufstelle im Baugenehmigungsverfahren

„Ab heute können Bauherren den Katasterauszug, den sie für das Baugenehmigungsverfahren benötigen, auch direkt bei der Gemeinde erhalten! So wird die Gemeinde zur zentralen Anlaufstelle im Baugenehmigungsverfahren. Das ist ein wichtiger Beitrag für mehr Bürgerfreundlichkeit und ein schöner Beleg für die gute Kooperation von Vermessungsverwaltung und Gemeinden“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Meyer in Reisbach.

Bauherren müssen einem Antrag auf Baugenehmigung einen beglaubigten aktuellen Lageplan des Vermessungsamts begeben. Bislang musste dieser Auszug aus dem Kataster beim Vermessungsamt besorgt werden. Mit dem neuen Online-Dienst der Vermessungsverwaltung kann der Sachbearbeiter an der Gemeinde den erforderlichen Lageplan und die Eigentümerangaben tagesaktuell per Internet anfordern und dem Bauherren mitgeben. Der Auszug kostet pauschal 30 Euro und enthält neben der Katasterkarte auch aktuellste Eigentümer- und Nachbarinformationen. Zur Deckung ihres Aufwands erhält die Gemeinde einen Anteil an der Gebühr.

### Verfahren in Abstimmung mit Spitzenverbänden

Gemeinden können ab sofort an den Vermessungsämtern einen Zugang zum Dienst beantragen. Als Hilfsmittel für den Betrieb des Dienstes werden in der Gemeindeverwaltung lediglich ein Computer mit Internetzugang und ein Drucker benötigt. Das Verfahren wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern abgestimmt. Meyer bedankte sich auch beim Markt Reisbach, der Gemeinde Fischbachau, sowie den Städten Schwandorf und Abensberg, die das Verfahren während der Entwicklung begleitet und getestet haben.

Weitere Informationen zur Bayerischen Vermessungsverwaltung unter <http://www.geodaten.bayern.de> □

### AKDB-Software:

## Für Heimaufsichtsbehörden im Einsatz

Das Heimmanagement der sieben Bezirksämter der Freien Hansestadt Hamburg sowie der Kreise Stormarn und Dithmarschen in Schleswig-Holstein sind mit Beginn des Jahres 2007 erfolgreich in den Echtbetrieb mit HeimA, der AKDB-Software für Heimaufsichtsbehörden, gestartet.

In Hamburg sind derzeit insgesamt 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für insgesamt 145 Alten- und Pflegeheime, 16 Tagespflegeeinrichtungen, vier Hospize und rund 150 Einrichtungen für behinderte Menschen zuständig, wobei die Heimaufsicht in der Hansestadt dezentral organisiert ist. Jede Heimaufsichtsbehörde eines Bezirksamtes nimmt die Aufgaben nach dem Heimgesetz ausschließlich in regionaler Zuständigkeit wahr.

Dataport in Hamburg - einem Kooperationspartner der AKDB. Anschließend erfolgte noch ein halbtägiges Coaching für jeden Kunden vor Ort.

### Niedersachsen größter Anwender

Mit den sieben Bezirksämtern der Freien Hansestadt Hamburg und den Kreisen Stormarn und Dithmarschen nutzen heute eine Vielzahl von deutsche Heimaufsichtsbehörden in sieben verschiedenen Bundesländern die Vorteile von HeimA. Der größte Anwender wird das Land Niedersachsen, das sich ebenfalls die Nutzung von HeimA für die Aufsicht über die Heime für Menschen mit Behinderung in Niedersachsen entschieden hat. □

### Schulung und Coaching

Die beiden Mitarbeiter der Geschäftsstelle Mittelfranken der AKDB, die das Programm entwickeln und betreuen, schulten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Kunden zwei Tage lang in den Räumen der

## Aufgrund des Namens die Herkunft erkannt

Beobachtungen auf der CeBIT 2007 von Klaus Jamin

Auf der Computer Messe CeBIT 2007 in Hannover gab es viele Verbesserungen der Hardware und Software zu sehen, eigentlich nichts Umwerfendes, jedoch spielen manchmal gerade die kleinen Entwicklungen eine große Rolle.

IBM jedoch hat mit einem relativ neuen Programm zur Namenserkennung einen besonderen Platz für Behörden eingenommen. Ohne viele Erklärungen wurde der Name Jamin eingegeben und versucht, Herkunft und Identität festzustellen. Dies ist natürlich auch über das Internet möglich, nur werden viele Tausend Fundstellen angezeigt, ohne wirklich auf die Herkunft des Namens hinzuweisen.

Anonym werden die Daten eingegeben, anonym werden sie ausgegeben. So können die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden, ohne dass die Funktionsfähigkeit des Programms vermindert wird.

Warum eine Analyse von Personendaten-Namen, Identitäten und Beziehungen? IBM

schreibt dazu: „Die zunehmende internationale Verflechtung stellt neue Anforderungen hinsichtlich der Namen - Umschriften, Kurzformen, Bestandteile, Varianten...“

Tatsache ist, dass eine signifikante Zahl von Personendaten aufgrund von Doubletten, fehlenden Einträgen und fehlerhaften Daten (Mikrozensus 2004 des Statistischen Bundesamtes: 5,8 Prozent aller Meldedaten) Mängel aufweist.

Gründe zur Verschleierung von Identitäten gibt es viele: illegale Migration, Sozialversicherungsbetrug, organisierte Kriminalität... Nicht nur die einzelne Person, auch ihr Umfeld und die Strukturen sind von Bedeutung.

Meine Identität ist mir jetzt jedenfalls klarer geworden! □

## Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.





## Abfallvermeidung:

# Mythos und Wirklichkeit

Bayerische Abfall- und Deponietage 2007 im Landesamt für Umwelt in Augsburg

Die diesjährigen Bayerischen Abfall- und Deponietage im Landesamt für Umwelt in Augsburg befassten sich neben aktuellen Fragestellungen der Abfallwirtschaft mit Lösungskonzepten und Praxisbeispielen im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Nachsorge von Deponien. Vor über 250 Teilnehmern aus ganz Deutschland wies Umweltminister Dr. Werner Schnappauf darauf hin, dass mit einer jährlichen Einsparung von rund 13 Millionen Tonnen klimaschädlichem CO<sub>2</sub> die bayerische Abfallwirtschaft ganz erheblich zum Klimaschutz beitrage.

Zu diesem Ergebnis kam eine neue Abfallstudie des Bayerischen Instituts für Angewandte Umweltforschung und -technik (BlfA). Schnappauf zufolge liegen in der Behandlung und Verwertung von Abfällen „ungeahnte, riesige CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale“. Würden die EU15-Staaten die deutschen Anforderungen, keinen Abfall mehr unbehandelt zu deponieren, erfüllen, könnte die europäische CO<sub>2</sub>-Bilanz rosiger aussehen, meinte der Minister. Anstelle der derzeitigen zusätzlichen Belastung mit 87 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> könnte die europäische CO<sub>2</sub>-Bilanz rosiger aussehen, meinte der Minister. Anstelle der derzeitigen zusätzlichen Belastung mit 87 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> erzielt werden. Das wären 134 Millionen Tonnen Klimagase weniger, also rund die Hälfte der gesamten deutschen Minderungsverpflichtung laut Kyoto-Protokoll.

## Spitzenposition halten

Im Freistaat sorgen Schnappauf zufolge die thermische Behandlung und die hocheffektive Verwertung dafür, dass jährlich etwa 13 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden werden. So spare die Wiederverwendung von Aluminium beispielsweise bis zu 95 Prozent an Energie und damit klimaschädlichem CO<sub>2</sub>, recyceltes Altglas 35 Prozent. In Bayern werden pro Einwohner und Jahr 25 Kilogramm Altglas getrennt gesammelt und wieder verwertet. Schnappauf: „Wir Bayern sind schon Weltmeister im Mülltrennen und Vermeiden. Aber es gilt, diese Spitzenposition zu halten. Wir wollen in nächsten zehn Jahren die Restabfallmenge noch weiter von derzeit 190 Kilogramm auf 170 Kilogramm pro Einwohner und Jahr verringern.“

## Eindrucksvolle Fortschritte

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Rommel und Dr. Siegfried Kreibe vom Bayerischen Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik GmbH, Augsburg erklärten, dass die Siedlungsabfallwirtschaft während der vergangenen Jahrzehnte eindrucksvolle Fortschritte erzielt habe. So sei in Bayern der Anteil der separat verwerteten Wertstoffe

von etwa 21 % der Abfallmenge im Jahre 1990 auf 65 % im Jahr 2005 gestiegen. Heute würden Abfälle in Bayern nicht mehr deponiert, sondern u. a. stofflich oder energetisch verwertet. Betrachte man jedoch die Gesamtabfallmenge, also die Summe aus Restabfall und Wertstoffen, so werde deutlich, dass diese sich seit 1991 nicht nennenswert verändert hat. Dennoch: „Ohne Maßnahmen der Abfallvermeidung wären die Abfallmengen heute um ein Vielfaches höher“, erklärten die Wissenschaftler. Die Wirtschaft habe in weiten Bereichen ihre Hausaufgaben gemacht.

## Mengenwachstum

Gleichzeitig steige aber auch die Anzahl der konsumierten Produkte rapide. Zwar werde die Abfallmenge pro erzeugtem Produkt immer geringer; gleichzeitig vergrößere sich die Zahl der erzeugten Produkte zunehmend. Das Mengenwachstum fresse somit den Vermeidungseffekt wieder auf.

Eine Reduzierung der insgesamt anfallenden Abfallmengen sei vor diesem Hintergrund nur auf zwei Wegen möglich, stellt Rommel und Kreibe fest: „Entweder vollziehen wir eine Effizienzrevolution und steigern die Materialeffizienz so sehr, dass der Zuwachs der verkauften Stückzahlen überkompensiert wird. Abfallmengenwachstum und Wirtschaftswachstum würden so entkoppelt (möglichweise werden die Produkte dadurch aber auch noch billiger und in der Folge noch schneller durch neue Produkte ersetzt). Oder aber wir sorgen dafür, dass geringere Stückzahlen verkauft und konsumiert werden.“

## Neue Formen der Abfallvermeidung

Dr. Andrea Riedinger vom Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Tübingen betonte, Abfallvermeidung sei die effektivste Methode, die Gesamt-Abfallmengen gezielt zu reduzieren. Abfälle, die erst gar nicht entstehen, müssten nicht aufwändig und kostenintensiv verwertet oder entsorgt werden.

Neue Formen der Abfallvermeidung über Internet, Hausratverwertung oder Warenaustausch hätten sich gut etabliert. Insgesamt gesehen hätten die entsorgungspflichtigen Körperschaften durch vielfältige Abfallverwertungsangebote einen deutlichen Rückgang der Gesamtmüllmengen erreicht. Jeder einzelne Konsument habe aber nicht weniger Müll produziert, sondern nur besser getrennt. Beispiele zur Abfallvermeidung müssten immer wieder durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ins Bewusstsein der Menschen gerückt werden, „denn nichts ist schwieriger, als das eigene Verhalten zu ändern“. Daher habe die Abfallberatung hier ständig wiederkehrende Aufgaben.

## Thema Gebrauchtmöbel

Dipl.-Kfm. Alexander Uffinger und Prof. Dr. Axel Tuma vom Lehrstuhl für Produktions- und Umweltmanagement, Universität Augsburg, zeigten anhand eines Pilotprojekts auf, dass in bayerischen Gebietskörperschaften noch erhebliche Potentiale für die Erhöhung der Wiederverwendungsquote von Gebrauchtmöbeln bestehen. Dazu seien insbesondere die Geschäftsprozesse innerhalb der KGOs zu professionalisieren und die Zusammenarbeit zwischen KGOs und Kommunen auszubauen. Doch bestehe nicht nur vertiefend zu der im Rahmen dieses Projektes betrachteten Themenstellung noch weiterer Handlungsbedarf - auch in angrenzenden Themengebieten ließen sich noch zahlreiche Handlungsfelder lokalisieren. Neben dem Aspekt der Müllvermeidung mache vor allem die Tatsache des sozialen Dienstes ein Engagement in diesem Bereich interessant, so Uffinger und Tuma.

## Beitrag des VBS

Dipl.-Betriebsw. (FH) Otto Heinz vom VBS - Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V., München, wies darauf hin, dass das Kreislaufwirtschaftsgesetz sowie die aktuell zur Diskussion stehende EU-Abfallrichtlinie der Vermeidung von Abfällen oberste Priorität einräumten. Die private Entsorgungswirtschaft leiste hierzu ihren unverwechselbaren Beitrag. Der Schwerpunkt der privaten Entsorgungswirtschaft liege dabei im gewerblichen Bereich.

Der Beitrag der bayerischen Entsorgungswirtschaft am Treibhausgasreduzierungsbeitrag betrug im Jahr 2003 insgesamt ca. 3,1 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Bei einer Gesamtemission an CO<sub>2</sub> in Bayern von rund 90 Mio. Tonnen auf das Jahr 1990 bezogen, leiste die bayerische Entsorgungswirtschaft demzufolge einen deutlichen Anteil am Reduzierungsziel laut Kyoto-Protokoll. Heinz' Fazit: „Weniger Müll ist nachhaltiger Profit!“

## Konsequenzen für Deponiebetreiber

Am zweiten Veranstaltungstag standen die Themen „Aktuelle rechtliche Entwicklungen und Konsequenzen für Deponiebetreiber“ sowie „Technischer Abschluss von Deponien“ im Mittelpunkt. Nach einem generellen Überblick über aktuelle rechtliche Entwicklungen im Deponiebereich und der Erläuterung der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Deponiebetreiber, wurden Maßnahmen

zur Ertüchtigung und zum Abschluss von Deponien von kompetenten Referenten praxisnah erläutert. Die Themen reichten dabei von der Sanierung sog. Bürgermeisterdeponien über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Oberflächenabdichtung und Rekultivierung von Deponien bis hin zu ausgeführten Praxisbeispielen.

## Ausreichendes Volumen

Wie Karl Drexler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Augsburg, ausführte, besitzt Bayern ein ausreichendes Deponievolumen, um eine umweltgerechte Ablagerung zu ermöglichen. Die Entwicklungen der Abfallwirtschaft bleiben abzuwarten. Es bestehe die Hoffnung, „dass vielleicht im Deponiebereich etwas Sicherheit eintritt“. Das derzeit laufende Forschungsvorhaben zur Ablagerung mineralischer Abfälle werde Hinweise für einen optimierten Betrieb der Deponien nach 2005 geben.

Am Beispiel der Deponie Weiden-West zeigte Dr. Kle-

mens Finsterwalder, Finsterwalder Umwelttechnik GmbH & Co. KG, auf, wie die Nachsorge von Deponien beendet werden kann. Die Deponie Weiden-West ist die erste Deponie in Bayern, deren Sicherungssystem vor der Errichtung auf Basis von den Werten bemessen wurde, die der Entlassung aus der Nachsorge zugrunde liegen werden. Dazu wurde laut Finsterwalder das Emissionsverhalten der Deponie über einen Zeitraum von 250 Jahren unter Berücksichtigung der Streuungen der Eingangsdaten und der alterungsbedingten Veränderungen der Sicherung untersucht.

## Begleitende Fachausstellung

Begleitet wurde die zweitägige Veranstaltung von einer Fachausstellung im Foyer des Landesamtes für Umwelt, auf der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den ca. 350 Fachbesuchern präsentierten. **DK**

## Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung:

## Scharfe Kritik an privaten Entsorgern

Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) will bis zum Sommer eine weitere Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen die ihrer Ansicht nach steuerliche Privilegierung kommunaler Unternehmen der Abfallentsorgung einreichen. Dr. Rüdiger Siechau, Vorstandsvorsitzender des Verbandes kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU im VKU), hat dieses Vorhaben in einer ersten Stellungnahme scharf kritisiert. Wörtlich sagte er: „Unter dem politischen Deckmäntelchen gleichgeschalteter Wettbewerbsbedingungen fordern Deutschlands private Entsorger den Griff zur Steuer-schraube und möchten weiten Teilen der Bevölkerung damit ans Portemonnaie.“

„Wenn die privaten Entsorger über ihren Spitzenverband fordern, die Kommunen in Deutschland für die abfallwirtschaftlichen Aufgaben mehr wertsteuerpflichtig zu machen, fordert der BDE damit eine echte Steuererhöhung für die Bürger, was eigentlich gerade nicht von der Politik gewünscht wird“, verdeutlichte Siechau. Als Strategie dahinter vermutet er: „Im Anschluss kann man dann mit günstigen Angeboten die Aufgaben von den kommunalen Betrieben übernehmen und mit Lohndumping, eingeschränkten Leistungen und Qualitätsverminderung wieder zu einem einträglichen Geschäft kommen.“

## Höhere Anschaffungssummen

Dabei zahlt der kommunale Betrieb laut Siechau bereits jetzt genauso Mehrwertsteuer im Bereich der Fahrzeugbeschaffung, für Betriebsmittel und Dienstleistungen Dritter wie alle anderen Betriebe auch. Allerdings könnten die Kommunen dieses nicht in gleichem Umfang als Vorsteuerabzug geltend machen, weshalb beispielsweise der Kauf von mehreren Abfallsammel-fahrzeugen pro Jahr mit Anschaffungssummen im siebenstelligen Bereich für den kommunalen Betrieb tatsächlich 19 Prozent teurer sei als für den privaten Entsorger.

## Ablenkung von Defiziten?

Ganz abgesehen davon seien kommunale Unternehmen, sofern sie in Tätigkeitsbereichen der Privaten aktiv sind, ebenso steuerpflichtig wie die privaten Unternehmen. Somit herrsche hier bereits Wettbewerbsgleichheit. Im Zusammenhang mit den Entsorgungsproblemen der Privaten nach dem 1. Juni 2005 seien kommunale Entsorgungs-

unternehmen häufig als „Feuerwehr“ gerufen worden: Die Rechnungen für die Entsorgungsleistungen an die Privaten wiesen selbstverständlich Mehrwertsteuer aus.

## Erfreuliche Botschaft aus dem Abfallzweckverband Augsburg:

## Spielraum für Gebührensenkung

Erfreuliches gibt es aus der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes Augsburg (AZV) zu berichten: Die Zahlungen des AZV an die Augsburger Abfallverwertungsanlage AVA GmbH verringern sich heuer gegenüber 2006 um 7,2 Millionen Euro. Die dadurch verminderten Zahlungen von Stadt und Landkreis Augsburg und des Landkreises Aichach-Friedberg an den AZV werden sich positiv auf die Müllgebühren in den drei Kommunen auswirken.

Der Verbandsvorsitzende Landrat Dr. Karl Vogele (Augsburg) geht von einer Stabilisierung oder gar Senkung der Müllgebühren aus. Für den Landkreis Augsburg sieht er Spielraum für eine Gebührensenkung von mindestens zehn Prozent.

## Stabile Preise

Mit 2,9 Millionen Euro ist die Ausgleichszahlung des AZV an die AVA GmbH auf dem niedrigsten Stand seit der Inbetriebnahme der Abfallverwertungsanlage im Jahr 1994. Der kaufmännische AVA-Geschäftsführer Dr. Walter Michale erklärte die erfolgreiche Entwicklung mit der hervorragenden Auslastung der Abfallverwertungsanlage in 2006 sowie mit dem Umstand, dass Anlagenteile im Wert von 5,4 Millionen Euro zwischenzeitlich abgeschrieben sind. Zum Dritten haben sich die Preise für die Annahme von Gewerbemüll stabiler als erwartet entwickelt.

## Aufwärtstrend sichern

Der Verbandsvorsitzende Vo-

gele und seine beiden Mitstreiter in der Verbandsversammlung, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert



Dr. Karl Vogele. **□**

und Landrat Christian Knauer (Aichach-Friedberg), äußerten sich höchst zufrieden über die außerordentlich gute Entwicklung im letzten Jahr. Sie erwarten, dass der von den Verbandsräten einstimmig beschlossene Wirtschaftsplan für 2007 ebenso wie der Finanz- und Investitionsplan bis 2010 den Aufwärtstrend nachhaltig sichern. **□**

## Gemeinsam Werte schaffen

### KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

## Ihre Ansprechpartner:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929  
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 089 / 23 87-0

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Regional- und Standortentwicklung: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH





LfU-Fachtagung in Augsburg:

## Abfallwirtschaft und Klimaschutz

Bayerns Abfallwirtschaft entlastet die Umwelt und trägt zum Klimaschutz bei: Rund drei Millionen Tonnen des schädlichen Klimagases Kohlendioxid werden jährlich im Freistaat eingespart, weil aus den Abfällen bei der Müllverbrennung Energie gewonnen wird und dafür keine fossilen Energieträger wie Öl oder Gas benötigt werden. Das entspricht dem jährlichen Gesamt-Ausstoß an CO<sub>2</sub> von rund 300.000 Bürgern und immerhin fast vier Prozent des Gesamtausstoßes in Bayern. Das ist das Ergebnis einer Bayern-Bilanz, die bei einer Fachtagung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) in Augsburg vorgestellt wurde.

Das Bayerische Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik (BfA) hatte die Studie im Auftrag des LfU durchgeführt. LfU-Vizepräsident Bernd Matthes forderte Kommunen und Entsorger auf, die Einsparungen zu Gunsten des Klimaschutzes in der Abfallwirtschaft zu verstärken und nach weiteren Möglichkeiten systematisch zu suchen. In Bayern fallen jährlich rund 23 Millionen Tonnen Abfall an, davon rund sechseinhalb Millionen Tonnen Siedlungsabfälle. Zweieinhalb Millionen Tonnen des Siedlungsabfalls sind nicht verwertbarer Restabfall und werden überwiegend verbrannt.

### Bioabfallverwertung

Mehr für den Klimaschutz könne erreicht werden, wenn die Bioabfallverwertung weiter optimiert würde, betonte Dr. Siegfried Kreibe, BfA Augsburg. Die Behandlung des Bioabfalls in Vergärungsanlagen, bei denen verwertbares Biogas entsteht, sei für den Klimaschutz günstiger als die Behandlung in Kompostieranlagen. Würde die Menge des Bioabfalls, der in Vergärungsanlagen behandelt wird, verdreifacht, ergäben sich in Bayern nach Hochrechnungen des BfA weitere Einsparungen des Klimagases von jährlich 0,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid.

### Strategische Umsetzung

Bevor entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, sollten jedoch zusätzlich zu den Folgen für den Klimaschutz auch die Folgen für andere Umweltwirkungen analysiert werden, erklärte Kreibe. Die Umsetzung selbst dürfe angesichts der Kosten für den Gebührenzahler und aufgrund von Fragen der Investitionssicherheit für bestehende Anlagen eher als ein strategisches denn als ein kurzfristiges Ziel zu betrachten sein.

### Nutzung der Abwärme

Verbesserungsmöglichkeiten sehen die Umweltfachleute vor allem in der Nutzung der Abwärme aus der Verbrennung. Wie Christian Pacher und Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich von der TU München sowie Uwe Eggenstein und Dr.-Ing. Peter Quicker vom ATZ-Entwicklungszentrum Sulzbach-Rosenberg darstellten, entfielen 2004 etwa 58 Prozent des Endenergiebedarfs in Deutschland auf die Bereitstellung von Wärme, so dass in diesem Bereich große Substitutionspotenziale vorhanden seien. Vor allem im Bereich der privaten Haushalte, deren Energieverbrauch sich zu etwa 91 Prozent auf Wärme erstreckt, könnten durch entsprechende Vorrangsregelungen bei der Einspeisung in öffentliche Versorgungsnetze große Potenziale genutzt werden.

### Konzept mit Marktpotenzial

Die Müllheizkraftwerke könnten hierbei zur Energiebereitstellung einen weitaus größeren Beitrag als bisher leisten, da vor allem eine stärkere Wärmenutzung aus technischer Sicht möglich ist. Ebenso sei die Erzeugung von Kälte aus Prozess-

den Abgabeleistungen kommen.

### Ländliche Problematik

Erhebliche Schwierigkeiten bei der Energieabgabe entstünden, wenn keine Anbindung an Fernwärmenetze vorhanden ist oder Lieferverträge mit vorhandenen Dampfabnehmern auslaufen und nicht verlängert werden. Dann gebe es vor allem in ländlich geprägten Gebieten erhebliche Probleme, die erzeugte Energie adäquat an Verbraucher abzugeben, und an den jeweiligen Anlagen sehr unterschiedliche Gesamtwirkungsgrade.

Seit mehr als zwölf Jahren berät die Büchl Consult GmbH Umweltmanagement, München, in Fragestellungen rund um die Themen Entsorgung und Recycling. Über ihre Erfahrungen mit Abfallaufkommen und Abfallvermeidung im gewerblichen Bereich berichtete abschließend Dipl.-Biol. Reinhold Naß. **DK**

den als generell begrüßenswert angesehen, an eine konkrete Realisierung sei jedoch erst nach Erreichen der Marktreife zu denken.

### Der Idealfall

So stehe derzeit eine intensivere Energienutzung im Vordergrund, bei der die spezifischen lokalen Randbedingungen zu bedenken sind, die je nach Standort der Anlage sehr unterschiedlich ausfallen, erläuterten die Wissenschaftler. Im Idealfall sei eine Anbindung an Fernwärmenetze bzw. an Gewerbegebiete vorhanden. Doch auch in diesem Fall könne es aufgrund von jahreszeitlich bedingten Abnahmelösungen, Lieferverträgen und Vorrangsregelungen bei der Energieeinspeisung zu verminder-

## Bayerns „starkes Signal“

Jeder zweite Euro aus dem Umweltfonds für Klimaschutz- und Umweltbildungsprojekte

Die Staatsregierung will in der Förderperiode 2007 und 2008 jeden zweiten Euro aus den Erträgen des Umweltfonds in Projekte für Klimaschutz und Umweltbildung investieren. Diesen Vorschlag zur zukunftsgerichteten Verwendung der Erlöse aus dem Umweltfonds hat das Kabinett beschlossen.

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf: „Damit setzen wir ein starkes Signal für den Klimaschutz als entscheidende Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Deswegen sollen bei der Förderung vor allem solche Projekte zum Zuge kommen, die direkt oder indirekt dem Klima zugute kommen.“

Der Förderschwerpunkt Umweltbildung erfasst Angebote wie beispielsweise Workshops, Ausstellungen und Broschüren, die gezielt über Zusammenhänge aufklären, wie der Lebensstil jedes Einzelnen das lokale und

letztendlich auch das globale Klima beeinflusst. Beim Förderschwerpunkt „Umwelt und Kommunen“ geht es um Hilfestellungen für die sogenannte „Kommunale Agenda 21“, ein Instrument zur Förderung der aktiven Bürgerbeteiligung bei der nachhaltigen Entwicklung in Kommunen, ebenfalls mit dem Schwerpunkt Klimaschutz. So lässt sich z. B. die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, vor allem durch Energieeinsparung, mittels Beratung und Einrichtung betrieblicher Umweltmanagementsysteme bei Handwerksbetrieben erreichen. □



# Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und entdecken Sie wertvolle Ratschläge im Internet unter [www.eon-bayern.com/energietipps](http://www.eon-bayern.com/energietipps)

Und ab Mai 2007 beraten Sie wieder unsere Experten im E.ON Bayern Energie-Mobil, wie Sie Energie und Geld sparen können.

Mit Sicherheit  
faire Preise

e-on | Bayern



# Die Deutschen sind Weltmeister im Sammeln

**Internationaler Altpapierstag: Papierkreislauf funktioniert hervorragend**

Nach Darstellung des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. sind die Deutschen „Sammelweltmeister“, wenn es ums Altpapier geht. Im Rahmen des 10. Internationalen Altpapierstages mit mehr als 540 Teilnehmern aus aller Welt erklärte Hubert Neuhaus, Vorsitzender der bvse-Fachvereinigung Papierrecycling, dass Altpapier mittlerweile der wichtigste Rohstoff der europäischen Papier- und Kartonindustrie sei. Durch den Einsatz von Altpapier als Sekundärrohstoff erzielen die Verwerter wirtschaftliche Vorteile, größere Energiemengen werden bei der Produktion eingespart und damit wichtige Ressourcen geschont.

Gegenüber der Presse in Berlin erklärte Neuhaus: „Im Moment wird ja viel darüber geredet, dass die Bürgerinnen und Bürger gefordert sind, ökologisch zu handeln. Dann darf man aber auch sagen, dass in diesem wichtigen Bereich die Menschen vorbildlich aktiv sind und einen wertvollen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz leisten.“

Der Verband weist darauf hin, dass 2004 insgesamt 13,2 Millionen Tonnen Papier bundesweit wiederverwertet worden sind und in 2006 sogar 15,2 Millionen Tonnen Altpapier für die Papierherstellung in Deutschland eingesetzt wurden. Neuhaus: „Das ist ein beeindruckender Beleg dafür, dass beim Papier die Kreislaufwirtschaft mit allen positiven Effekten für Ökonomie und Ökologie hervorragend funktioniert.“

## Ungebremste Nachfrage

Altpapier ist längst auch ein weltweit gehandelter Rohstoff. Die Nachfrage nach Altpapier wächst ungebremst. Es werden enorme Mengen gebraucht, und das gerade in den Staaten und Regionen der Welt, wo Altpapier bislang nicht in ausreichendem Maße anfällt. Dies trifft bislang insbesondere auf China zu. Aber auch vom indischen Kontinent registrieren wir Ansätze für einen Sog nach Altpapier, der möglicherweise in wenigen Jahren dem aus China kaum nachstehen wird.

Nach Angaben des bvse haben die Lieferbeziehungen von Deutschland nach Asien mittlerweile gewachsene und feste Fundamente. Blickt man auf die in 2006 insgesamt aus Deutschland exportierte Altpapiermenge, so der Vorsitzende der bvse-Fachvereinigung Papierrecycling, lag diese bei 3,35 Mio Tonnen. Der Exportanteil, der davon nach China und Indien geht, wird in den kommenden Jahren aus Sicht des bvse deutlich wachsen.

In Verbindung mit dem auf hohem Niveau bleibenden Alt-

den den Abnehmern unseres Altpapier unsere Altpapieranfallstellen zu offenbaren und uns damit unserer Geschäftsgrundlage zu berauben.“

## Novellierung

Auch die bisher in Arbeit befindliche Novellierung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie sieht der bvse durchaus kritisch. So solle die Abfalleigenschaft von Altpapier zu einem sehr frühen Zeitpunkt beendet werden. Das wiederum hätte jedoch zur Folge, dass die neue REACH-Verordnung mit allen analytischen und bürokrati-

papierverbrauch der europäischen Papier- und Kartonindustrie deutet sich geradezu ein Wettbewerb um den sekundären Rohstoff Altpapier an.

## Marktlage

Die in einigen europäischen Staaten leicht steigende Altpapierfassungsmenge dürfte hieran wenig ändern, so Neuhaus. Es bleibe jedoch abzuwarten, inwieweit sich die Schließung älterer Produktionsanlagen entspannend auf die Nachfrage auswirken werde. Per saldo trage die Marktlage für die Altpapierentsorgungsunternehmen unter Mengenaspekten ein insgesamt positives Vorzeichen. Doch das sorgt bei den Mitgliedern des bvse nicht für eitel Sonnenschein, denn die Erlössituation sei angesichts gestiegener Kosten und starken Wettbewerbsdrucks insgesamt „nicht ausreichend“.

Von „grundsätzlicher Bedeutung“ sei nach Auffassung des bvse die getrennte Sammlung von Altpapier. In Ergänzung mit der Sortierung durch die Unternehmen unserer Branche könnten nur so die geforderten Qualitäten und damit die ausreichende Versorgung der Papierfabriken gesichert werden. Neuhaus verwies in diesem Zusammenhang auf die gemeinsame Erklärung von Papierindustrie, Kommunalen Spitzenverbänden und bvse, der sich inzwischen auch andere Beteiligte angeschlossen haben.

## Ruf nach praxisingerechter Lösung

Grund zur Besorgnis sieht der Vorsitzende der bvse-Fachvereinigung Papierrecycling, Hubert Neuhaus, in der neuen Abfallverbringungsverordnung, die am 12. Juli 2007 in Kraft treten soll. Hier wird vom Altpapierhandel beim innereuropäischen grenzüberschreitenden Transport gefordert, Kundendaten offen zu legen. Neuhaus: „Wir fordern hier eine praxisingerechte Lösung. Es kann nicht sein, dass wir gezwungen wer-

den Anforderungen auf die Branche zukomme.“

## „Steine statt Brot“

Der mit der Registrierung aller in einem Produkt enthaltenen Stoffe verbundene Aufwand sei nicht nur insbesondere für die mittelständische Entsorgungswirtschaft kaum zu bewältigen. Vor allem aber sei der Aufwand unnötig, weil schon die entsprechenden Primärprodukte der Registrierung unterliegen und von daher dem mit REACH verfolgten Verbraucherschutz bereits voll und ganz Genüge getan ist. Der bvse fordert daher, dass Sekundärprodukte, wie das bereits schon für Abfälle gilt, vom REACH-Anwendungsbereich ausgenommen werden. Der Recyclingwirtschaft würden ansonsten mit einem Entlassen aus dem Abfallrechtsregime „Steine statt Brot“ gegeben. □

# Der klimaneutrale Fuhrpark ist im Kommen

**Immer mehr Unternehmen gleichen CO2-Emissionen des eigenen Fuhrparks aus**

**Für die meisten Unternehmen ist Mobilität unverzichtbar. Dennoch haben viele Firmen inzwischen den Wunsch, die durch den Betrieb eines Fuhrparks entstehenden CO2-Emissionen deutlich zu reduzieren. Mit dem Angebot „Klimaneutral Autofahren“ bietet ClimatePartner, München, ein intelligentes Handlungskonzept, das sich auch bei Fuhrparks und Flottenbetreibern zunehmender Nachfrage erfreut.**

In den vergangenen Wochen haben sich zahlreiche Unternehmen dafür entschieden, ihre Fahrzeugflotte klimaneutral fahren zu lassen. Dazu gehören Firmen, die sich bereits im Freiwilligen Klimaschutz engagieren, wie etwa hansebeton im norddeutschen Lauenburg oder die Druckerei Schöler in Immenstadt im Allgäu. Aber auch Dienstleister wie die Münchner Heinzelmännchen sind ab sofort klimaneutral unterwegs.

## Vielfältige Maßnahmen

Das Modell „Klimaneutral Autofahren“ setzt dabei auf unterschiedliche Maßnahmen: An erster Stelle steht die Reduzierung der CO2-Emissionen durch Verhaltensänderung. So wird in immer mehr Unternehmen den Fahrern durch spezielle Fahrertrainings eine klimabewusste Fahrweise vermittelt. Ergänzt wird dies durch intensive interne Kommunikationsmaßnahmen, mit denen jedem Mitarbeiter die Hintergründe des Freiwilligen Klimaschutzes erläutert werden. Schließlich wird über eine Jahresvignette, die an der Frontscheibe aller Fahrzeuge im Fuhrpark angebracht wird, signalisiert, dass die gesamte Fahr-

zeugflotte klimaneutral unterwegs ist. „Allein diese Vignette hat dazu geführt, dass unsere Mitarbeiter sehr viel klimabewusster unterwegs sind und nicht mehr nur darauf setzen, möglichst schnell ans Ziel zu gelangen“, beschreibt Wolfgang Schöler von Schöler Druck & Medien die ersten Erfahrungen mit dem Modell „Klimaneutral Autofahren“.

## Enorme Ersparnis

Die Einsparungspotenziale bei der Neutralisierung eines Firmenfuhrparks sind enorm. So werden für einen Audi A4 2.7 TDI bei einer Fahrleistung von 50.000 Kilometern beispielsweise CO2-Emissionen in Höhe von insgesamt 9,1 Tonnen ausgeglichen. Für Mercedes-Benz Sprinter 311 CDI sind es ungefähr 12,7 Tonnen bei der gleichen Fahrleistung. „Die Kosten für die Neutralisierung dieser Emissionen bleiben absolut überschaubar, da der Verbrauch an Diesel und Benzin durch die begleitenden Maßnahmen deutlich zurückgeht. Auf diese Weise wird sowohl das Klima als auch der Fuhrparkbetrieb direkt entlastet“, beschreibt Moritz Lehmkühl, Geschäftsführer der Clima-

Partner GmbH & Co. KG die Wirkung des Modells.

# Alkohol am Steuer wirksam bekämpfen

**Berichts Antrag über das Alkolock-System im Bayerischen Landtag eingebracht**

**Aus Skandinavien kommt eine interessante Neuigkeit für die Verkehrssicherheit auf den Straßen: ein Messsystem, das im Fahrzeuginneren fest am Sicherheitsgurt oder in der Mittelkonsole installiert ist fordert den Fahrer nach dem Einsteigen in das Auto auf, sich einem Alkoholschnelltest zu unterziehen. Bei einem zu hohen Promillewert sperrt das Alkolock-System die Zündvorrichtung im Fahrzeug und der Fahrer kann seinen PKW nicht mehr starten.**

„Alkohol am Steuer ist wirklich kein Kavaliärsdelikt! Bei Alkoholfahrten gefährdet der Angetrunkene nicht nur sich selber, sondern auch unschuldige Verkehrsteilnehmer“, erklärt Johannes Hintersberger, der einen Berichts Antrag an die Staatsregierung zu dem System „Alkolock“ in den Bayerischen Landtag eingebracht hat, um Voraussetzungen für den Einsatz des Systems in der Bundesrepublik Deutschland zu prüfen.

## Beitrag zur aktiven Sicherheit

Trotz verschärfter Polizeikontrollen sterben jährlich 11 % aller Verkehrstoten an den Folgen eines Unfalls, bei dem die Ursache Alkohol am Steuer war. Das Alkolock-System kann einen großen Beitrag zur aktiven Si-

cherheit im Straßenverkehr liefern, auch wenn Kritiker diesem System noch technische Unausgereiftheit vorwerfen und verfassungsrechtliche Bedenken sehen.

## Vorreiter Schweden

Dass sich ein Alkolock-System durchsetzen kann, beweist Schweden. „In Schweden engagiert sich die Politik stark für ein Alkolock-System und auch die Akzeptanz bei der Bevölkerung wächst“, erklärt Hintersberger. In Schweden ist eine Verpflichtung für Busse und Lastkraftwagen sowie PKWs in naher Zukunft vorgesehen. „Wir dürfen uns neuen technischen Möglichkeiten bei der Bekämpfung von Alkohol am Steuer nicht verschließen“, fordert Hintersberger eine eingehende Erörterung mit diesem System. □

tePartner GmbH & Co. KG die Wirkung des Modells.

## Neutralisierung ist transparent

Unter Klimaneutralität versteht man dabei den Ausgleich von entstandenen Emissionen durch die Einsparung der gleichen Menge an anderer Stelle. Die Grundidee der Klimaneutralität ist dabei denkbar einfach: Treibhausgas haben eine globale Schädigungswirkung. Für den Klimaschutz ist es daher irrelevant, an welchem Ort Emissionen entstehen und an welchem Ort sie vermieden werden. Das bedeutet: Emissionen von Treibhausgasen an Ort A können durch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen an Ort B neutralisiert werden. Die Umsetzung klimaneutraler Aktivitäten geschieht operativ durch den Ankauf und die Stilllegung von ökologisch hochwertigen Emissionsminderungszertifikaten aus anerkannten Klimaschutzprojekten.

## Vignette online erhältlich

Auch der ganz normale Auto-

fahrer kann sich am Modell „Klimaneutral Autofahren“ beteiligen. Unter [www.climate-shop.de](http://www.climate-shop.de) kann jedermann herausfinden, wie viele CO2-Emissionen sein Fahrzeug verursacht und was die Neutralisierung dieser Emissionen kostet. Dazu muss der Besucher nur seine Automarke auswählen und anschließend das Modell sowie den Typ anklicken. Über eine Datenbank werden die CO2-Emissionen dann individuell für das jeweilige Fahrzeug berechnet. Dort kann die Vignette auch online bestellt werden, so dass der Autofahrer schon wenige Tage später klimaneutral mobil ist.

## Über Climate Partner

Ursprünglich als Verbrauchernetzwerk gegründet, versteht sich ClimatePartner heute als umsetzungsorientierte Strategieberatung im freiwilligen Klimaschutz und bietet neben einem Experten- und Wissenspool mit einem stetig wachsenden, weltweiten Netzwerk von Partnern innovative Möglichkeiten, sich im Klimaschutz professionell zu engagieren. □

## Nah dran. Ihre Unimog-Partner in Bayern.

► Der Mercedes-Benz Unimog zeigt immer und überall viel Einsatzfreude. Genau wie die Fachberater Ihrer bayerischen Unimog-Partner - ganz in Ihrer Nähe.

► Profitieren Sie von praxisingerechten Lösungen aus einer Hand.

Mit individuellen Fahrzeug- und Gerätekombinationen, vielen maßgeschneiderten Finanzdienstleistungen und professionellem Mercedes-Benz Service.

► Ihr Unimog-Fachberater freut sich auf Sie. Mehr Informationen auch

unter [www.mercedes-benz.com/unimog](http://www.mercedes-benz.com/unimog)  
Mehr bewegen. Unimog.



Mercedes-Benz

**Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG**  
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt  
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06  
E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de)  
Internet: [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

**Henne-Unimog GmbH**  
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten  
Tel.: 0 89/12 06 61-00, Fax: 0 89/12 06 61-27  
E-Mail: [henne-unimog.hst@mercedes-benz.de](mailto:henne-unimog.hst@mercedes-benz.de)  
Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

**KLMV GmbH**  
Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau  
Tel.: 0 92 86/95 11-0, Fax: 0 92 86/95 11-10  
E-Mail: [verkauf@klmv.de](mailto:verkauf@klmv.de)  
Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm  
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10  
E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com)  
Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)





Der 2-Wege-Unimog:

## Zu Hause auf Schiene und Straße

Zum ersten Mal präsentierte sich der Produktbereich Unimog/Sonderfahrzeuge der DaimlerChrysler AG 2006 auf der „Innotrans“, der weltweit größten und wichtigsten Fachmesse für Schienenverkehrstechnik in Berlin. Im Mittelpunkt stand dabei der Mercedes-Benz Unimog, der aufgrund seines Fahrwerkskonzepts geradezu prädestiniert ist für den Einsatz als 2-Wege Fahrzeug.

Zusammen mit renommierten internationalen Aufbauherstellern wurden Exponate für die verschiedensten Arbeitseinsätze auf Straße und Schiene vorgestellt, zum Beispiel ein 2-Wege-Unimog für das wirtschaftliche Rangieren von Anhängelasten bis zu 1.000 t, ein Fahrzeug mit Hubarbeitsbühne für Wartungsarbeiten an der Oberleitung und ein Hilfszug mit Mannschaftsraum und hydraulischen Werkzeugen zum Aufgleisen entgleister Waggonen.

### Sonderausstattung

Die Fahrzeuge sind mit einer hydraulisch absenkenden Schienenführungseinrichtung ausgestattet, der Antrieb auf der Schiene erfolgt über die Fahrzeugräder. Auf Wunsch kann der 2-Wege-Unimog mit allen notwendigen bahnspezifischen Sonderausstattungen, wie z.B. induktiver Zug-sicherung (Indusi), ausgerüstet werden. Damit ist die Abnahme durch das Eisenbahn-Bundesamt als schwe-

res Nebenfahrzeug möglich.

„Der Einsatz von 2-Wege-Fahrzeugen wird nach Einschätzung von DaimlerChrysler in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen, daher war die Innotrans 2006 eine hervorragende Plattform, um unser Produktangebot einem internationalen Fachpublikum vorzustellen“, betonte Holger Doth, Marktverantwortlicher für das 2-Wege-Segment bei der DaimlerChrysler AG.

### Unimog und Eonic

Die Firmen Zweiweg-Schneider und Zagro/Zwiehoff, die den Unimog als Schienenfahrzeug umrüsten, flankierten den Messestand von DaimlerChrysler. Insgesamt wurden acht Unimog sowie ein Eonic präsentiert. Damit belegten alle Exponate zusammen mit einem Catering-Zelt für 70 Personen eine Standfläche von 600 m<sup>2</sup>. Alle Fahrzeuge waren mit Schienenführungssystemen ausgerüstet und präsentierten sich aufgleist auf vier nebenein-



Wirtschaftlich und vielseitig: der 2-Wege-Unimog. □

ander aufgebauten Schienenstücken.

Ein weiterer Unimog stand im Eingangsbereich mit aufgebautem Kran und wies zum DaimlerChrysler-Stand hin. Folgende Exponate waren zu sehen:

### U 400 Rangierfahrzeug für 2 Spurweiten

Eine Besonderheit an diesem 2-Wege Unimog ist die verstellbare Schienenführung, mit der sowohl die „Normalspur“ (Spurweite 1435) als auch die „russische Spur“ (Spurweite 1524 mm) realisiert werden kann. Ausgestattet mit Wandlerkupplung, Waggonbremsanlage, Kuppelstange und Ballastgewichten handelt es sich um ein professionelles Rangierfahrzeug für Lasten bis zu 1000t.

### U 400 mit Hubarbeitsbühne

Dieser 2-Wege Unimog ist mit einer Hubarbeitsbühne ausgestattet, die eine Ausladung von 6,5m und eine Arbeitshöhe von bis zu zehn Meter erreicht und ohne zusätzliche Abstützungen auf der Schiene eingesetzt werden kann. Über den hydrostatischen Fahrantrieb des Unimog kann das Fahrzeug auch von der Bühne aus verfahren werden. Als Besonderheit an diesem Fahrzeug ist die Hebe- und Drehvorrichtung zu erwähnen. Damit ist ein Aufgleisen auf freier Strecke möglich. Das Fahrzeug fährt quer auf die Schienen, hebt sich über den mittig angebrachten Stempel aus, wird um 90° gedreht und mit ausgefahrter Schienenführung auf die Gleise abgesenkt.

### U 400 Arbeits- und Rangierfahrzeug

Dieser 2-Wege-Unimog U 400 ist mit einer Drehschemelführung - einer in Achsmitteln drehbar gelagerten Schienenführung mit je einem Laufrad vor und hinter dem

Unimog-Rad - für sehr enge Kurvenradien ausgestattet. Der Unimog verfügt über Indusi (Induktive Zug Sicherung), Sifa (Sicherheits-Fahrschaltung), und Mesa (Mobile Eisenbahn Streckenfunkanlage) und hat eine Abnahme gemäß EBO (Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung) sowie gemäß BOStrab (Betriebsordnung Straßenbahn). Mit Kranaufbau, Kuppelstange und Waggonbremsanlage ist das Fahrzeug daher universell einsetzbar.

Zwei Unimog und ein Mercedes-Benz Eonic standen auf dem Stand von Zweiweg-Schneider:

### U 400 Rangierfahrzeug mit Pufferrahmen

Der Pufferrahmen des Unimog U 400 Rangierers nimmt Stöße von Waggonen mit einer Geschwindigkeit von bis zu fünf km/h und einem Gewicht von bis zu 300 t vollständig auf. Dadurch eignet er sich auch zum Rangieren von Waggonen mit flüssigen Stoffen, da die Kräfte des Schwappens halbleerer Tanks optimal absorbiert werden können. Dieser Unimog verfügt über eine Eisenbahnwagenbremsanlage für 24 Achsen in DB-Ausführung. Ein aufgebauter Ladekran (PK 16502) besitzt eine Reichweite von 6,1 - 12,6 m, vierfache Abstützung mit Stützbeinüberwachung, Schwenkbereichsbegrenzung und Funkfernsteuerung. Der Arbeits-

### U 400 Oberleitungs- / Gleisbaufahrzeug mit 3 Achsen

Der Unimog U 400 mit starrer Nachlaufachse hat ein erhöhtes zulässiges Gesamtgewicht von 16,5 t. Zur Erhöhung der Standsicherheit läßt sich die zweite Hinterachse hydraulisch blockieren. Dieser Unimog verfügt über eine Eisenbahnwagenbremsanlage für 24 Achsen in DB-Ausführung. Ein aufgebauter Ladekran (PK 16502) besitzt eine Reichweite von 6,1 - 12,6 m, vierfache Abstützung mit Stützbeinüberwachung, Schwenkbereichsbegrenzung und Funkfernsteuerung. Der Arbeits-

korb ist für zwei Personen und Werkzeug bis 300 kg ausgelegt.

### Mercedes-Benz Eonic 1828 LL Oberleitungs- montagefahrzeug

Der Mercedes-Benz Eonic in 2-Wege-Ausführung besticht durch sein Niederflur-Fahrerhaus, mit dem ein schneller und komfortabler Ein- und Ausstieg an Baustellen möglich ist. Das Fahrzeug ist mit einem zweiachsigen hydrostatischen Fahrantrieb mit Axialkolbenverstellpumpe ausgerüstet, der das Befahren enger Kurvenradien bei Verkehrsbetrieb ermöglicht. Der Eonic kann von der Bühne aus verfahren werden und verfügt zudem über ein verlängertes Fahrerhaus mit integriertem Werkstattbereich.

Auf dem Stand von Zagro/Zwiehoff wurden drei 2-Wege-Unimog präsentiert:

### U 400 Rangierfahrzeug

Hier handelt es sich um ein Rangierfahrzeug mit Wandlerkupplung, Waggon-Bremsanlage für 52 Achsen (max. 800 t), einer automatischen Kuppelstange mit Hochschwenkeinrichtung und UIC-Kupplungskopf sowie einer Aufgleishilfe mit Beleuchtung der Schienenführung.

### U 400 Hilfszug

Dieser Unimog U 400, der u.a. zum Aufgleisen entgleister Waggonen eingesetzt werden kann besitzt einen Kofferaufbau mit Mannschaftskabine sowie genügend Stauraum für mitzuführendes Material. Die Aufgleiseinrichtung umfasst ein Hydraulik-Aggregat, das von der Unimog-Frontzapfwelle angetrieben wird sowie verschiedene Hebezylinder und Aufgleisbrücken. Für Rettungsarbeiten stehen Spreizer, Schneidgerät, Schweißausrüstung, Flutlichtstrahler und Drehstromgenerator zur Verfügung. Durch Anfahr auf der Straße und Aufgleisen in der Nähe des Einsatzortes ist der 2-Wege Unimog besonders schnell zur Stelle, wenn es darauf ankommt.

### U 400 mit 2-Wege Anhänger

Dieses Zweiweg-Arbeitsfahrzeug mit Kran, Front-Ausleger mit Astschere und 2-Wege Tandem-Achs-Anhänger kann vielfältige Arbeiten im Bereich der Schienen-Infrastruktur ausführen: Vom Schneiden des Lichtraumprofils und das Mähen von Böschungen über das Austauschen von Schwellen oder Weichen bis hin zum Ziehen von Eisenbahnwaggonen mit Baumaterial zur Gleis-Baustelle. Auch mit 2-We-

ge Anhänger lässt sich das Fahrzeug sehr leicht z.B. an einem Bahnübergang aufgleisen. Der Transfer zum nächsten Einsatzort erfolgt schnell und kostengünstig auf der Straße.

### Vorteile und Fähigkeiten des 2-Wege-Unimog

Er rangiert mit großer Zugkraft schwere Anhängelasten, er räumt Schnee auf der Schiene wie auf der Straße, er schleift die Schienen und reinigt Tunnel, er schneidet Lichtraumprofile und hält Oberleitungen instand - und er ist durch schnellen Wechsel zwischen Straße und Schiene hochflexibel: das und noch mehr kann der Unimog von Mercedes-Benz. Hinzu kommt seine überzeugende Wirtschaftlichkeit: sowohl in Anschaffung wie auch in Unterhalt ist er seinen auf die Schiene beschränkten Brüdern, den Loks, überlegen.

### Kompakte Bauweise

Aufgrund der kompakten Bauweise der Achse in Verbindung mit Spezialfelgen passt der Unimog optimal auf Gleise mit Normal- oder Breitspur (1435 - 1676 mm). Der Antrieb auf der Schiene erfolgt direkt über die Fahrzeugräder, die Schienenführungseinrichtung dient ausschließlich der entgleisungssicheren Schienenfahrt mit bis zu 50 km/h. Vorteil: der Unimog kann den hohen Reibwert zwischen Gummirad und Stahlschiene voll nutzen.

### Permanenter Allradantrieb

Ein fein abgestuftes Getriebe mit acht Vorwärts- und Rückwärtsgängen, permanenter Allradantrieb und Differenzialsperren sorgen für die optimale Umsetzung der Motorleistung (175 kW/238 PS) und ermöglichen Rangierarbeiten mit bis zu 1000 t Anhängelast bei einem Tempo bis zu 25 km/h in beiden Fahrtrichtungen. Ruckfreies Anfahren bei hohen Anhängelasten ermöglicht ein hydrodynamischer Drehmomentwandler, der das „Anfahr-Drehmoment“ um das 2,5 fache erhöht.

### Funkfernsteuerung möglich

Auf Wunsch ist der Unimog auch mit Funkfernsteuerung erhältlich, so dass der Lokführer im Ein-Mann-Betrieb an- und abkuppeln kann. Weitere Vorteile: er kann Waggonen ohne Hilfe eines Einweisers positionieren, beispielsweise unter einer Befüllanlage, und der kann den Zug bei Rückwärtsfahrt von der Zugspitze aus steuern, ohne zusätzlichen Fahrer in der Kabine. □

## Erdgasfahrzeuge liegen im Trend

### Jährlicher Zuwachs um 40 Prozent

Die Zahl der Erdgasfahrzeuge steigt seit Jahren kontinuierlich um etwa 40 Prozent pro Jahr. Sie liegen damit bei Verbrauchern im Trend, aber auch Unternehmen setzen auf die umweltschonende Antriebsalternative. Dies belegen die offiziellen Zulassungszahlen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) nun für das vergangene Jahr vorgelegt hat.

Demnach ist der Gesamtbestand von 38.933 Erdgasfahrzeugen Anfang 2006 auf 54.772 Fahrzeuge zum 1.1.2007 gestiegen. Darunter waren 42.765 Pkw, 10.124 Lkw und 1.423 Busse. Mit knapp 4.000 Neuzulassungen im Jahr 2006 ist Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter. Hier sind mit 11.824 Erdgasfahrzeugen auch die meisten Autos mit dem umweltschonenden Antrieb zugelassen.

gravierende Vorteile auf“, erläutert Albert Kobbe vom Trägerkreis Erdgasfahrzeuge. Die monovalenten Erdgasfahrzeuge, die 2006 zugelassen wurden, haben einen durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 146 g/km und sind damit sehr nahe an dem Zielwert der deutschen Autoindustrie von 140 g/km. Kleine Erdgasfahrzeuge, wie der Fiat Panda Natural Power, liegen klar unter diesem Wert.

### Löwenanteil

Die höchste prozentuale Steigerung der Zulassungszahlen ergab sich mit knapp 50 Prozent in Niedersachsen. Dort fährt jeder 150. neue Pkw bereits mit Erdgas. Der Löwenanteil des deutschen Fahrzeugbestandes kommt nach Angaben des KBA aus Rüsselsheim. Den 19.431 zugelassenen Erdgasfahrzeugen von Opel folgen 12.058 von Fiat und 10.584 aus dem Haus Volkswagen.

### Erdgas-Turbomotoren

Dass geringerer Schadstoffausstoß und Fahrdynamik sich nicht ausschließen müssen, zeigen die in der Entwicklung befindlichen Erdgas-Turbomotoren. Ein VW Touran TSI-CNG verbraucht trotz doppelter Aufladung nur 5,2 Kilogramm Erdgas, was einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von weniger als 140 g/km ergibt. Das setzt für eine Mittelklasse-Limousine neue Maßstäbe.

### Reduzierter CO<sub>2</sub>-Ausstoß

Werden Erdgasfahrzeuge mit regenerativ erzeugtem BioErdgas betrieben, lässt sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch weiter reduzieren. Die deutsche Gaswirtschaft hat sich verpflichtet, dem Kraftstoff Erdgas bis 2020 bis zu 20 Prozent BioErdgas beizumischen. Das entspricht einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von rund 15 Prozent, da das BioErdgas nahezu klimaneutral ist. Ein Opel Zafira 1.6 CNG, der heute mit Erdgas als Kraftstoff einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 138 g/km hat, hätte mit einer Beimischung von 20 Prozent BioErdgas einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 120 g/km. Würden Erdgasfahrzeuge reines BioErdgas tanken, wären sie sogar fast CO<sub>2</sub>-neutral. □

### Prognosen

Für die Zukunft rechnet die Branche mit weiter steigenden Zulassungszahlen. Dafür machen die Experten zwei Faktoren verantwortlich: Das hohe CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenzial durch die Beimischung von BioErdgas zum Kraftstoff Erdgas sowie die Entwicklung von Turbomotoren für Erdgasfahrzeuge. „Insbesondere die gegenüber herkömmlichen Antrieben reduzierten Schadstoffemissionen machen Erdgasfahrzeuge für umweltbewusste Autofahrer zu einer interessanten Alternative. Der Erdgasantrieb weist sowohl bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen als auch den lokal wirksamen Schadstoffen wie Feinstaub und Stickoxiden

Mit Erdgas von der ESB:  
Für kommunale Aufgaben umweltschonend mobil.



Sorgen Sie mit Erdgas für Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen und kommunalen Nahverkehr. Ob in Linienbussen oder Betriebsfahrzeugen, bei der Abfallentsorgung oder Straßenreinigung - für Erdgas als Antriebsenergie sprechen viele Argumente. Wirtschaftlichkeit durch günstigen Kraftstoffpreis, Umweltschutz durch geringe Schadstoffemissionen und Energieeffizienz durch sparsamen Verbrauch. Vor allem im öffentlichen Personen-Nahverkehr

ist Erdgas stark gefragt. So sind in Bayern bereits 250 Erdgasbusse auf Linienstrecken unterwegs - das ist die größte Erdgas-Busflotte in Deutschland. Die ESB unterstützt diese Entwicklung - durch Investitionen in Tankstellen und Beratung bei der Planung. Nutzen Sie die Möglichkeiten!

Mehr Infos und Beratung  
in Ihrem ESB-ServiceCenter vor Ort.

**ESB**  
Erdgas Südbayern



## BayWa-Konzern:

# Weiter auf Wachstumskurs

Rekordgewinne wegen des warmen Winters / Günstiger Start für den Baustoffhandel

München. „2006 war für den BayWa-Konzern ein sehr erfreuliches Jahr, die gesteckten Ziele wurden deutlich übertroffen“, sagte der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Deml bei der Bilanzvorlage in München. Der Umsatz wuchs um 11,7 Prozent auf 7,3 Milliarden Euro, der Jahresüberschuss stieg um fast die Hälfte auf 57,4 Millionen Euro. Die Bilanzsumme stieg wegen des starken Jahresgeschäftes und Wachstum des Konzerns auf über 2,8 Milliarden Euro.

In das laufende Geschäftsjahr ist der Konzern nach den Worten Demls wegen der milden Witterung wesentlich besser gestartet als im Vorjahr. Mancherorts sei wegen des günstigen Wetters sogar zwischen Weihnachten und Neujahr gebaut worden. Aus diesem Grund konnten im vierten Quartal überdurchschnittliche Umsätze im Baustoffhandel erzielt werden.

## Bausegment

Der Umsatz im Segment Bau kletterte um 13,3 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro, inklusive der konsolidierten Franchise-Umsätze auf 2,4 Milliarden Euro. Speziell im deutschen Baustoffhandel schaffte das Unternehmen inklusive Expansion ein über dem Branchendurchschnitt liegendes Plus von mehr als 28 Prozent. Mit Baustoffen setzte der Konzern insgesamt 1,5 Milliarden Euro um. Die Sparte Bau- und Gartenmarkt erwirtschaftete mit 418 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 7,1 Prozent. Die Märkte waren damit im Gegensatz zur Branche trotz Schließung unrentabler Zweigstellen im Plus.

Im Agrarbereich, mit dem das Unternehmen knapp 40 Prozent seines Umsatzes erzielt, profi-

tierte die BayWa von der erhöhten Investitionsbereitschaft der Landwirte sowie vom steigenden Getreidepreis. Mit 2,9 Milliarden Euro wurde im Jahresvergleich ein Umsatzanstieg um 5,8 Prozent erzielt. Mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln setzte der Konzern 2,1 Milliarden Euro um. Die Betriebsmittel blieben hinter der Vorjahreszahl leicht zurück, die Sparte Technik hob den Umsatz um 16,2 Prozent auf 765 Millionen Euro an. Dann trug vor allem der Verkauf von Traktoren bei, der um rund 30 Prozent anstieg.

## Energiesparte

In der Energiesparte konnte die BayWa besonders deutlich zulegen. So steigerte der Konzern seine Erlöse um 13,8 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro. Der Zuwachs kommt neben dem hohen Ölpreis überwiegend aus dem Heizölabsatz, der um 15 Prozent besser ausfiel als im Vorjahr. Im Bereich der erneuerbaren Energien musste Biodiesel nach der Besteuerung einen deutlichen Einbruch registrieren, während Holz-Pellets bei vielen Verbrauchern weiterhin hoch im Kurs stehen.

Auf 403 Millionen Euro sum-

mierten sich die Konzernlöse in den Bereichen Lebensmittel, Autohandel und Finanzbeteiligungen. Der erhebliche Zuwachs um 43,8 Prozent kommt zum einen aus dem höheren Verkaufsvolumen bei der Lebensmittelproduktion der österreichischen Beteiligungen, zum anderen kamen zwei weitere Autohäuser in

## Deutsche Bergbahnen:

# Fokus auf Ganzjahres-Angebot

Winter trifft die Unternehmen unterschiedlich hart

Das Gros der deutschen Bergbahnen wird den jetzt zu Ende gehenden Winter mit einem blauen Auge abschließen. Nach einem Rekordwinter im Vorjahr, der auf allen Pisten hervorragende Schneeverhältnisse geboten hat, muss die Branche heuer mit durchschnittlich zweistelligen Umsatz- und Besuchereinkünften rechnen. Dies ergab eine erste Umfrage des Verbandes Deutscher Seilbahnen und Schlepplifte (VDS) in München. Als eine Konsequenz dieses Winters verstärken die Unternehmen ihre bisher bereits laufenden Bemühungen, ganzjährige Konzepte und Leistungen zu bieten.

„Unsere Abhängigkeit vom Winter ist lange nicht so stark wie in unseren Nachbarländern“, erläutert VDS-Vorstand Peter Huber. Dennoch hätten die Kapriolen des Wetters manchen Betrieb stark getroffen. „Dies betrifft natürlich vor allem unsere Kollegen in den Mittelgebirgen“, erläutert Peter Huber. Aber auch im Alpen- und Voralpenraum kam kaum ein Unternehmen ohne Einbußen davon. Allerdings: Im Vergleich zum überaus schnee-

reichen Vorwinter fallen die Minuszahlen weit deutlicher aus als im Vergleich zum Fünf-Jahres-Durchschnitt. Als Retter in der (Schnee-)Not erwies sich abermals die technische Beschneigung. Sie sicherte in den entsprechend ausgetüchteten Skizentren den Betrieb und schuf eine tragfähige Basis, auf der die Neuschneezüge sinnvoll eingesetzt werden konnten. Dieser Winter habe deutlich gezeigt, so der VDS-Vorstand in seiner Bilanz, „welche enorme Bedeutung Bergbahnen und ihre Beschneigungsanlagen als Infrastruktureinrichtungen haben.“ Ganze Regionen profitierten von dem Umstand, dass die in der Regel privaten Bergbahn-Unternehmen Millionensummen in die Beschneigung investiert haben. Ohne Schnee, so die Ergebnisse des VDS, komme der Wintertourismus schnell zum Erliegen. „Die Idee vom sanften Wintertourismus auf grünen Wiesen bleibt ein Traum.“

## Klimawandel

Der Klimawandel, der unbestreitbar stattfindet, wird von der Tourismusbranche intensiv in die Zukunftsplanungen eingearbeitet. Vor allem durch technische Beschneigung - eingebunden in ein stimmiges Gesamtkonzept - wird in den nächsten 25 bis 30 Jahren Wintersport gut möglich sein. Klimatische Veränderungen müssten sehr kleinräumig und individuell betrachtet werden. Auch die positiven sozialen und gesundheitlichen Effekte des Wintersports für Kinder und Jugendliche sollten nicht außer Acht gelassen werden.

Als positiv erwies sich für viele deutsche Seilbahnunternehmen die Tatsache, dass sie nicht so stark wie viele ihrer alpenländischen Kollegen vom Wintertourismus abhängig sind. Schon seit Jahren sind die Bahnen bestrebt, Ganzjahreskonzepte zu verwirklichen. Dazu zählen zahlreiche Sommer- und Herbstangebote, Aktionen und Veranstaltungen.

Nach einem wirtschaftlich rauen Winter hoffen die Bergbahnen auf eine erfreuliche Sommersaison. Wie im letzten Jahr sind wieder zahlreiche Aktionen geplant, die insbesondere Familien mit Kindern die Berge und die vielen landschaftlichen Schönheiten näher bringen. Zur Tradition geworden ist bereits das Veranstaltungs-Wochenende zum Start in den Bergsommer, das wieder im Juni stattfinden wird.



Der Unimog - ein maßgeschneidertes Konzept für alle Fälle. Ob beim Verlegen von Rohrleitungen oder anderen kniffligen Aufgaben auf der Baustelle: Der Unimog macht seinem Namen als Universal Motorgerät auch hier alle Ehre. In zwei - ab 2008 drei - Baureihen ist er fast allen Spezialaufgaben gewachsen. Dank großer Bodenfreiheit, hoher Kippsicherheit und bis zu 100 Prozent Steigungsfähigkeit kommt er auch noch durch, wo andere schon längst aufgeben.

# Breites Fahrzeugspektrum für die Bauwirtschaft

Weltpremiere Actros SLT - Neuer Mercedes-Benz Unimog U 20 für die Bau- und Kommunalwirtschaft

Mit drei Transporterbaureihen, drei Lastwagenbaureihen sowie künftig drei Unimog-Baureihen bietet DaimlerChrysler das breiteste Fahrzeugspektrum für das Bauhaupt und -nebenwerke an. Die Bandbreite bei den bereitgestellten Gewichtsklassen reicht dabei vom Mercedes-Benz Vito Eintonner mit weniger als 2,8 Tonnen Gesamtgewicht bis zum Vierachs-Actros Schwerlasttransporter SLT aus der 250-Tonnen-Klasse.

Aus der Mercedes-Benz Transporterwelt, gerade dem neuen Sprinter sind sowohl Großserienlösungen als spezielle Fahrzeugangebote mit Doppelkabinen und Kipperräumen als maßgeschneiderte Transportlösungen für den Bausektor erhältlich.

## Lkw-Programm

Im Mittelpunkt des Fahrzeugsangebotes von DaimlerChrysler für den Bausektor steht das Lkw-Programm aus dem Werk Wörth. Hier werden die drei Fahrzeugbaureihen Mercedes-Benz Atego, Axor und Actros hergestellt. Abgerundet wird das Angebot von Mercedes-Benz Fahrzeugen für die Bau- und Energiewirtschaft durch die vielseitig einsetzbaren und außerordentlich zuverlässigen Unimog-Geräteträger, die eben-

falls im DaimlerChrysler Werk Wörth vom Band laufen.

Zukunftssicher flankiert wird das Baufahrzeugangebot durch seine umweltgerecht abgasgereinigten Motoren: Abgasrückführung plus Partikelfilter bei den Transportermodellen Vito und Sprinter, sowie Blue-Tec-Dieselmotoren beim Vario sowie in allen Lastwagen und Unimog.

## Maßgeschneiderte Angebote

Zur rundum einsatzgerechten Techniklösung für alle Baufälle kommen maßgeschneiderte Angebote an Dienstleistungsprogrammen, wie dem Mercedes-Benz CharterWay und die DaimlerChrysler Bank - bis hin zur Vermarktung des Gebrauchtfahrzeugs über TruckStore und TGC reichen.

# Kein Druck auf Freiwillige Feuerwehren!

Gemeindetag gegen die 10-Minuten-Hilfsfrist im Gesetz

Der Bayerische Gemeindetag ist dagegen, den Freiwilligen Feuerwehren eine verbindliche Hilfsfrist von 10 Minuten vorzuschreiben. „Die 320.000 ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger in Bayerns Feuerwehren setzen Tag und Nacht ihre Leistungskraft - und oft sogar ihr Leben - für andere ein. Sie brauchen dazu keine gesetzliche Zeitvorgabe. Sie würden sonst völlig unnötig noch mehr unter Druck gesetzt“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

Der Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Novellierung des Bayerischen Feu-

und dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte am Schadensort dürften demnach nicht mehr als 10 Minuten vergehen.

## Befürchtungen

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte lehnen eine solche gesetzliche Vorgabe ab. Sie befürchten haftungsrechtliche Konsequenzen, sollte aufgrund widriger Straßen- oder Witterungsverhältnisse die Frist im Einzelfall nicht eingehalten werden können. Außerdem fürchten sie um die Motivation der ehrenamtlich Tätigen: „Die Feuerwehrdienstleistenden brauchen keine neuen gesetzlichen Vorgaben. Bayerns Gemeinden und ihre Feuerwehren bemühen sich seit Jahrzehnten, binnen 10 Minuten am Einsatzort zu sein. Eine gesetzliche Verpflichtung ist hier kontraproduktiv. Eine Stärkung des Ehrenamts sieht anders aus“, sagte Brandl.



Dr. Uwe Brandl.

erwehrgesetzes sieht vor, den Gemeinden und ihren Feuerwehren eine Hilfsfrist von 10 Minuten als Planungsgröße verbindlich vorzuschreiben. Zwischen Eingang der Gefahrenmeldung bei der Feuerwache

## Diesel Mähmaschinen für den kommunalen Einsatz



Vielfach bewährt, attraktiv im Preis...

### TH 4260 AHL



max. Fahrgeschwindigkeit 27 km/h

www.iseki.de

Der Kommunalprofi TH 4260 ist mit Servolenkung, vollhydraulischem Fahrtrieb und hydraulischen Basiskomponenten komplett ausgestattet und kennt somit fast keine Einsatzgrenzen. Das Aktionsangebot umfasst eine Komfortkabine mit Heizung, Frontkraftheber, Frontzapfwelle und ein Frontsichelmähwerk mit 150 cm Arbeitsbreite.

### Aktionspreis

€ 29.800,-\*

mtl. Leasingrate

€ 422,-\*\*

### SF 230

### Grasaufnahme



In Front angebaute Mähwerke bieten beste Schnittqualität. Das Modell SF 230 verfügt über einen 3-Zyl. 24 PS Dieselmotor, vollhydraulischen Fahrtrieb und eine sehr leichtgängige Lenkung. Durch die Hecklenkung ist das Gerät sehr wendig und es können Ausputzarbeiten äußerst effektiv erledigt werden. Im Aktionspreis ist ein Profi-Mähdeck mit 137 cm Arbeitsbreite und eine Hochentleerungs-Gras und Laubaufnahme mit 500 l Volumen enthalten.

Aktionspreis € 21.280,-\*

mtl. Leasingrate € 302,-\*\*

Die TXG 23 Modelle (optional auch mit Allradtechnik erhältlich) vereinen Kompaktheit mit Vielseitigkeit. Ausgestattet mit leistungsstarken 3-Zyl. ISEKI Dieselmotoren, vollhydraulischem 2-Stufen Hydrostatantrieb und robusten Gußachsen. Serienmäßig mit Differentialsperre und Zapfwellenantrieb für Mähwerk und Grasaufnahme. Im Aktionspreis ist ein Zwischenachsmähwerk und eine 550 l Grasaufnahme enthalten. (Frontkraftheber gegen Aufpreis)

Aktionspreis € 17.900,-\*

mtl. Leasingrate € 255,-\*\*

### TXG 23 H

### Grasaufnahme





Anbaugeräte auf der bauma 2007:

## Vollwertige Lösung für die Prozesskette „Bauen“

Anbaugeräte reduzieren den Zeit- und Kostendruck auf der Baustelle und ersparen zugleich die Vorhaltung selten benötigter Spezialmaschinen. Bei identischen Schnellwechselsystemen ist ihr Austausch am Hydraulikbagger mit minimalem Zeiteinsatz durchzuführen. Ob Schaufelseparator, Recycler, Anbaufräse oder Anbauverdichter; ob Bohrlafette, Pflasterverlegezange, Betonpulverisierer oder Hydraulikhammer: Der Bagger wird mit diesen Geräten zum universell arbeitenden; mit Raupen sogar zum geländegängigen Allrounder. Die 28. bauma, die vom 23. bis 29. April in München stattfindet, bietet einen kompletten Überblick über Anbauausrüstungen und Schnellwechselsysteme.

Die Alternative zum teureren Bodenaustausch ist die Bodenverbesserung mit speziellen Bindemitteln. Bei großen Baumaßnahmen eignen sich dafür selbstfahrende Bodenstabilisierer oder Anbaugeräte an schweren Traktoren. Für kleinere Flächen dagegen Schaufelseparatorn, die vorrangig im Kanal- oder im Leitungsbau verwendet werden. Bindiges, nicht verdichtbares Aushubmaterial kann damit schnell und wirtschaftlich mit Bindemitteln oder Zuschlagstoffen aufbereitet und wieder eingebaut werden. Diese Zusätze lassen sich mittels Hochdruck-Dosiereinheit sogar direkt in die rotierenden Mischtrommeln einbringen.

### Kontrollierte Arbeitsabläufe

Selbst bei diesem Arbeitsprozess hält die Elektronik verstärkt Einzug: Die Stabilisierung wird elektronisch kontrolliert und zur Auswertung protokolliert. Mit mehreren Fräswellen für verschiedene Bodenarten ausgestat-

tet, erzielen moderne Separatoren einen Durchsatz von 500 bis 2.500 to pro Arbeitstag.

### Schaufelseparatorn

Damit ist der Einsatz von Schaufelseparatorn aber noch nicht beendet. Sie können je nach Bauart in der Praxis nicht nur mischen, sondern auch grobe und feine Körnungen trennen oder als Prallbrecher arbeiten. Die jeweils gewünschte Korngröße lässt sich dabei durch austauschbare Schlagleisten bestimmen. Darüber hinaus übernehmen diese Geräte auch die Aufbereitung von Bauschutt, Rindenmulch oder Rigipsplatten.

### Bekanntes Anbaulösung

Siebschaukeln sind eine bekannte Anbaulösung. Deutlich schneller und effizienter arbeitet hier der Sieblöffel. Mit seinem rotierenden Korb sibt er feines Material deutlich schneller aus als die herkömmliche Schaufel. Mit dieser modernen Technik wird die Materialtrennung - ob

beim Recycling oder beim Verladen von Bauschutt - spürbar beschleunigt und erleichtert.

### Good Vibrations mit dem Anbauverdichter

Anbauverdichter sind von ihrer Grundidee her bereits seit vielen Jahren bekannt. Von der Vibrationsplatte ohne Deichsel bis zur gekapselten Hydraulikeinheit gab es früher ein eng begrenztes Angebot für Spezial-einsätze. Inzwischen gehören Anbauverdichter zum Baustellennbild wie andere Verdichtungsgeräte auch. Selbst die Hersteller von Walzenzügen offerieren seit geraumer Zeit nachgeschleppte Plattenverdichter als Zusatzausrüstung. Sinn und Zweck dieser Maßnahme ist es, die durch Abrollbewegungen der Bandage verursachten Verschiebungen im Bodengefüge (Bugwelleneffekt) zu beseitigen.

### Blitzschnelles „Andocken“

Die neue Generation von Anbauverdichtern ist für vollhydraulische Schnellwechselsysteme ausgelegt und blitzschnell „angedockt“. Der Baggerfahrer muss dazu nicht einmal seine klimatisierte Kabine verlassen und verdichtet im Kanalbau sogar an Stellen, die mit normalem Gerät nicht erreichbar sind. Ein zusätzlicher wichtiger Aspekt dabei ist die hohe Sicherheit. Zwischenzeitlich beschäftigen sich immer mehr Hersteller mit dieser wirtschaftlichen Problemlösung. Die 28. bauma bietet auch auf diesem Gebiet einen kompletten Überblick über den neuesten Stand der Technik.

Leistungsstarke Anbaufräsen sind nicht nur beim Tunnelbau oder beim Betonabbruch unentbehrlich. Auch der Straßen- und Kanalbau setzt vermehrt auf diese Anbaugeräte. Die Hersteller

favorisieren dabei möglichst flexible Lösungen. Sie halten dafür an das jeweilige Trägergerät angepasste Hydraulikmotoren bereit; ermöglichen variable Schnittbreiten sowie austauschbare Schneidkopf-Bestückungen für unterschiedliche Einsatzzwecke.

Moderne Fräsen, wie sie die bauma in München präsentieren wird, sind erneut vibrationsärmer geworden und erzeugen weniger Lärm. Hochdrehmoment-Hydraulikmotoren liefern die notwendige Power und spezielle Meißelausführungen für z. B. hartes oder sehr abstrives Gestein sichern den Arbeitsfortschritt. Die Schneidtechnik, ob Meißel oder Haltersysteme, partizipiert dabei stark von den Erfahrungen der Speziallieferanten mit selbstfahrenden Straßenfräsen und Surface Minern. Anbaufräsen lassen sich sogar zu Multifunktionsgeräten aufrüsten: In Verbindung mit einem speziell gestalteten Baggerlöffel entsteht bei einigen Anbietern ein Anbaugerät, das Baggern, Fräsen und Zerkleinern in einem kontinuierlichen Prozess erledigt.

### Auf den richtigen Schwenk kommt es an

Viele Anbauwerkzeuge am Hydraulikbagger sind nur innerhalb eines eng begrenzten Arbeitsbereiches einsetzbar. Hier schaffen Schwenkrotoren Abhilfe. Sie sind je nach Bauart meist beidseitig mit Schnellwechselsystemen ausgestattet und erlauben völlig neue Bewegungsspielräume. Durch die Kombination aus endloser Rotation und einem Schwenkwinkel von z.B. jeweils 40 oder 50 Grad lassen sich verschiedenste Werkzeuge in jede erdenkliche Position bringen.

Ein zusätzliches Greifmodul, das wie Daumen und Zeigefinger einer menschlichen Hand zupackt, eignet sich für diverse Transportanwendungen und ist bis zu et-wa einer Tonne belastbar. In der einfachsten Version benötigen Schwenkrotoren zwei Ölkreisläufe. Relativ neu sind Proportionalssysteme, bei denen mittels Computer bestimmte Arbeitsabläufe zu automatisieren sind. □



Einfache und arbeitsleichternde Handhabung im Straßenbau.

Multicar M 26 mit ATC Asphalt-Thermo-Container:

## Kompakter Straßenbaumeister

Ausgerüstet mit dem ATC Asphalt-Thermo-Container wird der kompakte Geräteträger und Spezialtransporter M 26 ProfiLine aus dem Hause Multicar, Zweigwerk der Hako-Werke GmbH, zum wendigen Straßenbaumeister.

Wo die großen Arbeitsfahrzeuge mit 5 t und mehr Nutzinhalt zu überdimensioniert sind, wird für die „kleinen Aufgaben zwischendurch“ oftmals zur guten alten Handarbeit übergegangen: Den Asphalt auf die Pritsche des LKW's laden, mühsam mit Schaufeln entladen und verteilen und anschließend die Ladefläche aufwändig reinigen. Auch bei kleinen Baustellen ist mit dieser Arbeitsweise der Personalaufwand enorm und die Qualität der Leistung leidet durch das schnelle Abkühlen der Teermischung.

### Richtig dimensioniert für kleine Baustellen

Mit 1,25 t Inhalt ist der ATC Asphalt-Thermo-Container auf dem kompakten Multicar M 26 genau richtig dimensioniert für kleine Baustellen, beengte Raumverhältnisse und Ausbesserungsarbeiten an Straßen, Rad- und Fußwegen.

Das Andocken des Containers auf dem Rücken des M 26 ist

durch mechanische feuerverzinkte Stützen innerhalb weniger Minuten in Einmann-Bedienung vollbracht. Zum Beladen mit Asphalt werden die großen 4-teiligen Klappen am Deckel des Containers geöffnet. Auch niedrige Mischanlagen durchfährt der Multicar M 26 so zügig und sicher.

### Separate Heizkammern

Um den Asphalt auf der gewünschten Verarbeitungstemperatur zu halten, ist der Container mit zwei separaten Heizkammern ausgestattet, die jeweils mit einem umweltfreundlichen Propangasbrenner beheizt werden. Im Boden des V-förmigen Innenbehälters läuft eine Förderschnecke, die das Material nach hinten aus dem Container transportiert. Über eine drehbare V2A-Schurre kann der Asphalt exakt dosiert und arbeitskraftschonend verteilt werden.

### Maximaler Arbeitsdruck

Alle beweglichen Teile sind in das Hydrauliksystem des M 26 eingebunden. Die mobile 3-Kreis-Hydraulik des M 26 ProfiLine bietet mit 90 l/min einen maximalen Arbeitsdruck von 200 bar, mit der neben dem Asphalt-Thermo-Container auch noch viele weitere An- und Aufbaugeräte kraftvoll angetrieben werden können. Der Geräteträger ist somit vielseitig rund ums Jahr einsetzbar.

### Schnelle Amortisation der Investitionen

Das Team Multicar M 26 / ATC Asphalt-Thermo-Container sichert durch die einfache und arbeitsleichternde Handhabung eine schnelle Amortisation der getätigten Investitionen. Alle Multicar-Baureihen werden bereits mit Euro 4-Motor ausgeliefert und schonen so nicht nur das Budget, sondern auch die Umwelt. □

**multicar**  
Kompakte Geräteträger und Transporter

Multicar, Zweigwerk der Hako-Werke GmbH  
D-99880 Waltershausen  
☎ (03622) 640-0  
info@multicar.de

bauma 2007 München  
23.-29.4.2007  
Freigelände F8  
Stand N817/6

## Die Mutter aller Kehrmaschinen

Ihr Name trifft es auf den Punkt: Die CLASSIC<sup>3</sup> von SCHMIDT war die erste wirkliche und damit auch klassische Kompaktkehrmaschine, die weltweit erfolgreich war. Jetzt, nach beinahe 7.000 verkauften Maschinen und Jahrzehnten der Produktion, tritt die CLASSIC<sup>3</sup> ab. Die letzte Kehrmaschine der Serie verließ das Stammwerk in St. Blasien Anfang Februar 2007.

Es war ein leicht wehmütiger Abschied bei SCHMIDT als die Maschine mit der Chassis-Nummer 1514585 aus der Werkshalle 2 fuhr. Mehr als zwei Jahrzehnte lang war die CLASSIC<sup>3</sup> das Aushängeschild der Kehrmaschinen-Sparte von SCHMIDT.

### Historie

1979 wurde die erste CLASSIC<sup>3</sup>, damals noch unter dem Namen SK 150, ausgeliefert. Entwickelt von SCHMIDT-Ingenieuren aus Deutschland und Großbritannien, wurde sie erst viele Jahre in England produziert - bis 2003. Danach trug sie das Zeichen „made in germany“, denn ab diesem Jahr wurde sie in St. Blasien gebaut.

### Meistverkaufte Kompaktkehrmaschine

Die SK 150 war geplant worden als einfache, bedienerfreundliche Maschine, die eine hohe Kehr- und Saugleistung erreicht. Und das schafften die Ingenieure: Sie wurde die meistverkaufte Kompaktkehrmaschine, fast 7.000 Einheiten wurden beiderseits des Kanals produziert. Und sie ist weltweit im Einsatz. Mehr noch: Die Maschine erwies sich für SCHMIDT als Dauerbrenner und Türöffner.

Mit der SK 150 und ihren Nachfolgemodellen SK 151, SK 152, SK 153 sowie zuletzt der CLASSIC<sup>3</sup> wurden bisher nicht vorhandene Märkte erschlossen. Kanada oder auch

China griffen bei der soliden Kehrmaschine zu, dort war SCHMIDT in Sachen Kehrmaschinen zuvor nicht vertreten.

### Modernes Facelift

2002 wurde die SK-Reihe zur CLASSIC<sup>3</sup>. Zwar gab es bereits vorher immer wieder Veränderungen, aber Anfang des neuen Jahrtausends gab es ein modernes und umfassendes Facelift. Ein anderer Motor, statt VW lieferte seitdem ein VM-Diesel die benötigte Kraft, und ein anderes Design brachten die CLASSIC<sup>3</sup> wieder ein Stück nach vorn.

### Notwendige Eingriffe

Dass nun die letzte CLASSIC<sup>3</sup> gebaut wurde, liegt an den technischen Neuerungen und den sich ändernden gesetzlichen Bestimmungen. Das Design der CLASSIC<sup>3</sup> lässt sich mit den Entwicklungen bei der Abgas-technik oder der Luftreinhalte-technik kaum unter einen Hut bringen. Die notwendigen Eingriffe in Chassis und Technik kämen einer Neuentwicklung gleich. Und die gibt es bereits in doppelter Ausführung: Mit der SWINGO 200 und der CLE-ANGO 400 setzt SCHMIDT den konsequenten Weg innovativer Kehrtechnik fort. Wobei die CLASSIC<sup>3</sup> auch nach 27 Jahren noch längst kein Stück fürs Museum ist: Die Anfang Februar ausgelieferte Maschine wird in Dießen am Ammersee für ein bisschen mehr Sauberkeit sorgen. □



Die Website des Kreisfeuerwehrverbands Schweinfurt wurde zu einer der besten Feuerwehr-Internet-Auftritte Deutschlands gewählt. Die Internet-Verantwortlichen des KfV bei der Prämierung in Berlin (von links): Stefan Hauck (Projektkoordinator), Oliver Gerber (Programmierer), Werner Heitmann (Dräger Safety), Ralf Weippert (Programmierer), Juror Peter Huth, Michael Mößlein (Journalistischer Berater), Juror Rainer Sax und Kreisbrandrat Georg Vollmuth.

Foto: Dräger Safety

## Drei von über hundert...



Multicar, kompakte Geräteträger mit über hundert möglichen Anwendungen: Allround-Spezialisten für den Einsatz in Kommunen, im Galabau, auf Baustellen und in der Entsorgung. | Jetzt informieren: [www.multicar.de](http://www.multicar.de)

alle Baureihen mit Euro 4



Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

## „Verblasene“ Steuermillionen

„Gott sein Dank kam eben nicht heraus, dass ...wir die Vorkaufkosten in Form von Steuergeldern ...verblasen haben“, schreibt Gerhard A. Meinel am 1. August 2000 per eMail an den Bad Tölzer Landrat Manfred Nagler sowie an DTK-Geschäftsführer Peter Endres. So jedenfalls zitiert die Lokalausgabe des Münchner Merkur aus einem Prüfbericht des Kommunalen Prüfungsverbands den Rechtsanwalt, der seinerzeit stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der kreiseigenen Firma DTK war.

Die Finanzmisere im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist gigantisch. Der Hebesatz für die Kreisumlage steigt drastisch auf rund 58 Punkte, wogegen sich zahlreiche kreisangehörige Kommunen wehren. Schuld an dem Debakel ist der Kauf der ehemaligen Flintkaserne trotz massiven Altlastenverdachts, die Entscheidung für einen weiteren Neubau - genannt „Schnecke“ - auf dem ehemaligen Kasernengelände trotz „ungeeigneter und risikoreicher Bedarfs- und Vermarktungsplanung“ und ein „unzureichendes Projektmanagement“ (Zitate Prüfbericht).

Auf etwa 15 Millionen Euro beläuft sich die „verblasene“ Summe. Allein 410.000 Euro Anwalts- und Gerichtsgebühren sind angefallen, obwohl Endres an Nagler bereits am 1. August 2000 geschrieben hatte, dass die Erfolgsaussichten für eine Klage des Kreises gegen den Bund „gleich null“ seien. Aber einen Tag später schrieb Meinel laut Medienberichten: „Meines Erachtens brauchen wir (...) die Klage, denn wir müssen über die Wahl kommen ...“

Mangels Daten so lautet die Klage im Prüfbericht, gebe es keine konkreten Zahlen über zuviel gezahlte Honorare. Eine Ausnahme bilde das Architektenhonorar von D. Siegert. 550.000 Euro zuviel sollen es angeblich gewesen sein. Etwa 6,5 Millionen Euro wurden „verblasen“ für die Sanierung der Kaserne. 10,5 Millionen Euro waren als Baukosten angesetzt für den überflüssigen Neubau der „Schnecke“. Als der Aufsichtsrat am 21. 12. 2001 dem Bau zustimmte, lagen die Kosten aber bereits bei 15,8 Millionen Euro.

Die Baunebenkosten - so stellt der Prüfbericht fest - seien ebenso um 50 Prozent zu niedrig angesetzt gewesen wie die Grundstücks- und Finanzierungskosten. Zusätzliche zwei Millionen Euro Planungskosten habe man auch unberücksichtigt gelassen. Kritisiert werden zudem die enormen Baukostensteigerungen. Alles in allem: Eine Budgetüberschreitung um 6,7 Millionen Euro. Da wundert es auch nicht mehr, dass die verantwortlichen Herren 58 potenzielle Mieter präsentierten, von denen hinterher kein einziger einzog.

Der Landrat versteht die Welt nicht mehr, berichtet die Lokalpresse. Tatsächlich kann er darauf verweisen, so Nagler, dass nahezu alle Beschlüsse rund um den Monsterbau quer durch alle Fraktionen einstimmig gewesen sein sollen. Vielleicht ist dies eine Erklärung dafür, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende, Fabian von Xylander, zwar einerseits seine politischen Gegner gerne belasten möchte, gleichzeitig den Medienberichten zufolge jedoch bei der Aufklärungsarbeit zu Vorsicht und Zurückhaltung mahnt. Meinel, der sich über Jahre hinweg gerne als Macher und Initiator des Schildbürgerstreiks feiern ließ, war von Nagler gerade wegen seiner vermeintlichen wirtschaftspolitischen Kompetenz und seiner herausragenden Fähigkeiten als erfolgreicher Unternehmer politisch protegert worden. Deshalb war vor der Bundestagswahl 1998 das Entsetzen des Landrats groß, als die Delegiertenmehrheit der CSU nicht Meinel zum Bundestagskandidaten seiner Partei kürte und der scheinbare Fachmann zu Hause kostenträchtig aktiv bleiben konnte. **Anne von Hassel**

Freilichtmuseum Glentleiten eröffnet

## Von Bergbau und Bergknappen, Technik und Gewerbe

Themenschwerpunkt Arbeitsmigration

Im Mittelpunkt der kommenden Saison wird im Freilichtmuseum Glentleiten das Jahresthema „Regionales Handwerk und Gewerbe“ stehen. Außerdem soll in einer Kooperation mit dem Schlossmuseum Landeck (Tirol) das kulturgeschichtlich wichtige Thema der grenzüberschreitenden Arbeits-Migration vertieft werden. Das Freilichtmuseum ist seit 31. März für Besucher wieder geöffnet, die Eintrittspreise sind unverändert. Im vergangenen Jahr waren rund 140.000 Besucher auf der Glentleiten.

Das Techniktal (offen ab dem 1. Mai) gilt als besonderer Höhepunkt eines Besuchs des Freilichtmuseums. Neben den Mühlen, die für sich schon außerordentliche Anziehungskraft ausüben, ist die Wegstrecke selbst landschaftlich abwechslungsreich. Das Wasser begleitet den Besucher und verbindet die Gebäude miteinander. Der neue Ansatz, das Wasser als treibende Kraft für die Mühlen in den Mittelpunkt zu stellen, lag daher nahe.

### Ländliche Alltagsgeschichte

„Zu den Aufgaben unseres Museums, in dem es um ländliche Alltagsgeschichte geht, gehört selbstverständlich auch die Darstellung von Technik und Gewerbe“, sagte Dr. Monika Kania-Schütz, Direktorin des Museums, das der Bezirk Oberbayern unterhält. Ein übersichtliches Faltblatt stellt die Stationen des Rundgangs vor. Das Programmheft für 2007 berich-

tet über zahlreiche Aktivitäten des Museums.

Die Besucher erfahren auf dem Geländerundgang, der 14 Stationen verbindet, beispielsweise, wie Bergknappen früher gewohnt haben und erhalten zugleich einen Überblick über den Erzbergbau am Teisenberg. Mit der Fischbachmühle, einer sog. „Lohnmühle“ und damit einem gewerblichen Betrieb sowie der Unterlandtal-mühle, in der für den Eigenbedarf gemahlen wurde, lernen die Gäste zwei Beispiele für Getreidemühlen kennen.

### Zukunft in der Fremde

In dem Projekt „Zukunft in der Fremde“ (Eröffnung am 6. Juli) werden die kultur- und wirtschaftsgeschichtlichen Hintergründe des für die Entwicklung Oberbayerns wichtigen Phänomens der Arbeitsmigration untersucht. Dabei wird auf die im letzten Jahr eröffnete Ausstellung „Ein bayerischer Italiener? Migration am Bei-

## Eklat bei der Regensburger CSU

Ob der Regensburger Oberbürgermeister, Hans Schaidinger nochmals für seine Partei als Kandidat ins Rennen geht, steht derzeit in den Sternen. Grund hierfür ist die jüngste Kreisdelegiertenversammlung in der Donaustadt, bei der sich der in der CSU höchst umstrittene Stadtrat Thomas Fürst mit seinen vorgeschobenen Kandidaten durchsetzen konnte.

Tatsächlich werden Fürst, der seine Nähe zum - ebenfalls nicht unumstrittenen - Regensburger Bischof Prof. Dr. Gerhard Ludwig Müller gerne und häufig betont, stark rechtsradikale Tendenzen nachgesagt. Dies war der Grund für eine Abstimmung, in der die CSU-Stadträte dem heftig kritisierten Jungpolitiker das Vertrauen entzogen.

### Vermittlungsversuche gescheitert

Binnen kürzester Zeit war es dem 35-Jährigen handstreichartig gelungen, Ortsvorsitzender in der Altstadt zu werden. Danach spitzte sich die Lage zu. Auch die Vermittlungsversuche von CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder und Wirtschaftsminister Erwin Huber fruchteten nicht. Fürst trat zwar nicht selbst als Kandidat für den Kreisvorsitz an, schickte aber als „seinen Mann“ Rechtsanwalt Franz Rieger an die Front. Das Fürst-Lager verfügte in dieser Situation bereits über eine Mehrheit, so

dass Rieger gegen den Schaidinger-Kandidaten Christian Schlegel mit 63 zu 59 Stimmen obsiegte.

Für Oberbürgermeister Hans Schaidinger war die Entscheidung klar, mit dieser Gruppe nicht zusammenzuarbeiten; er verkündete seinen Rückzug aus dem Vorstand. Gemeinsam mit Schaidinger distanzierte sich die gesamte Regensburger Stadtspitze vom neuen Machthaber. Sowohl Zweiter Bürgermeister Gerhard Weber, als auch die Dritte Bürgermeisterin, Petra Betz, standen für Ämter in der von Fürst kontrollierten Kreisvorstandtschaft nicht mehr zur Verfügung. „Ich gehöre nicht zu dieser Mannschaft“, sagte Weber, der auch als Stellvertreter der Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) fungiert. Auf eine erneute Kandidatur um einen Posten in der Kreisvorstandtschaft verzichtete auch der bisherige Kreisvorsitzende Peter Welnhöfer, MdL, der beklagte, dass neuerdings in der Regensburger CSU Posten „mit der

Bürgermeistertreffen im Landratsamt Freyung:

## Multiplikatoren und Motivatoren

Eine Fülle an Informationen erwartete die Bürgermeister des Landkreises Freyung-Grafenau bei ihrem Treffen im Landratsamt Freyung. Die vielfältige Themenpalette reichte von der Behördenfahndung über Behindertenarbeit bis hin zur Photovoltaik.

Polizeihauptkommissar Andreas Fuchs von der Grenzpolizei sprach eingangs über die Bekämpfung der Urkundenkriminalität und die Behördenfahndung im Landkreis. Immer wieder würden gefälschte Ausweise, Fahrzeugbriefe oder Führerscheine auftauchen, weshalb eine Zusammenarbeit zwischen Einwohnermeldeamt, Führerscheinstelle, Ausländeramt, Kfz-Zulassungsstelle und der Polizei sinnvoll und wünschenswert sei.

### Ansprechpartner in den Ämtern

Von den Behörden hätten bislang nur vereinzelt gefälschte Dokumente festgestellt werden können. Abhängig sei dies von den Erfahrungen des jeweiligen Sachbearbeiters: „Er muss entscheiden, ob die Polizei hinzuge-

spielt des Kesselflickers Pietro Zannantonio“ aufgebaut.

### Ein besseres Leben in Oberbayern

Diese zeichnet die Geschichte der Familie Zannantonio nach, die mangels wirtschaftlicher Perspektiven ihr Bergbauerdorf in Norditalien verließ und 1909 nach Starnberg übersiedelte. Der Grund: Die Realteilung des elterlichen Erbes war als eine der Hauptursachen für die Armut der Bevölkerung zu sehen. Als Ausweg blieb oft nur der Gang in die Fremde.

Oberbayern war - schon damals - eines der Ziele, das den Auswanderern ein besseres Leben versprach. Die Kooperation mit dem Schlossmuseum Landeck in Tirol wird als grenzüberschreitendes Projekt mit EU-Mitteln der „Euregio Zugspitze - Wetterstein - Karwendel“ gefördert. Ein Sonderforschungsbereich für die Zukunft soll die Auswanderung aus Bayern sein. **GH**

zogen wird oder nicht.“ Um an dieser Situation etwas zu ändern, bat Fuchs die Bürgermeister, ihm Ansprechpartner in den Ämtern zu nennen. Außerdem bot er an, für die Mitarbeiter Schulungsmaßnahmen durchzuführen, wie gefälschte Dokumente erkannt werden.

### Ausbildungschancen Jugendlicher verbessern

Die Ausbildungschancen Jugendlicher verbessern will das Projekt „Vertiefte Berufsorientierung“ der Agentur für Arbeit. Manfred Gell, Berufsberater bei der Passauer Agentur für Arbeit, wies darauf hin, dass dabei insbesondere die Hauptschüler gefördert werden sollen. Deren Lernmotivation müsse erhöht werden, auch Schulverweigerer wolle man wachrütteln. „Außerdem muss man das Berufswahl-spektrum für junge Frauen erweitern.“ Umsetzbar sei dies unter anderem durch eine sozialpädagogische Begleitung und die Einbindung von Betrieben als Lernorte.

Für den Landkreis Freyung-Grafenau stünden heuer 300.000 Euro und 2008 weitere 100.000 Euro zur Verfügung. Voraussetzung sei der Mitteleinsatz eines Dritten in Höhe von mindestens 50 Prozent und die Förderung von zusätzlichem Engagement. Das bedeutet im Klartext, die Gemeinde müsste 50 Prozent selbst zahlen, wäre für das Projekt verantwortlich und bekäme von der Agentur für Arbeit 50 Prozent Förderung.

### Vorschläge der Rathauschefs

Über die Veranstaltung des Kreisjugendrings „Drei Tage Zeit für Helden“ sprach Olaf Heinrich. Dabei sollen Jugendgruppen vom 12. bis zum 15. Juli ein Projekt auf die Beine stellen. Gefragt seien nun die Bürgermeister. „Wir brauchen Sie als Multiplikatoren und Motivatoren in den Gemein-

den“, so Heinrich. Außerdem sollten die Rathauschefs Vorschläge für mögliche Projekte und Paten liefern.

Werbung in eigener Sache machte die Behindertenbeauftragte des Landkreises, Theresia Schubbaum. Sie appellierte an die Bürgermeister, bei Umbauten von Gebäuden die Behindertenfreundlichkeit im Auge zu behalten. Von den 81.000 Bewohnern im Landkreis seien 9986 Menschen behindert, 7914 davon schwer behindert. Gerade angesichts dieser Zahlen sei es wichtig, „Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen“ zu schaffen.

## Schwerste Vorwürfe

Die Vorwürfe gegen Fürst reichen weit zurück: Im Juli 1997 ist er 26 Jahre alt und seit einiger Zeit JU-Chef des Kreises. Da berichtet eine Regensburger Zeitung von der Party bei ihm daheim: In bierseliger Runde sei unter Reichskriegsflagge und Hakenkreuzfahne an der Wand das Horst-Wessel-Lied gesungen worden. Außerdem habe Fürst nach einer Tour durch die Innenstadt einen Ausländer angepöbel: „Scheiß-Kanake, verpiss dich!“ Die Zeugen der Zeitung: zwei JU-Mitglieder.

Die Vorwürfe werden nie wirklich aufgeklärt. In erster Instanz kann Fürst ein Verbot der Behauptungen erwirken, die zweite Instanz aber attestiert der Zeitung, sie habe mit ausreichender Sorgfalt recherchiert. Die Jungunionisten hätten die Vorwürfe zwar stets bestritten aber nicht zweifelsfrei widerlegen können.

Jüngster Vorwurf: Fürst habe als JU-Chef vor einigen Jahren ein Mitglied nicht rechtzeitig gemaßregelt, das auf einer Feier gesagt haben soll: „Die Ausländer gehören genauso vergast wie die Juden.“ **Quelle: Spiegel Online**

den“, so Heinrich. Außerdem sollten die Rathauschefs Vorschläge für mögliche Projekte und Paten liefern.

Werbung in eigener Sache machte die Behindertenbeauftragte des Landkreises, Theresia Schubbaum. Sie appellierte an die Bürgermeister, bei Umbauten von Gebäuden die Behindertenfreundlichkeit im Auge zu behalten. Von den 81.000 Bewohnern im Landkreis seien 9986 Menschen behindert, 7914 davon schwer behindert. Gerade angesichts dieser Zahlen sei es wichtig, „Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen“ zu schaffen.

### Gelände für Photovoltaik-Anlagen gesucht

Über die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf dem Boden informierte Landrat Alexander Muthmann. Kleine Einheiten seien nicht interessant. Um sinnvoll Energie erzeugen zu können, müsste eine ebene Fläche mindestens drei Hektar groß sein, ein Südhang mit 15 Prozent Steigung zwei Hektar. Da allerdings kein geeignetes landkreiseigenes Gelände zur Verfügung steht, bat Muthmann die Gemeinden, sich umzusehen, ob es geeignete Flächen gibt.

### Identitätsgefühl steigern

Den Startschuss für den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft 2008“ gab schließlich Franz Bogner, der den Wettbewerb seit 17 Jahren betreut. Da die Teilnehmerzahl beständig zurückgehe, appellierte Bogner an die Bürgermeister, die Bürger zur Teilnahme zu motivieren. Eine Dorfgemeinschaft könne dadurch nur gewinnen. Das Umweltbewusstsein werde gestärkt, die Teilnahme habe einen positiven Einfluss auf kulturelle und soziale Aktivitäten, außerdem steige das Identitätsgefühl. **DK**

durchgewunken wurden.

Franz Rieger betonte zwar, dass er selbst keinem Lager angehöre; der OB will diesen Äußerungen aber keinen Glauben schenken. Zu genau erinnert er sich an die erfolglosen Schlichtungsgespräche, die der Wahl vorausgegangen waren. Dabei, so Schaidinger, sei Rieger als Wortführer des Fürst-Lagers aufgetreten.

### Puttschähnliche Machtübernahme

Thomas Fürst, dem die puttschähnliche Machtübernahme angelastet wird, distanzierte sich von dem „unwürdigen Schauspiel“. Er forderte seinerseits, dass alle Parteimitglieder demokratische Wahlen zu akzeptieren hätten.

In seiner jüngsten Stellungnahme auf der Website der Stadt Regensburg schreibt Schaidinger: „Was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein“, hat William Gladstone, ein britischer Staatsmann des 19. Jahrhunderts einmal gesagt. Deshalb werde ich mich, solange ich die Macht dazu habe, dafür einsetzen, dass in unserer Stadt politisches und moralisches Handeln immer übereinstimmen. **AvH**

Bayerische  
**Gemeindezeitung**

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlufstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.





Staatssekretär Franz Meyer im Kreise seiner Familie in seinem Wohnort Albersdorf. □

## Franz Meyer sagt „Ja“ zur Landratskandidatur

Obernzell/Neuburg am Inn. Die Führungsgremien des CSU-Kreisverbandes Passau-Land haben Finanzstaatssekretär Franz Meyer in einer Kreiskonferenz in Obernzell einstimmig gebeten, als Landratskandidat für die Wahl am 2. März 2008 im Landkreis Passau zu kandidieren.

Bei einer Pressekonferenz auf Schloss Neuburg am Inn sagte Franz Meyer, dass ihn das einstimmige Votum sehr gefreut und berührt habe. Seine Antwort war ein klares „Ja“ zur Landratskandidatur. Er ist bereit, sich am 11. Mai der Nominierungsversammlung als Kandidat zu stellen.

Wörtlich sagte Meyer „Ich will Landrat des schönen Landkreises Passau werden und den Bürgerinnen und Bürger meines Heimatlandkreises dienen.“

### In der Heimat verwurzelt

Meyer betonte, dass er in den

vergangenen Monaten gespürt habe, dass die CSU und viele Mitbürgerinnen und Mitbürger im Landkreis von ihm diese Entscheidung erwarten. Er fühle sich mit seiner Heimat eng verbunden und verwurzelt.

### Politik aus einem Guss

Mit seiner Entscheidung will der Staatssekretär auch zum Ausdruck bringen, dass die CSU eine kommunale Partei ist. Landes- und Kommunalpolitik stehen für ihn auf einer Ebene, da es notwendig sei. Politik aus „einem Guss“ zu machen. Jetzt will er seine langjährige landespolitische Erfahrung als Abgeordneter und Staatssekretär für seinen Heimatlandkreis einbringen.

Franz Meyer ist seit 1978 Kreisrat und war in den 90er Jahren stellvertretender Landrat. Zudem gehört er dem Stadtrat von Vilshofen an. Seit 1990 ist er Mitglied im Bayerischen Landtag und seit 2003 bayerischer Finanz-Staatssekretär. Meyer ist zudem Mitglied des Präsidiums der CSU Bayern. □

## Forchheimer Vizelandrat Gregor Schmitt 75 Jahre

Forchheim (fpo) - „Helfen können macht Politik erst interessant und schön“, zitierte Landrat Reinhardt Glauber in der Laudatio für seinen Stellvertreter Gregor Schmitt diesen, aus Anlass seines 75. Geburtstages im Sitzungssaal des Landratsamtes Forchheim.

Der Metzgermeister, Gast- und Landwirt aus dem Juradorf Bärnfels (heute Gemeinde Obertrubach) in der Fränkischen Schweiz, zählt zum Urgestein der Kommunalpolitik und gilt als wahres Naturtalent.

1963 wurde Schmitt Mitglied des Kreistags Pegnitz. Seit dieser Zeit gehört er einem Kreisparlament an, ab 1972 - infolge der Landkreisleistungsreform - dem Kreistag von Forchheim. Er leitete die

### Brückenbauer

In den Glückwunschsprachen wurde der Jubilar immer wieder ganz besonders als Brückenbauer gewürdigt.

Aufgewachsen in einer christ-katholischen Familie wurde Gregor Schmitt frühzeitig aktiv für die Mitmenschen. Schon ganz früh engagierte er sich in der katholischen Jugend. Da war es fast zwangsläufig, dass er bald auch Mitglied der Jungen Union wurde. Seine politische Heimat fand Gregor Schmitt in der Christlich Sozialen Union. Sie ist seit 44 Jahren die Basis für sein parteipolitisches Engagement.



Vizelandrat Gregor Schmitt. □

CSU-Fraktion und ist seit 1987 stellvertretender Landrat.

### Weggefährte von Otto Ammon

Der langjährige Weggefährte des früheren Landrates Otto Ammon (CSU) blieb zum Wohl des Landkreises auch dessen Nachfolger Reinhardt Glauber (FW) ein loyaler Stellvertreter.

In seiner Heimatgemeinde Obertrubach wirkt Schmitt als Gemeinderat und Vizebürgermeister. Ehrungen blieben nicht aus: Bundesverdienstkreuz am Bande, die Kommunale Verdienstmedaille in Silber und die Ehrenmedaille des Bezirkes Oberfranken seien stellvertretend erwähnt.

Aus seinen ehrenamtlichen Verpflichtungen heraus ist Gregor Schmitt in vielfältigen Aufgaben aktiv. Der Fremdenverkehr und die Landwirtschaft waren ihm immer ein besonderes Anliegen. Liebevoll wurde er auch als „Bauernlandrat“ gelobt.

Franz Och

## Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Frühling lässt sein blaues Band flattern und vom Eise befreit sind Strom und Bäche.“ Mein Chef, der Bürgermeister, überraschte seine Umgebung mit einem recht eigenwilligen Potpourri der deutschen Klassik aus Mörike und Goethe. Er freut sich halt schon auf Ostern.

In diesem Jahr sind ja viele kritische Artikel zu lesen gewesen, wonach Ostern immer mehr zum Konsum-Event wie Weihnachten würde. Und ich war tatsächlich etwas konsterniert, als ich zwei Tage nach Aschermittwoch in einem Supermarkt meines Vertrauens einen jungen Burschen Osterhasen und Ostereier-Bonbonieren in die Regale räumen sah.

Aber der ganz große Konsumterror überzieht uns doch nicht. Vielleicht liegt es daran, dass noch keine mit „Jingle-Bells“ oder „I'm dreaming of a white christmas“ vergleichbaren Os-



als ein Fest der Gaumenfreuden.

Aber im Großen und Ganzen denke ich, dass Ostern immer noch von den alten Traditionen und Bräuchen bestimmt ist, die ich schon seit meiner Kindheit kenne.

Das geht schon los damit, dass derjenige, der am Palmsonntag als letzter aus den Federn kriecht als „Palmesel“ verlacht wird. Dann der festliche Gottesdienst, in dem hübsch gebundene Palmbüsche geweiht werden. Jedes Jahr auf's neue freue ich mich auf die Kerbelsuppe an Gründonnerstag, die ja nicht nur Fastenspeise ist, sondern auch anzeigt, dass jetzt wieder frische heimische Kräuter und Pflanzen auf den Tisch kommen. Ich genieße das Schweigen der Glocken und hab immer was dabei für die Buben, die die Osterratschen bedienen. Um diese Zeit besuche ich gerne Kirchen, die Ostergräber aufgebaut haben und freue mich darüber, dass unser Pfarrer das „Osterlachen“ hochhält und die Gemeinde mit für einen geistlichen Herrn geradezu gewagten Scherzen in die freudige Stimmung der Zeit nach der Auferstehung versetzt.

Viel religiöses Brauchtum - schon wahr. Aber Ostern zeigt halt mehr als andere Feste, wie tief unser Land in der christlichen Tradition verankert ist - und wie sinnlos es wäre, dies leugnen zu wollen. Doch auch Weltliches möchte ich nicht missen: Die Osterbrunnen in der Fränkischen Schweiz, das „Eierrollen“ mit den Nichten und Neffen im Garten.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch ein Osterfreak. Er schätzt dieses Fest als Gelegenheit zur Besinnung auf das Private, die Familie. Keine offizielle Osterfeier nach dem Vorbild der Weihnachtsfeier, keine speziellen Verpflichtungen. Er atmet auf. Und er findet Zeit zur Besinnung, etwa bei der Lektüre der Worte des Religionsphilosophen Romano Guardini auf dem heutigen Kalenderblatt: „Das europäische Bild vom Menschen ist zutiefst christlich bestimmt. Es ruht auf dem Einfluss der Erlösungstat Christi“.

the  
Sabrina

## Traditionelle Osterbräuche versus Jingle Bells

terschlagler komponiert wurden, die in Kaufhäusern rauf und runter gedudelt werden könnten. Es stehen auch keine Menschen im Osterhasenkostüm vor den Läden und „Frohe Ostern“ zu wünschen. Und der Deko-Fimmel ist noch wenig ausgeprägt. Im Vergleich zu den aufblasbaren Weihnachtsmann-Ballons auf Tankstellendächern oder dem Klima killenden Lichterkettenschlachten, die in den Vorstadtsiedlungen toben und neben exorbitanten Stromrechnungen auch verheerende optische Verschmutzungen zur Folge haben, sind die sporadischen Fensterbildchen mit Osternestern oder Motiven aus der Häschenschule geradezu harmlos.

Klar, die Ansprüche an Geschenke zu Ostern sind gewachsen. Allein mit einem Nestchen voller Eier und einem gigantischen goldenen oder lila Schokohasen brauche ich mich bei meinen Patenkindern nicht mehr sehen zu lassen. Nicht von ungefähr kommen Spielekonsolen mittlerweile nicht nur im Spätherbst, sondern auch im Frühjahr neu auf den Markt. Und vor allem die Lebensmittelhändler setzen verstärkt auf Ostern

### Innovationspreis:

## „Beste Aussichten“ im Landkreis Cham

Mit einem sogenannten Innovationspreis sollen zukünftig herausragende innovative Leistungen im Landkreis Cham gewürdigt werden. Landrat Theo Zellner: „Wir wollen damit Unternehmen, Einrichtungen oder Persönlichkeiten auszeichnen, die im technischen, sozialen oder organisatorischen Bereich Neues schaffen und somit einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Region leisten.“

Im Rahmen einer Innovations-gala am 27. September 2007 wird Landrat Theo Zellner erstmals einen Preisträger im Landkreis Cham mit dem Innovationspreis auszeichnen. Insgesamt soll dadurch eine Kultur der Innovation

gefördert und das Thema Innovation in der Öffentlichkeit stärker verankert werden.

### Vorschläge erbeten

Die Auszeichnung mit dem Innovationspreis erfolgt auf Vorschlag. Institutionen, Organisationen, Kammern, Verbände, Kommunen, Unternehmen und Bürger können mögliche Preisträger nominieren. Im Ermessen der Jury wird zusätzlich ein Nachwuchspreisträger ausgewählt. „Wir wollen dem Innovationspreis mit Beschränkung auf nur einen Preisträger ganz bewusst eine hohe Wertigkeit geben“, so Landrat Theo Zellner bei der Vorstellung des Innovationspreises.

Für die Skulptur des Innovationspreises wurden von den Studenten der Fachakademie für Holzgestaltung in Cham Entwürfe erarbeitet, aus denen nun einer für die Umsetzung ausgewählt wird. Der Innovationspreis wird durch den „Aktionskreis Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham e.V.“ mit finanzieller Unterstützung durch die Sparkasse im Landkreis Cham ausgelobt. Nominierungen werden bis zum 30. April 2007 von der Geschäftsstelle des Aktionskreises e.V. im Landratsamt Cham entgegen genommen. □

## Beste Prognosen

### Landrat Mirbeth erläutert Zukunftsaussichten

Beste Zukunftsaussichten und den Spitzenplatz unter allen ost-bayerischen Landkreisen attestiert die aktuelle Schweizer Prognos-Studie dem Landkreis Regensburg. Die damit verbundene Anerkennung gab Landrat Herbert Mirbeth anlässlich der Bürgermeisterkonferenz in Nittendorf an die Bürgermeister weiter, „denn die Gemeinden sind damit genauso ausgezeichnet worden“, versicherte der Kreischef zu Beginn. Der Landrat hatte ein ganzes Bündel aktueller Themen auf die Tagesordnung der Bürgermeisterkonferenz gesetzt. Mit dabei waren auch die Vorsitzenden der Zweckverbände und die Abteilungsleiter des Landratsamtes.

### Silberstreif am Horizont

Aus der Verbandsarbeit des Bayerischen Gemeindetages berichtete Kreis- und Bezirksvorsitzender Albert Höchstetter, der bei den Gemeindefinzen „einen Silberstreif am Horizont“ sah. Der große Geldregen, von dem man immer wieder lese, komme jedoch nur den großen Städten zugute. Für die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum forderte Höchstetter eine finanzielle Unterstützung des Staates, denn „der DSL-Anschluss ist ein Standortfaktor.“ Auch Höchstetter freute sich über die Ergebnisse der Prognos-Studie, in der dem Landkreis im Bereich Dynamik ein Platz sogar noch vor der Stadt Regensburg eingeräumt wird. Höchstetter riet seinen Bürgermeistern, dennoch ein gesundes Wachstum im Auge zu behalten, „das nicht zu Lasten unserer Lebensqualität geht“. □

## Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der CSU-Kommunalpolitiker Jürgen Roith ist als Bürgermeister der niederbayerischen Marktgemeinde Winzer, Landkreis Deggendorf, mit 93,5 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden. Roith war der einzige Kandidat. Die Wahlbeteiligung lag bei 56 Prozent. Werner Röslnair vom Freien Bürgerblock ist neuer Bürgermeister von Inning am Ammersee. Bei der Stichwahl setzte er sich mit 60 Prozent der Stimmen gegen seine Kontrahentin Barbara Wanzke (Grüne) durch. Thomas Holz (CSU) heißt der neue Rathauschef von Kochel am See. Er setzte sich mit 56,1 Prozent deutlich gegen Helmut Renner (MB - Mitbürger, 18,5 Prozent), Angelica Dullinger (SPD, 17,7 Prozent) und Michael Landerer (FW, 7,7 Prozent) durch. DK



